

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 32 · 8. August 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Feindbild Israel

Alte und neue Motive eines weit verbreiteten Zeitgeist-Phänomens
Seiten 1 und 24



Festakt 75. Jahrestag der Charta der Heimatvertriebenen Seite 2-3



Pilsen Wie Skoda größter Waffenschmied Österreich-Ungarns wurde Seite 11

BILDER: SHUTTERSTOCK.COM, ULLSTEIN BILD

VON JENS EICHLER

GESELLSCHAFT

Die Maske der moralischen Überlegenheit rutscht und entblößt immer deutlicher eine hässliche Fratze: die des Antisemitismus. Und der trägt eben nicht mehr nur Springerstiefel und Glatze. Immer deutlicher kommt er moralisch überlegen kostümiert aus der links-grünen Ecke. Oft getarnt als Israelkritik. Doch in Wahrheit ist es eine brutale Dämonisierung des jüdischen Staates.

Die scheinbar moralische Kritik ist bei Linken in Deutschland nichts anderes als ideologischer Judenhass, der mit zweierlei Maß misst. Der nämlich Terror verarmlos und Juden kollektiv verdächtigt. Das ist nicht nur übelst geschichtsvergessen – es ist sogar brandgefährlich.

Die Wurzeln dieses linken Phänomens liegen tief. So gilt Israel seit Jahrzehnten bei der politischen Linken als westlicher Vorposten des bösen Kapitalismus im Nahen Osten. Es wird zudem in den absurden Ideen des Postkolonialismus als Besatzungsmacht dargestellt, wobei Palästinenser die angeblichen Opfer sind. Hinzu kommen marxistische Feindbilder, da Israel als ein westliches, kapitalistisches Konstrukt betrachtet wird und somit ein Ausbeuterstaat sei – wenn man dem Irrsinn linker Theorien folgt.

Deshalb erscheint Antisemitismus in Deutschland nicht mehr in der Form offener Judenfeindschaft – lässt man den anerkannten Judenhass vieler Moslems und islamischer Asylsucher in der Bundesrepublik einmal beiseite –, sondern als moralisch begründete Ablehnung israelischer Politik. Israel sei der aggressive Unterdrücker, die Palästinenser sind die ewigen Opfer. Die Hamas, die zur Vernichtung des jüdischen Staates aufruft, wird als „Widerstandsbewegung“ verherrlicht. Terror wird daher bewusst relativiert, jüdische Opfer einfach ausgeblendet. Diese Haltung hat mit Kritik nichts mehr zu tun – sie ist pervers und voller Hass.

Die dramatische Zunahme des linken Judenhasses

Warum Kritik an Israel nur Tarnung für ideologischen Antisemitismus ist – und weshalb gerade auch die Konservativen in der Verantwortung stehen

Man muss zur Bestätigung nur auf die jüngsten Ereignisse blicken. Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem über 1200 israelische Zivilisten auf brutalste Weise abgeschlachtet wurden, dauerte es nicht lange, bis linke Gruppen in Deutschland zur „Solidarität mit Palästina“ aufriefen. Auf Demos wurden israelische Fahnen verbrannt, antisemitische Parolen gebrüllt, Terror legitimiert. Die Grünen-Jugend relativierte die Angriffe sogar als Reaktion auf „jahrzehntelange Unterdrückung“. In Berliner Kulturstätten traten Künstler auf, die Israel als „Apartheidstaat“ bezeichneten. An Universitäten wurden Vorträge jüdischer Wissenschaftler gestört, wenn sie sich zu Israel bekannten. Die Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ findet in linken Kreisen weiterhin Unterstützer, obwohl sie vom Bundestag als antisemitisch eingestuft wurde.

Letzte Bastion der Vernunft

Überaus erschreckend ist, wie passiv CDU und CSU auf diese Entwicklung reagieren. Obwohl sich beide Parteien regelmäßig zur Bestandsgarantie Israels als deutscher Staatsräson bekennen, bleibt diese Formel zunehmend inhaltsleer. Wenn Unionspolitiker sich zur „humanitären Lage in Gaza“ äußern, ohne dabei die Geiselnahmen und Raketenangriffe der Hamas klar zu benennen, senden sie ein fatales Signal. Wer eine blutrünstige Terrororga-

nisation mit einem demokratischen Staat moralisch auf eine Ebene hebt, verwischt die Grenze zwischen Täter und Opfer. Der Verdacht liegt nahe, dass es der Union mehr um Zeitgeistmehrheiten und Wahlsiege geht als um politische Klarheit und wertebezogene Ehrlichkeit.

Dabei sind gerade die Bürgerlich-Konservativen in Deutschland in der Verantwortung, links-verwirrte antisemitische Eskapaden zu bekämpfen. Diese eigentlich letzte Bastion der Vernunft steht für das Rationale im Land, für das Festhalten an historischen Lehren, für den Schutz liberaler Werte und zu guter Letzt für die Demokratie. Wird Antisemitismus von links toleriert oder relativiert, verlieren die Konservativen ihre moralische Souveränität – sowie den Kompass des Anstands.

Hinzu kommt das mediale und kulturelle Umfeld, in dem sich links verblendete Mächtige gern Prominente äußern, ohne Sachkenntnis, Kompetenz und Verstand. Wenn Schauspieler, Sänger oder niveauperarmte Reality-Stars Israel als „Huntermörder“ bezeichnen, ohne Sachgrundkenntnisse und ohne dabei die Rolle der Hamas zu kennen, entlarven sie sich als politische Blindgänger und fördern damit lediglich eins: Judenhass. Sie verbreiten so „Fake News“ und verstärken die Verteufelung Israels. Dass sie sich dabei noch für besonders mutig oder moralisch überlegen halten, zeigt ihre geistige Schlichtheit. Sie frönen einer populistischen Em-

pörungskultur, die Antisemitismus mit Social-Media-Likes und Applaus, der aus Effekthascherei resultiert, belohnt.

Frage der politischen Hygiene

Wenn der Schutz jüdischen Lebens nur noch auf Gedenkveranstaltungen beschworen wird, während Israel in der Realität isoliert, verleumdet und boykottiert wird, dann steht mehr auf dem Spiel als diplomatische Höflichkeit. Dann geht es um die politische Glaubwürdigkeit Deutschlands, das aus seiner Geschichte gelernt haben sollte. Antisemitismus zu erkennen, zu benennen und zu bekämpfen ist keine Frage der Einstellung oder Ideologie, sondern der politischen Hygiene. Es ist höchste Zeit, dass gerade die Union begreift: Wer schweigt, stimmt zu. Wer relativiert, macht sich mitschuldig. Wer zusieht, wie linke Judenhasser die gesellschaftliche Debatte bestimmen, gibt jene moralische Führung preis, die eine liberale Demokratie dringend braucht.

Es wird Zeit, vehement dagegenzuhalten. Wir rasen inzwischen alle auf einen tiefen linken Abgrund zu, ohne auch nur ans Bremsen zu denken. So hat die einst populäre Parole „Nie wieder“ ausgedient und ist zu einem billigen „Schon wieder“ geworden. Schuld haben dann auch alle Anständigen und Vernünftigen – weil sie einmal mehr nichts getan haben gegen linke Hasser und Hetzer, gegen Demagogen und Islamverharmloser.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Misere im Wohnungsbau – zu hohe Baukosten und irre Vorschriften sind schuld Seite 4

Kultur

Warum der Kunstmäzen Eduard Arnhold für Berlin ein echter Glücksfall war Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Das Aus für das in Goldap geplante Naturheilzentrum Seite 13

Heimat

Ein Hort des Wissens in Königsberg: die Königliche und Universitätsbibliothek Seite 18



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



Würdigte das kulturelle und geschichtliche Erbe des Bundes der Vertriebenen: Bundeskanzler Merz während seiner Rede in Stuttgart

Bild: picture alliance/dpa | Bernd Weißbrod

„Ein Fundament, das unser Land bis heute trägt“

Rede des Kanzlers beim Festakt des Bundes der Vertriebenen aus Anlass des 75. Jahrestags der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen

VON BUNDESKANZLER
FRIEDRICH MERZ

Am 5. August 1950 unterzeichneten in Stuttgart-Bad Cannstatt Vertreter der vertriebenen Deutschen aus Ost- und Westpreußen, Danzig und Ostbrandenburg, Pommern und Schlesien sowie weiteren deutschen Siedlungsgebieten die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Diese galt schon bald als „Grundgesetz der deutschen Heimatvertriebenen“. Trotz des gerade erst erlittenen eigenen Unrechts verkündeten die Vertriebenen darin sowohl einen Aufruf zum Verzicht auf Rache und Gewalt als auch ein klares Bekenntnis zur Schaffung eines einigen Europas, dessen Grundlage die Verständigung zwischen vormals verfeindeten Staaten, Völkern und Volksgruppen sein sollte. Damit waren die Vertriebenen ihrer Zeit weit voraus. Darüber hinaus reklamierte die Charta auch das Recht auf die Heimat als ein von Gott geschenktes Grundrecht der Menschheit. Dieses ist in Bezug auf die heimatvertriebenen Deutschen jedoch bis heute nicht verwirklicht.

Zum 75. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta veranstaltete der Bund der Vertriebenen am 5. August einen Gedenakt in Stuttgart. Festredner war Bundeskanzler Friedrich Merz. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* dokumentiert die Rede leicht gekürzt.

Dieses Jubiläum – 75 Jahre der Charta der deutschen Heimatvertriebenen – steht in einer Reihe von sehr großen Jubiläen, die wir in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland begehen und im vergangenen Jahr begeben haben. 75 Jahre des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und damit 75 Jahre der Bundesrepublik Deutschland waren es 2024. In diesem Jahr sind es 75 Jahre seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, also der ersten Gründung der späteren Europäischen Gemeinschaften, 70 Jahre von Deutschland in der NATO und nun eben auch 75 Jahre der Charta der deutschen Heimatvertriebenen.

Mit jedem einzelnen dieser Jubiläen feiern wir, begehen wir, denken wir an historische Entscheidungen und an Weichenstellungen in unserem Land für Freiheit, Frieden und Versöhnung. Diese Begriffe tauchen in jeder Festansprache auf: Freiheit, Frieden und Versöhnung. Wenn wir aber ehrlich miteinander sind, haben viele von uns in Deutschland, vor allem im westlichen Teil unseres Landes, über die Bedeutung dieser Begriffe lange nicht mehr nachgedacht.

Die historischen Weichenstellungen vor 75 Jahren und vor 70 Jahren waren so erfolgreich, dass Freiheit, Frieden und Versöhnung für uns zum selbstverständlichen Alltag geworden sind. Aber sie waren kein Alltag, sie waren keine Selbstverständlichkeit im Jahr 1950, und zwar vor allem nicht für Millionen der deutschen Vertriebenen aus Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa, für die

das Ende des Krieges oftmals erst einmal kein Ende der Gewalt bedeutet hat, sondern die furchtbare Erfahrung, erst rechtlos und dann heimatlos zu werden.

Wir kennen doch alle die Schwarz-Weiß-Fotos der Menschen, der Familien, der kleinen Kinder an den Händen ihrer Eltern oder Großeltern, ihrer Geschwister, die ihr ganzes verbliebenes Hab und Gut auf einem kleinen hölzernen Schubkarren mit sich ziehen, und die Fotos aus den Notunterkünften, in denen die Vertriebenen in den ersten Nachkriegsjahren untergebracht waren, oft unter katastrophalen hygienischen Bedingungen, oft auf engstem Raum. Vier Quadratmeter pro Person waren vorübergehend in der britischen Zone als Richtwert festgelegt. Vier Quadratmeter! Wir wissen aus Erzählungen, dass viele Vertriebene und Spätaussiedler in den Gemeinden und Kommunen, auf die sie verteilt wurden, stille Ablehnung, aber auch offene Feindseligkeit erleben mussten, dass sie nicht selten wie Menschen zweiter Klasse behandelt wurden.

Keine politische Prosa, sondern ein ernsthaftes politisches Versprechen

Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend sind, um ihren letzten Satz zu zitieren, der Erfahrungsraum, in dem 1950 die Charta der deutschen Heimatvertriebenen entsteht. In dieser Situation ist ein Bekenntnis zu Freiheit, Frieden und Versöhnung keine Selbstverständlichkeit, keine politische Prosa, sondern ein sehr ernsthaftes politisches Versprechen. Das

„Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend sind der Erfahrungsraum, in dem 1950 die Charta der deutschen Heimatvertriebenen entsteht“

spürt jeder, der den Text der Charta heute liest. Wolfgang Schäuble hat sie einmal als einen der Grundsteine unserer Demokratie bezeichnet. Das heißt auch, dass wir, die wir das Glück haben, in Freiheit und Frieden zu leben, gut daran tun, aus ihr immer wieder neu zu lernen.

In diesem Sinne soll es mir heute um dreierlei gehen. Erstens: Freiheit ist mehr als Bewegungsfreiheit und Befreiung. Wenn wir Menschen in Freiheit leben und unsere Freiheit gestalten wollen, dann brauchen wir dazu einen Ort, eine Heimat, einen Ort, an dem wir Anerkennung finden können mit unserem Tun und unserem Handeln, an dem wir nicht ausgegrenzt werden, an dem wir unsere Sprache sprechen können, an dem wir Wurzeln haben oder Wurzeln schlagen können.

„Wir haben unser Zuhause und damit die Vertrautheit des Alltags verloren. Wir haben unseren Beruf verloren und damit das Vertrauen eingebüßt, in dieser Welt irgendwie von Nutzen zu sein.“ So hat es die deutsche Philosophin Hannah Arendt über die Erfahrung gesagt, ein Flüchtling zu sein. Heimat heißt also auch, die Erfahrung zu machen, in der Welt irgendwie von Nutzen zu sein.

Die Autoren der Charta der Heimatvertriebenen haben das in ein Recht auf Heimat übersetzt. Sie haben sich zugleich ans Werk gemacht, eine neue Heimat für sich zu bauen. Trotz Kriegstraumata, trotz Ausgrenzung und widrigsten Bedingungen haben Millionen deutscher Vertriebenen in den 50er- und 60er-Jahren ihr Schicksal in die

eigene Hand genommen, im zerstörten Deutschland Aufbauarbeit geleistet und an dem deutschen Wirtschaftswunder und an dem wirtschaftlichen Fundament, das unser Land bis heute trägt, mitgearbeitet. Diese Aufbauleistung der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine der ganz großen Erfolgsgeschichten der Bundesrepublik, über die wir viel zu wenig gesprochen haben und viel zu wenig sprechen, obwohl in diesem Mut zum Neubeginn, in diesem Mut zur Verantwortung, den die Vertriebenen und später die Aussiedler und Spätaussiedler an den Tag gelegt haben, so viel Vorbildkraft auch für heute steckt.

Menschliche Schicksale auf allen Seiten eines Krieges

Freiheit braucht Heimat. Freiheit bedeutet Verantwortung. Das ist die zweite große Lehre der Charta der Heimatvertriebenen. Die Charta gibt dieser Verantwortung auch gleich ein Ziel. Wir alle, die Überlebende und vor allem die Nachgeborenen nach dem Zweiten Weltkrieg, wir alle sind in der Verantwortung, an einer Zukunft der Freiheit und des Friedens in Europa mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, die Charta der deutschen Heimatvertriebenen beginnt bekanntlich mit der Erklärung, auf Rache und Vergeltung zu verzichten. Wir alle wissen, dass das ein umstrittener Satz war und vermutlich noch bis heute ist, ein kontroverser Satz. Denn, ja, es waren wir Deutsche, die Europa mit Krieg und Gewalt überzogen haben. Aber das Schicksal der Vertriebenen lehrt uns auch, und die Charta erinnert uns daran: Schuldfragen können politisch, historisch, moralisch noch so klar entschieden sein die Wirklichkeit eines Krieges schafft Opfer überall. Die menschlichen Schicksale, die ein Krieg hervorbringt, entstehen auf allen Seiten. Wir sehen es in diesen Tagen, Wochen und Monaten jeden Tag in der Ukraine und in Israel

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen, die wir Europäer in zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert gemacht haben, sind die Erfahrungen, mit denen das geeinte Europa gegründet worden ist. Genau dieser Geist kommt in der Charta zum Ausdruck, eben die Arbeit an einem freien und geeinten Europa.

Sie haben daran von Beginn an mitgearbeitet, von den 1950er-Jahren an, in denen die Westbindung der Bundesrepublik und die europäische Integration auch in Deutschland noch eine höchst umstrittene Sache war. Sie haben auch an der Versöhnung Deutschlands mit unseren östlichen Nachbarn mitgearbeitet. Bis heute sind Sie, die deutschen Minderheiten vor Ort, Brückenbauer in der Partnerschaft unseres Landes mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa. Sie sind Botschafter deutscher Kultur dort und in den nicht-europäischen Nachbarstaaten der Sowjetunion. Ich möchte Ihnen einfach – ich hoffe, ich darf das tun – ein herzliches Wort des Dankes im Namen der Bundesrepublik Deutschland aussprechen. Ich sage Ihnen im Namen der Bundesregierung: Wir brauchen Sie weiterhin als Übersetzer und Mittler zwischen den Gesellschaften Europas und seiner Nachbarn.

Drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer und der Überwindung der europäischen Teil-

lung stehen wir in Deutschland und in Europa wieder einem feindlichen, einem imperialistischen und revisionistischen Russland gegenüber. Es braucht politische Antworten darauf, an denen wir als Bundesregierung und als Gesellschaft arbeiten, mit unseren Weichenstellungen in der Verteidigungspolitik, indem wir den europäischen Arm der NATO stärken, indem wir die Ukraine in ihrem Kampf gegen den russischen Aggressor unterstützen, mit der Intensivierung der Beziehungen zu Frankreich und zu Polen. Sie erinnern sich, Herr Fabritius; ich habe im vergangenen Jahr darüber gesprochen, wie wichtig gerade auch die deutsch-polnischen Beziehungen vor diesem Hintergrund sind.

Aber ein Schlüssel der Friedenssicherung bleiben Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften, wie wir heute sagen, zwischen den Menschen hier und dort. Im besten Fall bestehen diese Kontakte gerade dorthin fort, wo autoritäre Staaten Feindschaft zwischen den Völkern neu auslösen wollen, wie wir es seit einigen Jahren in Russland beobachten müssen. 400.000 Angehörige der deutschen Minderheit leben heute in Russland. Es ist mir ein Anliegen, gerade sie und die deutschen Minderheiten in der Ukraine der Solidarität der Bundesregierung zu versichern.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch sagen: Wir halten an der Aufnahme der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz fest. Für die nach dem 31. Dezember 1992 geborenen und in den Aussiedlungsgebieten lebenden deutschstämmigen Personen wollen wir die den Zuzug nach Deutschland auch in Zukunft ermöglichen.

Die Notwendigkeit von historischer Erinnerungsarbeit

Noch etwas wussten Sie, die Heimatvertriebenen, die Aussiedler und Spätaussiedler, früher und wissen es auch heute vielleicht besser als viele andere in unserem Land: Die Sicherung von Frieden und Freiheit braucht auch Erinnerungsarbeit. Das gilt heute noch einmal in besonderer Weise. Denn die geopolitische Umbruchszeit, in der wir leben, die neuen sicherheitspolitischen Notwendigkeiten, sie verlangen uns als Gesellschaft etwas ab, heute und ziemlich sicher auch in noch vielen Jahren vor uns. Die Neuaufstellung der Bundeswehr, der Ausbau der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die Arbeit an unserer Verteidigungsfähigkeit, das ist und bleibt eine gewaltige Kraftanstrengung. Wir sind dafür gut aufgestellt. Aber wir werden die Aufgabe nur dann wirklich meistern, wenn wir als ganze Gesellschaft jederzeit wissen, wofür diese Anstrengung notwendig ist, wenn wir das Wissen über den Wert von Freiheit und Frieden gemeinsam lebendig halten, wenn wir das Wissen lebendig halten über die totale Schrecklichkeit des Krieges.

Sie im BdV haben auch diese Verantwortung früh für sich erkannt und angenommen, und ich möchte Ihnen erneut für Ihre hochengagierte und unermüdliche Erinnerungsarbeit sehr ausdrücklich danken: Es ist unser aller kollektives Gedächtnis in Deutschland und in Europa, das Sie damit bewahren helfen.

Ich weiß, dass wir in dieser Frage an einem kritischen Punkt sind; denn die Generation der Zeitzeugen von Flucht und Ver-



Feierliche Kranzniederlegung in Stuttgart: Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, und Vertreter der ostdeutschen Landsmannschaften erinnerten an die Anfänge ihres Verbandes
Bild: Hans-Jörg Froese

treibung nach dem Zweiten Weltkrieg wird immer kleiner. Wenn wir verhindern wollen, dass aus der Geschichte von Flucht und Vertreibung, die unsere Bundesrepublik so maßgeblich geprägt hat, „bloße Geschichte“ wird, dann müssen wir uns dieser Aufgabe gemeinsam annehmen. Deswegen will ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass heute nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten Erlebnisgeneration hier im Saal sind. Wenn ich in den Raum schaue, dann ist es sogar die Minderheit. Die Mehrheit sind jüngere und junge Menschen, die diese Erinnerungsarbeit fortsetzen wollen, nicht nur in Erinnerung an ihre Familien, sondern in Erinnerung an die Herkunft ihrer Eltern und Großeltern. Das, meine Damen und Herren, ist ein Auftrag, den wir alle heute annehmen sollten, gerade an einem solchen Tag wie diesem.

Ich verstehe eben das Gedenken an viele Jahrzehnte von Flucht und Vertreibung in diesem Sinne auch als Auftrag, und ich kann für die Bundesregierung sagen: Wir nehmen diesen Auftrag an. Denn wie Sie wissen, haben wir – ganz trivial mit dem Organisationserlass des Bundeskanzlers – im Mai die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler und deutsche Minderheiten wieder im Bundesinnenministerium zusammengeführt. Auch die Zuständigkeit für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist jetzt wieder im Bundesinnenministerium angesiedelt, wo beides hingehört.

Wir werden sicherstellen, dass die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen eine verlässliche finanzielle Basis haben. Wir werden die Bundesförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz zukunfts-

fest aufstellen. Wir haben außerdem das Amt des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten gestärkt, und ich freue mich sehr, dass wir mit Ihnen, lieber Herr Fabritius, in dieser Funktion wieder einen so starken, erfahrenen und gut vernetzten Ansprechpartner haben. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe zu Beginn meiner Rede gesagt: Wir erinnern mit diesem Jubiläum, wir erinnern mit den großen Jubiläen in diesem und im letzten Jahr an die großen, glücklichen Entscheidungen, die unsere Vorgänger vor 75 Jahren für Freiheit, Frieden und Versöhnung getroffen haben, die vor allem aber auch für uns getroffen worden sind, die damals Kinder waren, Jugendliche waren, die noch nicht geboren waren. Ich bin, wie Sie vermutlich wissen, im Jahr 1955 geboren. Meine Generation hatte das Glück, und es war nicht mehr als reines Glück, in diesem

„Wir werden sicherstellen, dass die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen eine verlässliche finanzielle Basis haben. Wir werden die Bundesförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz zukunfts-

fest aufstellen.“ Land seit mittlerweile 80 Jahren in Frieden, Freiheit und ständig steigendem Wohlstand zu leben. Was wir im Frieden Geborenen heute entscheiden, in dieser Zeit großer geopolitischer Umwälzungen, wird das Gesicht unseres Landes und der freiheitlichen Welt insgesamt vermutlich für Jahrzehnte prägen. Wir müssen uns darum auch heute noch und wir müssen uns immer wieder in besonderer Weise von diesem letzten, eindringlichen Satz der Charta in die Pflicht nehmen lassen:

„Wir rufen Völker und Menschen auf [...], Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“

Ein bleibender Auftrag

Wir sind auf diesem Weg in der Bundesrepublik weit gekommen. Aber wir sind nicht und waren nie am Ende der Wegstrecke. Freiheit und Frieden sind auf dieser Welt nie endgültig errungen. Sie werden immer aktive Entscheidungen, Einsatz, Wachsamkeit von uns verlangen.

Das Gedenken an 80 Jahre Flucht und Vertreibung und das 75-jährige Jubiläum der Charta fallen in eine Zeit, in der der Krieg zurück ist in Europa, in der Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer auf der Flucht sind, innerhalb der Ukraine und in den europäischen Nachbarstaaten. Wir stehen täglich unter dem Eindruck der Bilder aus Israel und Gaza, Bilder von Frauen, Kindern, älteren Menschen, die in Ruinenlandschaften hausen und die nicht wissen, wohin. Frieden und Freiheit sind kein Besitz. Frieden und Freiheit sind ein Versprechen in die Zukunft, auf eine gute, bessere Zukunft, die wir mitbestimmen und mitgestalten können. Das wussten die Verfasser der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Das ist eben die dritte große Lehre, die wir in ihr finden, und davon müssen wir uns auch heute wieder leiten lassen.

„Zukunft braucht Herkunft“, hat der deutsche Philosoph Odo Marquard gesagt. Meine Damen und Herren, Sie wissen aus eigener Erfahrung um die Wahrheit dieses Satzes, und mit dieser Erfahrung brauchen wir Sie, die Heimatvertriebenen, die Aussiedler, die Spätaussiedler und Ihre Kinder und Enkelkinder. Wir in Deutschland brauchen Sie, und wir im geeinten Europa brauchen Sie – im Erinnern, im Bewahren und, vor allem, im Gestalten.

Herzlichen Dank!

● **Friedrich Merz** ist Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU). Das vollständige Manuskript der Rede findet sich unter ...
www.bundestkanzler.de



Vor 75 Jahren vor dem Neuen Schloss in Stuttgart: Der oberschlesische Vertriebene Manuel Jordan verkündet die Charta der deutschen Heimatvertriebenen
Bild: pa/dpa

MELDUNGEN

Bayern zahlt
60 Prozent

München – Laut der jüngsten Zahlen zum Finanzkraftausgleich, der noch bis 2020 Länderfinanzausgleich hieß, wurden im ersten Halbjahr 2025 Geldmittel der Bundesländer in Höhe von 11,2 Milliarden Euro umverteilt. Das ist ein Anstieg gegenüber 2024 um 14 Prozent. Dabei zahlte Bayern erneut den höchsten Solidarbeitrag, der nun eine Rekordhöhe von 6,7 Milliarden Euro erreichte, was rund 60 Prozent der Gesamtsumme ausmacht. Da sich das Haushaltsvolumen des Freistaates in diesem Jahr auf rund 77 Milliarden Euro beläuft, fließt also etwa jeder sechste Euro aus der Münchener Landeskasse in andere, defizitäre Bundesländer – allen voran Berlin, das seit Jahresanfang schon zwei Milliarden Euro für seine klamme Landeskasse erhielt. Dies kommentierte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) mit den Worten: „Das machen wir nicht mehr mit.“ Der Freistaat hat nun Klage gegen den Finanzkraftausgleich vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. W.K.

Kooperation
mit Schlesien

Potsdam – Brandenburg und die Region Niederschlesien loten im Bereich der Gesundheitsforschung Möglichkeiten der Zusammenarbeit aus. Ende Juli hat sich eine niederschlesische Delegation im Science Park Potsdam über aktuelle Forschungsprojekte in den Bereichen Krebsforschung und Biotechnologie sowie über Kooperationsmöglichkeiten informiert. Der Rundgang durch den Park führte auch zum Fraunhofer-Institutsteil für Bioanalytik und Bioprozesse. Die niederschlesische Delegation nutzte den Besuch, um über Möglichkeiten für gemeinsame Projekte in den Bereichen Medizintechnik, digitale Gesundheit und KI-gestützte Diagnostik zu sprechen. Brandenburgs Wirtschaftsminister Daniel Keller (SPD) bekundete die Absicht, die Zusammenarbeit mit der Region Niederschlesien auszubauen. „Forschung und Wirtschaft machen an Landesgrenzen nicht halt“, so der Wirtschaftsminister. H.M.

Verschuldung
wächst weiter

Wiesbaden – Die Pro-Kopf-Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist im vergangenen Jahr erstmals über 30.000 Euro gestiegen. Insgesamt waren Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Ende 2024 mit 2510,5 Milliarden Euro verschuldet. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 30.062 Euro. Im Vergleich zu Ende 2023 ist das ein Plus von 669 Euro. Mit einem Zuwachs von 10,3 Prozent stieg letztes Jahr der Schuldenberg bei den Kommunen am stärksten. Die Pro-Kopf-Verschuldung war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen am höchsten und betrug 3577 Euro. Am geringsten war die Verschuldung 2024 bei den Kommunen in Brandenburg mit 581 Euro, in Thüringen mit 867 Euro und in Sachsen mit 892 Euro pro Einwohner. H.M.



BILD: PICTURE ALLIANCE/DPA | PATRICK PLEUL

Zu teuer, zu reglementiert, zu bürokratisch, zu wenig Fachkräfte: Sozialer Wohnungsbau ist unter der Ampel zum Erliegen gekommen

WOHNUNGSBAU

Ampel ist schuld an der Misere

Die alte Regierung hat komplett versagt – aber die neue macht's nicht besser

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Ampelregierung unter Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), die vom 8. Dezember 2021 bis zum 6. Mai 2025 die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland steuerte, hatte unter anderem versprochen, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr bereitzustellen. Tatsächlich jedoch sorgte die Koalition aus SPD, FDP und Grünen für eine extreme Verschlechterung der Situation auf dem Wohnungsmarkt. Während im Jahr 2020 noch 306.400 Wohnungen gebaut wurden, waren es 2024 lediglich 251.900. Und 2025 dürften sogar weniger als 200.000 Wohnungen entstehen. Diese Prognose basiert nicht zuletzt auf dem Ergebnis einer Erhebung des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW). Die Zahl der in Angriff genommenen Wohnungsbauvorhaben ist seit Ende 2022 um sage und schreibe 85 Prozent zurückgegangen.

Im Ergebnis dessen fehlen in Deutschland nun bereits bezahlbare Wohnungen für 1,4 Millionen Menschen, weswegen der Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) Axel Gedaschko, von einem „Albtraum“ sprach, für den die Ampel-Regierung verantwortlich sei. Dabei stechen vor allem vier Fehlleistungen des Kabinetts Scholz nachhaltig in aller Deutlichkeit hervor.

Absurde Regeln und Vorschriften

Zum Ersten hat die Ampel nichts unternommen, um die – oftmals illegale – Massenzuwanderung zu stoppen. Dadurch stieg die Bevölkerungszahl hierzulande in den Jahren 2022, 2023 und 2024 in Folge um mehr als 2,5 Millionen. Und diese Menschen, von denen viele kein Aufenthaltsrecht besitzen, aber dennoch kaum abgeschoben werden, benötigen natürlich Wohnraum, was ganz besonders für den Fall gilt, dass sich auch noch Nachwuchs einstellt.

Zum Zweiten wäre da der gigantische Wust an bürokratischen Vorschriften rund ums Bauen, der während der Zeit der Ampelregierung weiter enorm anschwellte, weil allein die Vorgaben zum Klimaschutz beziehungsweise zur Klimaneutralität immer umfangreicher und teilweise regelrecht absurd wurden. Derzeit muss die deutsche Baubranche mehr als 20.000 Gesetze, Verordnungen, Normen und weitere verbindliche Regelungen beachten, die nicht nur das Bauen selbst, sondern auch die Genehmigungsverfahren verzögern und zugleich verteuern. Rund ein Viertel des Kostenanstiegs beim Bauen ging auf die Vermehrung der Vorschriften zurück.

Baukosten sind zu hoch

Zum Dritten schaffte es die Ampel nicht, den noch aus etlichen weiteren Faktoren resultierenden Höhenflug bei den Baukosten aufzuhalten – ganz im Gegenteil. Das Ergebnis war eine Verteuerung der Bauleistungen um durchschnittlich drei

Prozent pro Jahr, wobei die Preise in einzelnen Bereichen wie dem Heizungsbau sogar bis zu 5,7 Prozent stiegen. Dadurch ist die Bundesrepublik „ein Hochkostensland beim Wohnungsbau“ geworden, so das Urteil von Jan Linsin, Forschungsleiter im Immobilienkonzern CBRE Deutschland. Denn die Gestehungskosten für einen Neubauquadratmeter hierzulande belaufen sich mittlerweile auf durchschnittlich 5150 Euro, wobei 490 Euro auf die Baunebenkosten entfallen, zu denen vor allem Aufwendungen für Planungsleistungen und Gutachten gehören. Zum Vergleich: In der Republik Polen werden für einen Neubauquadratmeter nur 2130 Euro fällig, von denen 75 Euro Baunebenkosten sind. Und in den Niederlanden, Schweden und Österreich baut man mit 4240, 3710 und 3030 Euro für den Neubauquadratmeter ebenfalls deutlich günstiger als in Deutschland.

Zu guter Letzt tat die Ampelregierung bei Punkt vier nichts gegen personelle Engpässe auf dem Bau. Angesichts der Arbeitskräftesituation wäre hier eine Einstellungs- und Ausbildungsinitiative statt der Erhöhung des Bürgergeldes auch für Arbeitsverweigerer angebracht, hilfreich und vor allem nötig gewesen.

Wegen des Wohnungsmangels infolge dieser verfehlten Politik stiegen die Neuvertragsmieten in den deutschen Städten unter der Ägide des Kabinetts Scholz um zehn bis 22 Prozent, wobei Berlin einsam an der Spitze rangiert. Obendrein führte die Misere auch zu einem Ausbleiben jener ausländischen Fachkräfte, die diesen Namen auch verdienen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Harald Schaum, sagt dazu: „Keiner wird kommen, wenn er hier nicht oder nur zu horrend hohen Mieten wohnen kann.“

Placebo zum Einlullen

Nun verspricht die neue Union-SPD-Regierung Abhilfe. So erklärte Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD): „Wir starten jetzt mit dem Bau-Turbo – und investieren 23,5 Milliarden Euro in sozialen Wohnungsbau bis 2029.“ Doch das allein dürfte kaum reichen. Vielmehr müssen auch die rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen endlich verändert werden. Aber in puncto Regulierungsabbau und Kostensenkungen zeichnen sich bislang keine spürbaren Veränderungen gegenüber der Ampel-Ära ab. Das resultiert nicht zuletzt aus dem Druck aus Brüssel. Hierzu ein Beispiel: Zement stuft die EU-Kommission jetzt als klimaschädlich ein, weshalb das bei der Herstellung des Baustoffs entstehende Kohlendioxid künftig unterirdisch eingelagert werden muss. Dadurch dürfte Zement um bis zu 90 Prozent teurer werden.

REMIGRATIONSDEBATTE

Zoff im rechten Lager

Krah will „juristisch tragfähig und sauber“ werden, Höcke bevorzugt Provokation

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah hat mit seinem Schwenk in der Remigrationsfrage eine heftige Kontroverse im rechten Lager ausgelöst. Während sich führende Parteifreunde öffentlich zurückhalten, kommen die lautstärksten Reaktionen aus dem sogenannten Höcke-Lager. Aktivisten wie Martin Sellner und Verleger Götz Kubitschek werfen Krah offen Verrat an der gemeinsamen Sache vor.

Lange galt Krah selbst als Vertreter eines ethnisch orientierten Politikverständnis. In Reden und Interviews warnte er vor „Umvolkung“ und sprach davon, dass Staatsvolk und ethnisches Volk identisch sein müssten. Inzwischen lehnt er diese Sichtweise ab. Es handle sich nicht um eine ideologische Abkehr, sondern um eine strategische Anpassung

an die politische und juristische Realität. Angesichts aktueller Urteile, etwa zur Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz oder zur mutmaßlichen Verfassungswidrigkeit von Medienprojekten, sei klar, dass ein offenes Festhalten an einem ethnisch begründeten Remigrationskonzept die Partei in Bedrängnis bringe. Krah sieht darin ein rechtliches Minenfeld – und möchte es umgehen.

Inhaltlich bedeutet dies: „Remigration“ ist für Krah künftig nicht mehr der Rücktransport großer ethnisch definierter Gruppen. Vielmehr geht es ihm um kontrollierte Migration, Abschiebungen krimineller Ausländer und um gesellschaftliche Trennlinien, die auch ein friedliches Nebeneinander ermöglichen sollen. „Ausländer raus“ taugt nicht als positive Vision. Stattdessen wolle er den Deutschen

„Selbstbewusstsein und wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ zurückgeben, ohne ständig auf Ausländer zu zeigen.

Der österreichische Aktivist Martin Sellner, der den Begriff „Remigration“ prägte, beschuldigt Krah der Abkehr vom Kurs. Auch Götz Kubitschek, lange Zeit Krah-nah, kritisierte dessen neue Linie scharf und brach die Zusammenarbeit ab.

Besonders empfindlich reagierte das Lager um Björn Höcke. Der Thüringer AfD-Landeschef bekannte sich demonstrativ zur alten Linie, veröffentlichte ein Foto von sich mit Sellners Buch in der Hand. Bundestagsabgeordnete aus dem Höcke-Lager bekräftigten, dass an Remigration als politischem Ziel festgehalten werde. Aus ihrer Sicht droht Krah mit seinem Kurswechsel die Spaltung der Partei voranzutreiben. Manche werfen ihm so-

gar vor, die „Brandmauer“ nun innerhalb der Partei aufzurichten.

Doch es gibt auch Rückhalt für den sächsischen AfDler. Vor allem in den Landesverbänden um Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen wird Krahs Kurs als pragmatisch eingeschätzt. Hessens Landeschef Robert Lambrou lobte die Neuausrichtung als „glaubwürdig“ und erklärte, die Ideologie des identitären Milieus sei in der Partei nie mehrheitsfähig gewesen.

Die Entwicklung legt die strategische Problematik der AfD offen. Während ein Teil der Partei an ideologischer Schärfe festhält, drängen andere auf Anschlussfähigkeit. Krah selbst inszeniert sich inzwischen als Vermittler, der die Remigrationsdebatte auf ein juristisch tragfähiges Fundament stellen wolle. Peter Entinger

ASYLPRAXIS

Scharfe Kritik an Berlins Extratouren

Familiennachzug: Bund fordert die Hauptstadt zur Wende auf – Hamburg moniert Kirchenasyl

VON HERMANN MÜLLER

Wie soll der deutsche Staat mit Asylbewerbern umgehen, die in vielen Fällen ohne Identitätspapiere eingereist sind und während des Asylverfahrens einfach abtauchen? Schon jetzt erlaubt das Asylgesetz die Einstellung des Verfahrens, wenn der Antragsteller beispielsweise nicht zu Anhörungen erscheint. Brandenburgs neuer Innenminister René Wilke will Asylbewerber, die untertauchen, künftig automatisch den Asylanspruch entziehen. Nach Angaben seines Ministeriums in Potsdam wurden vom 1. Januar bis 17. Juli dieses Jahres 855 Fahndungen nach untergetauchten Asylbewerbern ausgelöst.

Der seit seinem Austritt aus der Linkspartei parteilose Minister begründet seinen Vorstoß mit einer einfachen Frage: „Wie soll man einem Bürger erklären, dass da jemand ist, der hierherkommt und eine Prüfung seines Asylanspruchs möchte, sich dann aber dem Verfahren entzieht?“ Man „dürfe sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen“, so Wilke. Als Möglichkeiten, um die Verfahren auf ein vernünftiges Gleis zu bringen, nennt der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) eine Initiative Brandenburgs bei der Innenministerkonferenz oder im Bundesrat.

Anders als Brandenburg stößt das benachbarte Berlin derzeit keine Veränderungen im Asylrecht an. Die Bundeshauptstadt muss vielmehr auf Entscheidungen des Bundes und auch auf Vorwürfe der Hamburger Regierung reagieren. Durch ein Machtwort von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) steht zum einen nun eine Berliner Sonderregelung zum Familiennachzug vor dem Aus.

Durch ein Landesaufnahmegesetz hatte Berlin es jahrelang ermöglicht, dass Syrer, Afghanen und Iraker Verwandte nachholen dürfen. Als Bedingungen mussten sich die Ausländer dazu verpflichten, die Kosten für die Kranken- und Pflegeversicherung ihrer Verwandten zu übernehmen. Eingeführt hatte diese Regelung noch der rot-grün-rote Vorgängerinnen. In der jetzigen Regierungskoalition war die SPD für die Weiterführung der Sonderregelung, die CDU war vehement dagegen. Nachdem das Landesaufnahmeprogramm für afghanische, syrische und



Hadert mit Berlin: Bürgermeister Tschentscher in der Hamburger Petrikirche

Bild: picture alliance/dpa/dpa/Pool/Marcus Brandt

irakische Asylsucher Ende 2024 ausgelassen war, sieht es derzeit nicht nach einer Weiterführung der Sonderregelung aus.

Wie Berlins Finanzsenator Stefan Evers (CDU) Ende Juli erklärte, wird das Bundesministerium des Innern „kein Einvernehmen für neue oder für eine Verlängerung bestehender Landesaufnahmeprogramme erteilen“. Seiner Senatskollegin Iris Spranger (SPD) teilte Evers mit, dass es notwendig sei, „die für den Bereich Flucht anfallenden Kosten auf das notwendige Minimum zu begrenzen“. Der Finanzsenator wies Innensenatorin Spranger auch darauf hin, dass die Übernahme der Versicherungsbeiträge durch die Verwandten „keine ausreichende Vorsorge gegen zusätzliche Kosten des Landes Berlin“ sei. Tatsächlich gilt die Verpflichtungserklärung der Immigranten für den Nachzug ihrer Verwandten nur für fünf Jahre. Danach müssen alle Beitragszahler für etwaige Kosten aufkommen. Zudem hat Berlins Umgang mit dem Kir-

chenasyl zu einem Streit mit dem Hamburger Senat geführt. Unmittelbarer Anlass sind vier Afghanen, die in der Dreieinigkeitskirche in Steglitz Kirchenasyl erhalten haben. Die vier Männer hatten jahrelang in Schweden gelebt. Aus Angst, von dort abgeschoben zu werden, waren sie zunächst nach Hamburg, dann nach Berlin gegangen.

Tschentscher pocht auf Dublin III

Das Hamburger Amt für Migration hat die vier Afghanen zur Rückkehr nach Schweden aufgefordert – dorthin, wo das Quartett erstmals einen Asylantrag gestellt hatte. Allerdings erkennt Berlin im Gegensatz zu Hamburg das Kirchenasyl an. Als Folge weigert sich das Land Berlin, die Afghanen aus der Kirche zu holen. Ohne weisungswidrig die Kirche zu betreten, konnten Berliner Polizisten allerdings einen der Afghanen doch festnehmen, als dieser die Kirche kurz verlassen hatte. Bundespolizisten setzen den den Afghanen daraufhin in ei-

nen Linienflug nach Stockholm und verhängten eine fünfjährige Einreiseperrre. Für zwei der Afghanen im Kirchenasyl ist die sechsmonatige Überstellungsfrist gemäß Dublin-Richtlinie jedoch mittlerweile verstrichen. Schweden muss sie damit nicht mehr zurücknehmen.

Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) kritisierte mittlerweile nicht nur das Vorgehen Berlins. Er sprach laut einem Bericht der „Berliner Zeitung“ auch von einem systematischen Missbrauch des Kirchenasyls: Es sei nicht hinnehmbar, dass „die Überstellung nach der Dublin-III-Verordnung von einer Berliner Kirchengemeinde vereitelt“ werde, so Tschentscher. Auch der Vize-Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Günter Krings, äußerte sich zum Kirchenasyl: Er fordert, die Kirchen sollten konsequenterweise dauerhaft die Betroffenen beherbergen und betreuen, wenn in Dublin-Fällen durch das Kirchenasyl eine Rückführung nicht mehr möglich sei.

KOLUMNE

Auf Abwegen

VON THEO MAASS

Berliner Gerichte sprechen Urteile „im Namen“ des Volkes. Doch in diesem Jahr gab es Urteile, die zurückhaltend ausgedrückt als „umstritten“ gelten können. Richter Philipp Berkholz urteilte über Yasemin Acar. Zwar in Deutschland geboren und mit deutschem Pass ausgestattet scheint die Tochter kurdischer Eltern aus der Türkei eher daran interessiert zu sein, fremde Konflikte in das Land zu tragen, dessen Staatsbürgerschaft sie hat.

Das Urteil: 120 Tagessätze à 15 Euro, also 1800 Euro Strafe für Widerstand gegen und Angriff auf Polizisten, Verleumdung sowie versuchte Körperverletzung. Begangen zwischen Februar 2024 und Juli 2024, unter anderem bei anti-israelischen Demonstrationen. Im Internet postete sie zudem die Parole „From the river to the sea, palestine will be free“. Der Richter meint jedoch, die Hamas-Parole sei straffrei. Acars Sündenregister ist noch umfangreicher: Deutschland sei ein „faschistischer Staat“, behauptet sie, an zahlreichen Besetzungen von Universitäten nahm sie teil.

Ob der Richter nur dem öffentlichen Druck der geschätzten 40.000 „Palästinenser“ in Berlin nachgab oder tatsächlich derartige Auffassungen in sich trägt, ist egal. Theoretisch hätte er sachlich und neutral die Sachverhalte einordnen müssen. Aber das scheint Teilen der Berliner Justiz schwerzufallen.

Nach dem linken Berliner Verwaltungsrichter Florian von Alemann (Skandalurteil wegen drei abgewiesener Asylbewerber in Frankfurt/Oder) ist mit der Amtsrichterin Andrea Wilms schon wieder ein Berliner Richter als linker „Versteher“ auffällig geworden. Der Pseudo-Satiriker Sebastian Hotz alias El Hotzo geht straffrei aus. Hotz postete nach dem Attentat auf Donald Trump sinngemäß, was „der letzte Bus“ und Trump gemeinsam hätten. Er gab sich selbst die Antwort: „Leider knapp verpasst.“ Im Anschluss kommentierte er noch darunter, er finde es „absolut fantastisch, wenn Faschisten sterben“.

MELDUNG

Wohnungslose: Zahl verdoppelt

Berlin – In der deutschen Hauptstadt hat sich in den vergangenen drei Jahren die Zahl der Menschen, die keine Wohnung hatten und untergebracht werden mussten, verdoppelt. Laut einer Antwort der Senatssozialverwaltung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus wurden im Januar dieses Jahres durch die Berliner Bezirke mehr als 53.600 Personen untergebracht. Vor drei Jahren waren es noch knapp 26.000 Menschen. Der Berliner Senat rechnet bis zum Ende des Jahrzehnts sogar mit einer Steigerung der Zahl der Wohnungslosen auf mehr als 85.600 Personen. Zusammen mit den voraussichtlich benötigten Unterbringungsplätzen für Asylbewerber und Flüchtlinge ergibt sich laut Senat bis Ende 2029 den Schätzungen zufolge sogar ein Bedarf von knapp 114.600 Unterbringungsplätzen. Eine Entspannung am Berliner Wohnungsmarkt ist derweil nicht absehbar. H.M.

BAHN

Aufstand für den „Knödel-Express“

Fahrgäste und Medien legen sich ins Zeug für einen der letzten traditionellen Speisewagen Europas

Mehrere Zehntausend Menschen sind jeden Tag zwischen Berlin und Hamburg unterwegs, ein beachtlicher Teil sogar als Pendler zum Arbeitsplatz. Bahnreisenden stand bisher eine besonders angenehme Möglichkeit zur Verfügung, die Zeit auf der 280 Kilometer langen Eisenbahnstrecke zu überbrücken. Wählte der Reisende nicht den etwas schnelleren ICE der Deutschen Bahn, sondern einen der Eurocity-Züge, die für die tschechische Bahn auf der Strecke zwischen Prag, Berlin und Hamburg verkehren, konnte er bis vor Kurzem einen der legendären Speisewagen nutzen.

Wegen seines Angebots an teils frisch in der Bordküche zubereiteter böhmischer Hausmannskost und dem ebenso frisch gezapften tschechischen Bier war der Speisewagen der „České dráhy“ bei

Reisenden bekannt und beliebt. Rote Ledersessel, weiße Tischdecken und eine zuweilen an K.u.k.-Zeiten erinnernde, aufmerksame Bedienung rundeten das Bild von der gemütlichen Gasthausatmosphäre auf Schienen ab. Für Jaroslav Rudiš, Autor des Buchs „Gebrauchsanweisung für Zugreisen“, stand der Speisewagen, der zwischen Prag und Hamburg unterwegs war, für eine alte Speisewagenkultur, die mittlerweile in Europa fast überall verschwunden ist.

Für einen Teil der Bahnfahrer, die jeden Tag die Strecke zwischen der Hansestadt und der Spreemetropole bewältigen müssen, war der Speisewagen im tschechischen EC-Zug mitunter regelmäßiger Treffpunkt mit anderen Pendlern. Auch einige Medienleute mit Arbeitsplatz in Hamburg und Wohnort in Berlin hatten

ihre Stammplätze, um sich nach getaner Woche am Freitagnachmittag bei deftigem Gulasch mit Knödeln, Pilsner Bier oder süßen Palatschinken auf das Wochenende einzustimmen.

Dementsprechend groß war der Schock, als die tschechische Bahn vor einigen Monaten angekündigte, die Speisewagen im Zuge einer Modernisierung ihres Waggonmaterials durch moderne Bordbistros ersetzen zu wollen.

Am 1. August ist die neunmonatige Generalsanierung der Strecke zwischen Berlin und Hamburg angelaufen. Die tschechische Bahn lässt seitdem den Eurocity nur noch zwischen Prag und Berlin verkehren. Obendrein zieht das Unternehmen seit dem 26. Juli auch die legendären Kult-Speisewagen aus dem Verkehr. Die Wagen sollen künftig nur noch auf einer

Strecke innerhalb der Tschechischen Republik eingesetzt werden. Das Echo war gewaltig. Möglicherweise war Tschechiens Bahn selbst überrascht, wie beliebt ihre Speisewagen hierzulande sind. Das drohende Aus des Angebots sorgte nicht nur in den Sozialen Medien für hitzige Diskussionen. Auch viele Zeitungsredaktionen beschäftigten sich mit dem Speisewagenthema. Oft fiel dabei der Begriff „Knödel-Express“ als Synonym für die Wagen der tschechischen Bahnen. In einer Pressemitteilung deutete vor Kurzem der Chef der Tschechischen Bahnen, Michal Krapinec, an, dass die ursprünglichen Speisewagen zumindest auf einigen Zugpaaren weiterhin mitgeführt werden. Ob es sich dabei nur um eine Gnadenfrist handelt, wird sich mit dem kommenden Winterfahrplan zeigen. H.M.

● MELDUNGEN

Tankverbot für ältere Autos

Neu-Delhi – In der indischen Hauptstadt dürfen ältere Kraftfahrzeuge nicht mehr betankt werden. Das neue Verbot gilt für Benziner, die älter als 15 Jahre sind, und Diesel-Pkw, die vor 2015 vom Band liefen. Zur Überwachung der Einhaltung der Vorgaben scannen KI-gesteuerte Kameras die Kennzeichen der Autos an den Tankstellen. Bei Verstößen drohen Geldstrafen oder die Beschlagnahme des Fahrzeugs. Der Grund für diese Maßnahme ist die extreme Luftverschmutzung in Neu-Delhi, die 2018 bereits zu einem Fahrverbot für ältere Modelle führte, an das sich bislang aber niemand hielt. Allerdings sollen von der neuen Tankregelung gerade einmal 100.000 Fahrzeuge in der 21-Millionen-Einwohner-Metropole betroffen sein. Insofern dürfte Neu-Delhis Smog-Problem von dadurch nicht verschwinden. Der Hauptgrund für die schlechte Luft aber ist, dass in den Häusern der Armen regelmäßig Dung und Holz verfeuert werden. **W.K.**

Einreiseverbot für Minister

Den Haag – Die niederländische Regierung hat am 28. Juli entschieden, Israels Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir sowie Finanzminister Bezalel Smotrich die Einreise in die Niederlande zu verweigern. Die Regierung in Den Haag strebt zudem an, beide israelischen Minister im Schengener Informationssystem als unerwünschte Ausländer zu listen. Damit wäre beiden Israelis die Einreise in 25 der 27 EU-Staaten verwehrt. Der Schritt der niederländischen Regierung folgt auf einen Bericht „Bedrohungsanalyse durch ausländische Staaten 2025“. In dem Bericht des niederländischen nationalen Koordinators für Sicherheit und Terrorismusbekämpfung wird Israel erstmals als Bedrohung für die nationale Sicherheit eingestuft. Israel wird in der Sicherheitsanalyse als Akteur bezeichnet, der versucht, die politische und öffentliche Meinung im Ausland zu beeinflussen. **H.M.**

Ausnahme für Ungarn

Budapest – Ungarn darf sein Atomkraftwerk Paks mit Geldern von Russlands Zentralbank und weiteren russischen Geldhäusern ausbauen. Die USA hoben Sanktionen, die Ende 2024 verhängt worden waren, teilweise auf. Die Sanktionsbehörde des US-Finanzministeriums hat seine Genehmigung zur Umsetzung ziviler Kernenergieprojekte, die vor dem Stichtag 21. November 2024 begonnen wurden, bis zum 19. Dezember dieses Jahres ausgeweitet. Diese Ausnahme betrifft das ungarische Kernkraftwerk Paks II. Ende 2024 hatte Ex-US-Präsident Joe Biden Sanktionen verhängt, weil die beiden neuen Reaktoren in Paks vom russischen Staatskonzern Rosatom gebaut werden sollten. Der südlich der Hauptstadt gelegene Meiler ist mit vier Reaktoren russischer Bauart ausgestattet, die rund ein Drittel des Strombedarf des Landes abdecken. Ungarn bezieht die benötigten Brennelemente für sein einziges Kernkraftwerk aus Russland. **M.R.K.**

KRIEGSSZENARIO

Dunkle Wolken über Ostpreußen

US-General Chris Donahue schockiert mit der Aussage über die Einnahme des Königsberger Gebiets

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Aussage des US-Generals Chris Donahue während der Eröffnung der „Landeuro-Konferenz“ in Wiesbaden, die russische Exklave Kaliningrad theoretisch innerhalb kurzer Zeit militärisch ausschalten zu können, hat für empörte Reaktionen aus Russland gesorgt. Die Konferenz, an der 2100 Entscheidungsträger aus Militär, Politik und Industrie aus 80 Nationen teilnahmen, galt der „Abschreckungslinie an der Ostflanke“. Donahue, der seit Dezember 2024 Kommandeur der United States Army Europe and Africa mit Sitz in Wiesbaden ist, forderte die „Interoperabilität“ des Bündnisses, das heißt, dass die Systeme aller NATO-Mitglieder kompatibel sein müssen.

Der Vier-Sterne-General führte aus, dass das Königsberger Gebiet klein und von allen Seiten von der NATO umgeben sei. Das Gebiet hat eine maximale Breite von 205 Kilometern, von Norden nach Süden beträgt die Länge etwa 108 Kilometer. Die US-Armee und ihre Verbündeten seien in der Lage, es „in noch nie dagewesener Zeitspanne und schneller als jemals

zuvor vom Boden aus einzunehmen“. Donahue sagte auch, dass dies bereits geplant und entwickelt worden sei. Die NATO habe die Fähigkeit entwickelt, dem Problem der Masse und Dynamik, das Russland darstelle, mit einer Kapazität von 22 Divisionen zu begegnen.

Eskalation statt Diplomatie

Die Reaktionen aus Moskau auf Donahues skizziertes Szenario ließen nicht lange auf sich warten. Scharfmacher wie Dmitrij Medwedjew und der nationalistische Duma-Abgeordnete Leonid Sluzkij drohten mit atomaren Vergeltungsmaßnahmen, während Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow von den komplizierten Anstrengungen sprach, die russisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern.

Die NATO-Rhetorik hat auch im Königsberger Gebiet die Ängste vor einem möglichen Angriff aus dem Westen geschürt. In der „Komsomolskaja Prawda“ erschien ein Interview mit dem Putintreuen Militärexperthen Alexej Leontow, der auf die Frage, wie real die NATO-Bedrohung für die Region sei, antwortete, „Kaliningrad“ sei der NATO seit Langem ein Dorn im Auge und die Bedrohung real.

Der General verwies auf Militäroperationen des Westens vor der russischen Haustür, etwa die Air Defender Luftoperation von 2023 oder Baltops, die jährlich stattfindenden multinationalen Manöver in der Ostsee.

Der NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens sowie die Stationierung von Garnisonen an den westlichen Grenzen der Russischen Föderation setzen Russland ebenso in Alarmbereitschaft wie die jüngsten Äußerungen des US-Generals. Die Exklavenlage des Gebiets, das nun von NATO-Staaten umgeben ist, erhöht das Gefühl einer scheinbaren Bedrohung. Die Ostsee, so Leontows Ansicht, habe der Westen in ein Binnenmeer der NATO umgebaut. Den baltischen Staaten, Polen, Schweden, und Finnland würde bei einem Angriff auf die russische Exklave die Rolle einer Seeblockade zugewiesen. Auf die wiederholte russische Drohung, Atomwaffen einzusetzen, sagte der Militärexperte, dass wohl jeder verstehe, dass dies nur das letzte Mittel sei.

Bezüglich des Königsberger Gebiets betonte er, dass die Region ein integraler Bestandteil der Russischen Föderation sei – so hatte es Wladimir Putin auch schon

wiederholt formuliert – und eine Wirtschaftsblockade der erste Akt des Krieges seitens der NATO sei. Russland habe bereits Gegenmaßnahmen getroffen, etwa durch den Aufbau seines Luftverteidigungssystems und eines von Importsubstitutionen unabhängigen Internets, das auch dann nicht kollabiere, wenn das weltweite Netz – etwa durch russische Cyberattacken – ausgeschaltet werde.

Aufrüstung im Baltikum

Gefühl rüstet die NATO an ihrer Ostflanke seit Jahren aufgrund der russischen Bedrohung auf. Die Zahl der rund um das Königsberger Gebiet stationierten Soldaten und die Anzahl der Panzer und Kampfflugzeuge sind gestiegen. Dabei sieht sich vor allem Polen als aufsteigende Militärmacht. 2022 verfügte das Land über 99.300 Soldaten, 985 Panzer und 98 Kampfflugzeuge, Litauen über gut 17.000 Soldaten, Lettland über 5000 Soldaten. Im Baltikum sind 10.000 NATO-Soldaten stationiert. Dem stehen schätzungsweise 14.500 russische Militärangehörige im nördlichen Ostpreußen gegenüber.

Konkret befürchten Estland und Litauen einen russischen Angriff. Die Stadt Narwa an der russischen Grenze beispielsweise, die gleichzeitig die Außengrenze von EU und NATO bildet, bereitet sich auf den Ernstfall vor. Obwohl ein großer Teil der Bevölkerung russischsprachig ist, wurde Russisch an Schulen verboten, hat man sowjetische Denkmäler geschliffen. Polen befestigt seit Jahren seine Grenzen zu Russland und Weißrussland. An der innerostpreußischen Grenze werden nach meterhohen Stacheldrahtzäunen nun auch Panzersperren eingerichtet.

Wegen des russischen Großmanövers „Sapad“ (Westen), das Moskau für September plant, wurde die Panzerbrigade 445 nahe Wilna bereits in Alarmbereitschaft versetzt.

Ist US-General Donahue auch von der Angriffsfähigkeit der NATO vom Boden aus überzeugt, so warnt EU-Kommissar für Verkehr, Apostolos Tzitzikostas, eindringlich, dass die alte, mangelhafte Infrastruktur in den EU-Staaten bei einer Auseinandersetzung mit Russland zu Problemen führen könne. Straßen, Brücken und Bahnstrecken seien für den Transport von militärischer Ausrüstung unzureichend. Die Verlegung von Ausrüstung und Soldaten würde zu lange dauern.



Polen bereitet sich auf einen russischen Angriff vor: Panzersperren im südlichen Ostpreußen

Bild: Screenshot SRF news

ENTHÜLLUNG

Trump gibt Kennedy- und King-Akten frei

Aus den Einsichten ergeben sich wiederum neue Fragen, allen voran nach der Rolle der CIA

Im Januar 2025 verordnete US-Präsident Donald Trump die Freigabe weiterer, bislang unter Verschluss gehaltener Dokumente zu den Morden an den Gebrüdern Kennedy und dem schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King.

Hierdurch ist nun auch die Einsicht in eine der aufschlussreichsten Akten möglich, die im Zusammenhang mit den Schüssen auf John F. Kennedy im November 1963 entstand. Dabei handelt es sich um Aufzeichnungen über das Wirken von George Joannides, dessen Tarnnamen Howard Mark Gebler und Walter Newby lauteten. Der CIA-Agent leitete damals eine 24-köpfige Abteilung für psychologische Kriegsführung an der JWAVE-Station des US-Auslandsgeheimdienstes in Miami, die als Basis für subversive Aktionen gegen Kuba diente. In dieser Eigen-

schaft lenkte er unter anderem die von der CIA geschaffene Anti-Castro-Gruppierung Directorio Revolucionario Estudiantil (DRE). Außerdem intrigierte Joannides gegen das Fair Play for Cuba Committee (FPCC), in dem Prominente wie Truman Capote und Norman Mailer für einen Dialog mit Havanna warben. Das Komitee bot jedoch zunächst keine Vorwände für Schmutzkampagnen, bis sich das FPCC-Mitglied Lee Harvey Oswald, der angebliche spätere Kennedy-Attentäter, eine Schlägerei mit DRE-Leuten lieferte und sich danach lautstark als Marxist-Leninist outete.

Die Joannides-Dokumente erlauben den Schluss, dass er im Auftrag der CIA agierte. Des Weiteren enthalten sie Informationen über den Leiter der CIA-Spionageabwehrabteilung James Jesus Angle-

ton. Der hatte bereits dreieinhalb Jahre vor den Schüssen auf Kennedy eine Akte über Oswald angelegt, die den Personalakten anderer CIA-Mitarbeiter gleich.

Nach dem Attentat von Dallas und der Erschießung Oswalds durch den Nachtclubbesitzer Jack Ruby setzte Joannides dann alle Hebel in Bewegung, um die Öffentlichkeit über die Verbindungen zwischen dem vermeintlichen Kennedy-Mörder und dem FPCC „aufzuklären“. Das führte schließlich zur Selbstauflösung des Komitees, welches der CIA stets ein Dorn im Auge gewesen war.

Weiterhin unter Verschluss bleiben aber die Akten über den Mafia-Killer und Leibwächter des Paten Santo Trafficante, Herminio Diaz Garcia. Letzterer starb drei Jahre nach den Todesschüssen von Dallas bei einem erfolglosen Attentat auf

den Revolutionsführer Fidel Castro. Sein damals gefasster Mitstreiter Tony Cuesta soll Garcia im Gespräch mit einem Mitläufer namens Reinaldo Martinez als den Mörder Kennedys bezeichnet haben. Auf jeden Fall traf die Biden-Regierung 2024 die Entscheidung, Garcias Akten auf ewig zu sperren. Diese könnte aber demnächst im Zuge von Trumps Transparenz-Offensive revidiert werden.

Ansonsten erfolgte am 21. Juli auch die Freigabe von 243.000 Dokumentenseiten über die Ermordung von Martin Luther King. Eine erste Sichtung ergab keine besonderen Auffälligkeiten. Allerdings stach ins Auge, dass sich die Ermittler stark auf den später dann auch des Mordes schuldig gesprochenen James Earl Ray konzentrierten und voreingenommen agierten.

Wolfgang Kaufmann

VON HAGEN RITTER

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) muss nach ihren Zollverhandlungen mit Donald Trump massive Kritik aus fast allen politischen Lagern einstecken. Bei der Linkspartei spricht deren industriepolitischer Sprecher davon, dass die Einigung mit Trump „schlicht eine Unterwerfung der EU“ sei. Die AfD-Bundestagsfraktion bezeichnete den Zoll-Deal der Kommissionspräsidentin als „Offenbarungseid für die EU“.

Selbst dem eigenen politischen Lager der Kommissionspräsidentin, der Europäischen Volkspartei (EVP), fällt es schwer, das Verhandlungsergebnis als großen Erfolg zu präsentieren. Manfred Weber, Fraktionschef der Christdemokraten im Europaparlament, sagte im ZDF: „Auch ich bin nicht begeistert.“

Christoph Ahlhaus, Bundesgeschäftsführer des Mittelstandsverbandes BVMW und seit 1985 CDU-Mitglied, forderte Bundeskanzler Friedrich Merz via „Bild“-Zeitung sogar auf, von der Leyen als Kommissionspräsidentin fallen zu lassen. Er erklärte: „Die Rücksichtnahme gegenüber von der Leyen auf Kosten der deutschen Wirtschaft dauert schon zu lange. Damit muss jetzt Schluss sein.“

Positiv aufgenommen wurde in der deutschen Wirtschaft, dass ein Handelskrieg mit den USA vorerst abgewendet wurde und nun für Exporteure zumindest Planungssicherheit im Handel mit den Vereinigten Staaten herrscht. Der Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Reint Gropp, verwies auch darauf, dass Deutschland bei Verkäufen in die USA mit dem vereinbarten Zoll von 15 Prozent wenigstens keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber Großbritannien oder Japan habe.

Dessen ungeachtet rechnen viele exportorientierte Unternehmen mit erheblichen Einbußen. Olivier Kölsch, Geschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie, warnte sogar, dass die kleine und mittelständisch aufgestellte deutsche Ernährungsindustrie die Zusatzkosten durch die Zölle in Höhe von 15 Prozent „eigentlich gar nicht stemmen“ könne.

Betroffen vom Zoll-Deal ist obendrein ein Markt, auf den die deutsche Wirtschaft kaum verzichten kann: Vergangenes Jahr wurden Waren im Wert von mehr als 161 Milliarden Euro von Deutschland in die USA exportiert.

Allerdings gibt es auch Kommentatoren, welche die Zusagen der Kommissionspräsidentin an Trump als eine besonders clevere Verhandlungsführung deuten. Aus dieser Sichtweise von der Leyen



Teure Folgen eines „Deals“ mit Donald Trump: Überteuertes amerikanisches Flüssigerdgas soll zukünftig in die EU verschifft werden

ZOLLSTREIT

Offenbarungseid für die EU oder cleverer Schachzug?

Ursula von der Leyens Übereinkunft mit Donald Trump könnte Europa teuer zu stehen kommen – sofern der Zoll-Abschluss rechtlich bindend ist

Trump Dinge versprochen, die der US-Präsident seinen Wählern als den „größten Deal, der jemals gemacht wurde“ präsentieren kann, die aber letztendlich gar nicht umgesetzt werden. Die EU-Kommission hat tatsächlich bereits ein Papier veröffentlicht, in dem das Gespräch zwischen der EU-Kommissionschefin und Trump als „rechtlich nicht bindend“ bezeichnet wird. Sollte dies tatsächlich zutreffen, dann ist die Gefahr eines Handelskriegs zwischen der EU und den USA längst noch nicht gebannt.

Tatsächlich fällt vielen Beobachtern nach Bekanntwerden der Verhandlungsergebnisse auf, dass die EU-Kommission Trump zum Teil Dinge zugesagt hat, auf die sie zumindest derzeit gar keinen Einfluss hat. Die Kommission hat es nicht in

der Hand, private europäische Unternehmen zu zwingen, bis zum Ende von Trumps Amtszeit 600 Milliarden US-Dollar in den USA zu investieren oder dort in den nächsten drei Jahren für 750 Milliarden US-Dollar Flüssigerdgas, Öl und Kernbrennstoffe zu kaufen.

Einigung widerspricht „Klimazielen“

Um die Zusage an Trump zu erfüllen, müsste die EU nach Angaben der Denkfabrik Strategic Perspectives ihre Ölimporte aus den USA verdreifachen und sich vollständig auf die USA als Gaslieferanten verlassen. Energielieferanten wie Norwegen, Katar und Algerien müssten dafür vom europäischen Markt verschwinden.

Obendrein bedeutet die Abnahmezusage für Flüssigerdgas und Öl aus den USA,

dass sich die EU an einen besonders teuren Lieferanten binden würde. Im ersten Quartal 2025 lag der durchschnittliche Preis für Flüssigerdgas aus den USA bei 1,08 Euro pro Kubikmeter, während russisches Pipelinegas nur etwa 32 Cent pro Kubikmeter kostete. Selbst russisches Flüssigerdgas, das per Schiff geliefert wird, lag mit einem Durchschnitt von 51 Cent pro Kubikmeter unter der Hälfte des Preises für Flüssigerdgas aus den Vereinigten Staaten. Für Verbraucher und Unternehmen in Europa würde dies massive Mehrkosten statt einer Entlastung bedeuten.

Lobbyisten wie die Deutsche Umwelthilfe weisen inzwischen auch darauf hin, dass die Zusagen von der Leyen zum Import von Öl und Flüssigerdgas eigentlich die „Klimaziele“ der EU infrage stellen.

MEDIEN

Italiener greifen nach ProSiebenSat.1 Media

Übernahmeangebot schreckt Berliner Politiker auf – Unliebsame politische Einflussnahme befürchtet

Der deutsche Fernsehkonzern ProSiebenSat.1 Media könnte schon bald unter italienischer Führung stehen. Die Mailänder Mediengruppe Media for Europe (MFE), kontrolliert von der Familie Berlusconi, hat ihr Übernahmeangebot deutlich aufgestockt und damit den letzten verbliebenen Konkurrenten, die tschechische PPF-Gruppe, aus dem Rennen gedrängt. Die Anleger reagierten mit Zustimmung – der Aktienkurs stieg spürbar.

MFE hält bereits knapp 30 Prozent an dem in Unterföhring ansässigen Konzern und strebt eine mehrheitliche Kontrolle an. Das bis Mitte August befristete Angebot an die übrigen Aktionäre sieht eine attraktive Prämie gegenüber dem bisherigen Börsenkurs vor. Bleibt der Zuspruch hoch, könnten die Italiener bald maßgeblichen Einfluss auf die strategische Ausrichtung von ProSiebenSat.1 gewinnen.

In Berlin stößt der bevorstehende Eigentümerwechsel auf politisches Interesse – und Skepsis. Kulturstaatsminister Wolfram Weimer sprach von der „besonderen Verantwortung“, die mit dem Erhalt journalistischer Unabhängigkeit verbunden sei.

Die zurückhaltende Reaktion der tschechischen PPF-Gruppe, die rund 16 Prozent an ProSiebenSat.1 hält, hat den Weg für MFE frei gemacht. PPF verzichtete auf eine Aufstockung ihres Angebots – damit gilt das Rennen um die Kontrolle über den deutschen Medienkonzern faktisch als entschieden. Vorstandschef Bert Habets hatte das erste italienische Angebot zunächst als zu niedrig zurückgewiesen, das überarbeitete Angebot jedoch ausdrücklich begrüßt. Von einer Konfrontation mit dem Großaktionär ist inzwischen keine Rede mehr.

MFE verfolgt das Ziel, ein europäisches Mediennetzwerk zu schaffen, das US-Plattformen wie Netflix und Amazon Paroli bieten soll. Der Konzern betreibt Fernsehsender in Italien und Spanien. Eine stärkere Verzahnung mit ProSiebenSat.1 soll Synergieeffekte bei Werbung, Programmplanung und Technologie ermöglichen. Das Unternehmen rechnet mit einem zusätzlichen operativen Gewinn von rund 400 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren.

Die politischen Vorbehalte in Deutschland hängen nicht zuletzt mit der Geschichte des Unternehmens zusammen. Der 2023 verstorbene Unternehmer und Politiker Silvio Berlusconi hatte in Italien jahrzehntelang Medienmacht und politische Interessen eng miteinander verbunden. Seine Sender berichteten auffallend regierungsnah, als er selbst das Amt des

Ministerpräsidenten innehatte. In Deutschland wächst deshalb die Sorge, ein vergleichbarer Einfluss könnte auch hier möglich werden – selbst wenn nun sein Sohn Pier Silvio das operative Geschäft führt.

Auch außenpolitische Verbindungen spielen eine Rolle: Berlusconi senior pflegte über Jahre hinweg enge Kontakte zum Kreml. In Berlin wird daher genau hingeschaut, inwieweit MFE bereit ist, sich zu Transparenz, redaktioneller Vielfalt und journalistischer Unabhängigkeit zu bekennen. Die Unternehmensführung hat signalisiert, solche Zusagen öffentlich machen zu wollen. Die Entscheidung liegt nun bei den Aktionären. Bis zum 13. August können sie ihre Anteile verkaufen – dann wird sich zeigen, ob ProSiebenSat.1 Media auch formell unter italienischer Kontrolle gerät. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Nvidia überragt alle anderen

Santa Clara/USA – Der auf Mikroprozessoren für Künstliche-Intelligenz-Anwendungen spezialisierte US-Hersteller Nvidia ist der weltweit erste Konzern, dessen Börsenwert mehr als vier Billionen Dollar erreichte und damit doppelt so hoch liegt wie der Gesamtwert aller 40 Unternehmen im deutschen Leitindex DAX. Der Marktanteil von Nvidia bei KI-Chips beträgt derzeit rund 80 Prozent. Im bisherigen Jahresverlauf stieg der Kurs der Nvidia-Akte trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen um 22 Prozent, während die Kursgewinne 2023 und 2024 sogar bei 239 beziehungsweise 171 Prozent lagen. Seit 2015 hat die Nvidia-Akte damit einen gigantischen Höhenflug von 33.500 Prozent erlebt, was in der Vergangenheit auch aus dem Boom bei den Computerspielen und dem wachsenden Interesse am Schürfen von Bitcoins resultierte. Auf Platz Zwei und Drei hinter Nvidia rangieren derzeit Microsoft und Apple mit Börsenwerten von 3,75 und 3,1 Billionen US-Dollar. *W.K.*

Klima-Darlehen für Südafrika

Berlin – Die bundeseigene Förderbank KfW wird der südafrikanischen Regierung einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Euro gewähren. Wie Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali-Radovan (SPD) anlässlich des G20-Entwicklungsministertreffens mitteilte, soll das Darlehen Südafrika dabei helfen, weitere Reformen umzusetzen und die Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien in Südafrika zu verbessern. Dazu gehören auch der Ausbau der erforderlichen Netze für Solar- und Windanlagen, von dem auch deutsche Unternehmen profitieren würden, die in Südafrika tätig sind. Zudem sollen gute Bedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen geschaffen werden. In Südafrika sind derzeit mehr als 600 deutsche Unternehmen aktiv. *H.M.*

Öllieferungen ohne Russland

Ankara – Bei einem Treffen des kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in Ankara sprachen die beiden Staatsoberhäupter über eine Erhöhung des Transports von kasachischem Öl durch die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC) in die Türkei. Da Tokajew befürchtet, dass der Westen Sekundärsanktionen gegen die Kaspische Transportroute (CPC) verhängen wird, die über russisches Territorium führt, verfolgt Kasachstan eine Umgestaltung seines Ölsektors unter Umgehung Russlands. Das Land setzt verstärkt auf den Export über BTC und beabsichtigt, über iranische Häfen auch nach Indien zu liefern. Des Weiteren vereinbarten Erdogan und Tokajew eine strategische Zusammenarbeit. Im Rahmen der Organisation der Turkstaaten wollen beide Staaten bei der wirtschaftlichen Integration auf dem Feld der Digitalisierung und dem der Verteidigung enger kooperieren. Zuletzt betrug das Handelsvolumen zwischen Kasachstan und der Türkei knapp neun Milliarden Euro. *MRK*

KOMMENTAR

Wenn Digitalisierung auf alten Aktenschränken trifft

HAGEN RITTER

Ausgerechnet die viel gescholtene Berliner Verwaltung spielt bei einem Digitalprojekt nun bundesweit an der Spitze mit. Statt Lob hagelt es aber Kritik. Die Rede ist vom Verfahren der Online-Einbürgerungen. Angesichts eines Berges unbearbeiteter Anträge hat Berlins Ausländerbehörde vergangenes Jahr ein internetbasiertes Einbürgerungsverfahren eingeführt. Seit der Einführung dieses Angebots hat sich die Zahl der Einbürgerungen in Berlin gleich mal verdoppelt. Wie schön! 2025 will das Landesamt für Einwanderung sogar über 40.000 Einbürgerungsanträge entscheiden. Zum Vergleich: 2021 – seinerzeit waren noch die Bezirksämter für die Anträge zuständig – sind in Berlin rund 8800 Ausländer eingebürgert worden.

Inzwischen kamen Befürchtungen auf, dass das neue digitale Antragsverfahren ein Risiko darstellt. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) sagte, „die Genauigkeit der Prüfung“ könne bei Einbürgerungsverfahren „der einzige Maßstab sein und nicht eine vermeintliche Quotenerreichung“. Dobrindt meldete auch Zweifel an, ob der vorgeschriebene Verfassungstreuecheck „ohne persönliche Vorsprache funktioniert“. Tatsächlich sieht das neue Onlineverfahren vor, dass die Behörde die Antragsteller erst bei der Übergabe der Einbürgerungsurkunde persönlich zu Gesicht bekommt.

Zur Normalität geworden ist die Digitalisierung bei der Verwaltung, wenn es um die Einnahmen des Staates geht: Die Finanzämter bieten bereits seit 1999 die elektronische Einkommensteuererklärung „Elster“ an. Mittlerweile geben etwa 54 Prozent der Bürger ihre Einkommensteuererklärung über das Programm der Finanzverwaltung oder kommerzielle Steuer-Software ab. Lediglich 30 Prozent sind bei den Papierformularen geblieben, gut ein Fünftel beauftragt einen Steuerberater.

Auch eine internetbasierte Kfz-Zulassung ist inzwischen bundesweit bei 83 Prozent der zuständigen Behörden etabliert. Der Anteil der Bürger, die das im September 2023 eingeführte Angebot „i-Kfz“ nutzen, ist allerdings noch gering. Neueste Auswertungen zeigen für

2025 einen bundesweiten Schnitt von nur etwa acht Prozent digitaler Zulassungsvorgänge. Beide Online-Angebote zeigen, dass Bürger offenbar Zeit brauchen, bis für sie die digitalen Behördengänge Normalität werden. Dies liegt nur zum geringeren Teil an den materiellen Voraussetzungen. Seit 2010 ist in jedem neuen Personalausweis standardmäßig eine digitale Ausweisfunktion enthalten. Allerdings haben im Jahr 2024 lediglich 22 Prozent der Bürger ihren elektronischen Personalausweis auch mindestens einmal zur digitalen Identifikation genutzt. Recht verbreitet sind indes Datenschutzbedenken – etwa die Frage, ob die Behörden auch in der Lage sind, die übermittelten Daten vor unberechtigtem Zugriff zu schützen. Auch die geringe Nutzerfreundlichkeit von Angeboten und fehlende Breitbandanschlüsse spielen eine Rolle.

Mangelndes Behörden-Know-how

Auf der anderen Seite tut sich auch der Staat immer noch schwer damit, trotz massivem Sparpotential die digitale Verwaltung zügig umzusetzen. Der Bund hat erst seit Ende letzten Jahres 115 wichtige Verwaltungsleistungen, etwa Anträge zum Kindergeld oder Mutterschutzmeldung, vollständig online bereitgestellt. Föderale Verwaltungsleistungen sind dagegen noch immer nicht flächendeckend in allen Ländern und Kommunen digital verfügbar.

IT-Dienstleister, die regelmäßig Projekte für die öffentliche Hand umsetzen, klagen über fehlende Kompetenz in den Behörden beim Thema Digitalisierung. Zum Teil entdecken die involvierten Stellen erst im Zuge der Realisierung der Projekte, welche Möglichkeiten in der Digitalisierung stecken. Folge ist, dass immer neue Anforderungen und Wünsche nachgereicht werden. Kostenexplosionen und gerissene Zeitplanungen sind so zwangsläufig. Beklagt wird von Informatikern aber auch eine Erwartungshaltung in den Behörden, dass papierbasierte Arbeitsabläufe einfach nur eins zu eins in digitaler Form abgebildet werden sollen. Mit der „Haben-wir-schon-immer-so-gemacht“-Mentalität wird allerdings das Potential für Effizienzgewinn verschenkt, das in der Digitalisierung der Verwaltung steckt.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



Fast schon pathologisch – wer nicht wie sie denkt, ist ein Nazi: Philipp Ruch, Jette Nietzard und Daniel Born

LEITARTIKEL

Die linke Nazi-Meise

HOLGER FUSS

In der Fehlleistung, so lehrt uns Sigmund Freud, enthüllt unser Unbewusstes seine unangenehmen Geheimnisse. Die Wahrheit verstopft sich gleichsam ans Tageslicht. So ein Holperer unterlief dem SPD-Parlamentsvizepräsident Daniel Born, 49, als er unlängst im baden-württembergischen Landtag bei einer geheimen Abstimmung zum Ober-rheinrat auf dem Stimmzettel neben den AfD-Kandidaten ein Hakenkreuz malte. Born bekannte sich erst am Tag darauf zu seiner Tat, nachdem die Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) den Vorgang eine Schande fürs Parlament nannte und von einer „Straftat“ sprach.

Der Missetäter zog sich sofort aus dem Amt des Vizepräsidenten sowie aus der SPD-Landtagsfraktion zurück, sein Abgeordnetenmandat mochte er indes nicht abgeben, obwohl ihn die Partei dazu drängt: „Ich bringe den Job ordentlich zu Ende. So bin ich erzogen worden.“

Im Reich des Unbewussten

Seine bizarre Hakenkreuz-Aktion erklärte der bekennende Homosexuelle damit, dass ihm die AfD als eine gesichert rechts-extrem und Demokratie verachtend geltende Partei keine ruhige Minute mehr lasse. Als dann eine AfD-Rednerin im Landtag nach seinem Empfinden verächtlich über transsexuelle Kinder gesprochen habe, habe es ihn einmal mehr intensiv aufgewühlt. „Nur so kann ich mir diese Kurzschlussbehandlung und meinen daraus resultierenden Fehler erklären“, so Born. Er wollte zeigen, „dass Stimmen für die AfD, egal bei welcher Wahl, immer Stimmen für rechten Hass und Hetze sind“.

Und damit tauchen wir ein ins dämmerige Reich des Unbewussten, denn Born betreibt hiermit eine affektgeladene Täter-Opfer-Umkehr. Nicht die AfD spricht mit Verachtung über transsexuelle Kinder, sondern Born verdrängt mit seiner Unterstützung des Selbstbestimmungsgesetzes, dass er damit mitverantwortlich ist, wenn Jugendliche ohne Beratung und elterliche Erlaubnis ihren Geschlechtseintrag ändern und ihre Geschlechtsreife mit Pubertätsblockern ausbremsen können – und somit Gefahr laufen, sich ihre Gesundheit lebenslang zu ruinieren und zu chronischen Patienten werden.

Es ist die Verantwortungslosigkeit einer queeren Lobby, die seit Jahren einen Kulturkampf gegen die Heteronormativi-

tät der biologischen Wirklichkeit führt und nicht akzeptieren mag, dass Homosexualität und andere Launen der Natur eben Ausnahmen der Schöpfung sind, die die heteronormative Regel bestätigten. Wohl gemerkt: Homo-, inter-, trans- und sonst wie sexuelle Menschen verdienen unser aller Respekt und Zuneigung – aber eine rein homosexuelle Menschheit kann sich eben nicht reproduzieren und damit auch nicht überleben. Deshalb ist die Heteronormativität ein eigener Wert und jeder Kampf gegen sie gleicht einem Aufstand gegen die Schwerkraft.

Gerade weil dieser Kulturkampf gegen Vernunft und Augenmaß so aussichtslos ist, müssen die Träger des gesunden Menschenverstandes unbedingt verunglimpft werden. Nur wenn die Vernunft ungläubig wird, kann der Irrsinn ihre Plätze einnehmen. Seit der letzten Bundestagswahl verfügen Union und AfD über mehr als die Hälfte der Parlamentssitze, nur die Imagination einer Brandmauer verhindert, dass die Parteien rechts der Mitte gemeinsam durchregieren und die bereits marginalisierten Links-Grünen in die Bedeutungslosigkeit katapultieren.

In ihrer wachsenden Panik versuchen SPD, Grüne und Linkspartei die gefürchtete Rechtspartei mit den Mitteln der Wortmagie zu beschwören und die AfD als „Nazis“ und „Faschisten“ nach Karlsruhe zu gewittern – in der Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht ein Verbot ausspricht. Die Wähler scheinen gegen diesen Bannfluch seltsam immun: In den Jahren der Ampelregierung haben sich die Stimmen für die AfD verdoppelt.

Mangelnde intellektuelle Flughöhe

Dies aber führt bei Politikern links der Mitte keineswegs zu Nachdenklichkeit, geschweige denn zu einer Korrektur ihrer Programmatik. Nicht einmal die Sozialdemokraten im Nachbarland Dänemark konnten die SPD ermuntern, sich ebenso mit einer rigiden Migrationspolitik politische Mehrheiten zu sichern. Stattdessen touren Sozialdemokraten und Grüne mit ihrer Nazi-Meise durchs Land, um allenthalben Zeitgenossen als rechtsblinkend, verfassungsfeindlich, demokratieunterwühlend, rassistischverdächtig oder zweifelhaft völkisch zu beleumunden.

Dass sie damit immer mehr bürgerliche Wähler zur AfD treiben, scheint ihnen nicht aufzugehen. Vielleicht ist es ein Mangel an Geistesgegenwart, jene mittlere intellektuelle Flughöhe, die nach fünf

Jahrzehnten in die Agonie reformierte hiesige Schul- und Universitätsbildung auch nicht verwundet, der die Linken ihren schlichten Verstand zu verdanken haben.

Zu den beklagenswerten Beispielen gehört die Chefin der Grünen Jugend, Jette Nietzard, 26, die schon häufig mit provokanten Thorheiten auffällig wurde und zuletzt im Podcast mit Jakob Augstein die Denkwürdigkeit formulierte: „Wie müsste unser Widerstand gegen eine regierende AfD aussehen? Wäre der nur intellektuell? Oder müssen wir auch zu den Waffen greifen?“ Das verblüffte selbst Augstein, der nachfragte, ob sie damit Widerstand „gegen den Willen der Wähler“ meine. Darauf Nietzard: „Gegen Faschismus.“

Grenzenlose Anmaßung

Es ist diese Geschichtsvergessenheit, die derzeit Deutschland überzieht. Eine rechtskonservative Partei mit einigen überhitzten Narren an ihren Rändern, wie sie auf ihre Art auch in der Linkspartei zu finden sind, diese im Kern eher bürgerliche Partei wird auf Augenhöhe gestellt mit der historischen NSDAP, die den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust verbrochen hat. Und dasselbe linksgrüne Milieu wiederum, das mithin die toten Juden von Auschwitz politisch instrumentalisiert, hetzt zugleich gegen die lebenden Juden in Israel, die sich mit Waffengewalt gegen ihre Todfeinde in Gaza zur Wehr setzen. Ganz so, als ob die Dämonen ihrer Vorfahren, die noch Hitler erlebt haben, sich der Seelen dieser linken Zeloten bemächtigt hätten, um ihr grausiges Werk unter rot-grünem Etikett fortzusetzen.

An ihrem Eiferertum sind sie zu erkennen. Auch Philipp Ruch, 44, ist davon überzeugt, dass eine rechtsextreme Machtergreifung bevorsteht. In kalkulierter Geschichtsrelativierung heißt sein jüngstes Buch: „Es ist 5 vor 1933 – Was die AfD vorhat und wie wir sie stoppen“. Der promovierte Philosoph leitet das Künstlerkollektiv „Zentrum für Politische Schönheit“ und baute schon mal ein Mini-Holocaust-Mahnmal vor Björn Höckes Privathaus. Zuletzt störte er mit Demonstranten, Trillerpfeifen, Trommeln und Sprechchören das ARD-„Sommerinterview“ mit AfD-Chefin Alice Weidel vor dem Reichstag. Ruchs Anmaßung scheint grenzenlos: „Die AfD hat keinerlei Anrecht auf ein ‚Sommerinterview‘.“ Ob sich dieser Mann bewusst ist, dass er der beste Wahlhelfer für die Partei ist?

Glücksfall für Berlin

Der Kunstmäzen Eduard Arnhold ist vor 100 Jahren gestorben – Die Villa Massimo in Rom ist sein bleibendes Vermächtnis

VON DIRK KLOSE

Sehr langsam nur erinnert sich Berlin wieder seiner großen, meist jüdischen Mäzene, denen die Berliner Museen zahlreiche weltberühmte Kunstwerke verdanken. Es begann vor etwa zehn Jahren mit der Erinnerung an den „Baumwollkönig“ James Simon (1851–1932), zu dessen Gedächtnis 2019 die James-Simon-Galerie als Besucherzentrum der Museumsinsel eingeweiht wurde. Simons nobelstes Geschenk an Berlin war die Büste der Nofretete.

An einen anderen „König“, den „Kohlekönig“ Eduard Arnhold, wurde vor einem Jahr mit der Umbenennung der Piazzetta am Kulturforum in Eduard-und-Johanna-Arnhold-Platz erinnert. In diesen Tagen, am 10. August, jährt sich Arnholds Todestag zum 100. Mal.

Arnhold gehört in die Riege großer deutscher Industrieller, die nach 1871 das junge Kaiserreich schon bald zu einem Konkurrenten des übermächtigen Kolonialreichs Großbritannien gemacht hatten. Sein Lebensweg war geprägt von einer seltenen Mischung aus wirtschaftlichem Sachverstand, Kunstsinne und sozialem Engagement.

1849 in Dessau geboren entstammte Arnhold einer jüdischen Arztfamilie. Als 14-Jähriger trat er eine Lehrstelle bei der Berliner Kohlegroßhandelsfirma Caesar Wollheim an. Hier fiel er dem Patriarchen schon bald durch seine Aufgewecktheit, seine Cleverness und sein Verständnis für Finanzaktionen auf. Mit 21 Jahren wurde Arnhold Prokurist, mit 25 Jahren Teilhaber, und als der alte Wollheim 1882 starb, bestimmte er testamentarisch den jungen Senkrechtstarter zum Inhaber des Unternehmens.

Für beide Seiten war es ein Glücksfall. Arnhold steigerte den Handel mit Kohle aus den oberschlesischen Kohlegruben, legte im Umkreis der Hauptstadt Lager an, die eine regelmäßige, auch im Preis



Von Arnhold gestiftete deutsche Kultureinrichtung: Die Deutsche Akademie Rom Villa Massimo Bild: pa/Fotoreport Villa Massimo

gleichbleibende Versorgung garantierten. Den Grubenbesitzern, meist schlesischen Adligen, garantierte er die Abnahme ihrer Jahresproduktion, und um diese nach Berlin zu verschiffen, ließ er eigens Wasserstraßen bauen und eine Werft in Breslau, deren Lastkähne den Kohletransport übernahmen.

Sein Renommee führte ihn fast zwangsläufig in die Zentren der wirtschaftlichen Macht. So wurde er in den Aufsichtsrat der Reichsbank berufen, dann auch der Dresdner Bank und der Großen Berliner Straßenbahn. Sein Ansehen war so groß, dass ihn der Kaiser als einzigen Juden – er zählte zu den wenigen „Kaiserjuden“ – 1913 in das Preußische

Herrenhaus berief, das heute der Sitz des deutschen Bundesrats ist.

Arnhold zählte mit einem Vermögen von 40 Millionen Mark zu den reichsten Bürgern Preußens. Im Tiergartenviertel baute er sich ein prächtiges Herrenhaus, bald auch eine Villa am Wannsee. Im brandenburgischen Werftpfuhl stiftete er ein Waisenhaus für Mädchen, die hier bis zu einer Berufsausbildung bleiben konnten. Prominenteste E Levin ist die durch Fritz Langs Stummfilm „Metropolis“ als Maschinenfrau berühmt gewordene Brigitte Helm.

Arnhold war Kunstkenner und Kunstsammler gleichermaßen. Gerade dem Impressionismus verhalf er durch Ankauf

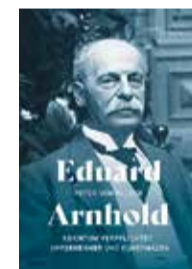
französischer Gemälde und solchen von Max Liebermann zur Anerkennung. Auch von ihm erhielten die Berliner Museen Werke, die längst zur Weltkunst zählen, so von Tizian oder Manet. Sein Haus im Tiergarten ließ er durch einen Anbau für seine Bilder erweitern. Bewundernd sprach man damals von der wertvollsten Privatsammlung Berlins. Im Krieg ist das Tiergartenviertel fast völlig zerstört worden, und auf dem Areal seines Hauses steht heute die Berliner Gemäldegalerie.

Sein bleibendes Vermächtnis ist die Villa Massimo in Rom. Die Idee, im Rom ein Domizil für deutsche Künstler zu schaffen, wurde in der Regierung schon lange erörtert, doch verhedderte man sich

immer wieder in Zuständigkeiten. Arnhold machte im Jahr 1910 gewissermaßen Nägel mit Köpfen: Einer römischen Adelsfamilie kaufte er ein großes Areal nördlich der Stadt ab. Von dem Schweizer Architekten Maximilian Zürcher ließ er eine Villa im römischen Stil bauen, dazu ein Ateliergebäude, in dem jeweils zehn Künstler, ausgestattet mit einem Stipendium, leben und arbeiten konnten.

1913 wurde das Künstlerquartier eingeweiht, doch der Erste Weltkrieg machte vorerst alles zunichte. 1928 erhielt Deutschland die Villa zwar zurück. Sie geriet aber bald nach 1933 in die Verwerfungen der NS-Kulturpolitik, und 1943 wurde sie ganz geschlossen. Im Jahr 1957 wurde das Quartier erneut zurückgegeben und firmiert seitdem als Deutsche Akademie Rom der Bundesrepublik Deutschland. Vorrangig für Künstler aus Literatur, bildender Kunst, Musik und Architektur stehen jeweils zehnmonatige Aufenthalte zur Verfügung. Die Gästeliste liest sich wie ein Adels-Gotha zur deutschen Gegenwartskunst.

Das NS-Regime hat viele Spuren jüdischen Lebens in Berlin vernichtet, auch die von Arnhold. In der Verbindung von unternehmerischer Energie, wachem Kunstsinne und sozialer Sensibilität wird er heute mehr und mehr als große Persönlichkeit der Stadt gesehen, wie auch James Simon, Carl Fürstenberg oder Walter Rathenau. Sein Biograph Peter von Becker nennt Arnolds Leben „die Geschichte eines menschlichen und historischen Glücksfalls“.



● Peter von Becker: **Eduard Arnhold. Reichtum verpflichtet. Unternehmer und Kunstmäzen**, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin/Leipzig 2025, 74 Seiten, 14,90 Euro

BROADWAY

Der Große Musical-Gatsby

Vor 100 Jahren erschien der Roman „Der große Gatsby“ – In New York gibt es davon eine Bühnenversion

F. Scott Fitzgeralds „Der große Gatsby“ gilt in den USA als der Romanklassiker schlechthin. Er zeichnet ein lebendiges Bild der „Goldenen Zwanziger“, als wirtschaftlicher Aufschwung, Prohibition, Kriminalität und Jazz die Epoche ebenso prägten wie Dekadenz, Ausschweifungen und gesellschaftliche Umbrüche.

Das Buch erschien 1925 und wird somit in diesem Jahr 100 Jahre alt. Die Kritiken waren damals eher verhalten, und es wurden nur wenige Exemplare verkauft. Erst nach dem Tod von Fitzgerald im Jahr 1940 entdeckte ein breiteres Publikum das Buch, und es wurde zu einer Erfolgsgeschichte. Das „Time“-Magazin zählte den Titel sogar zu den besten 100 englischsprachigen Romanen, die zwischen 1923 und 2005 veröffentlicht wurden.

In seinem Roman schildert der Autor die Erlebnisse einer Reihe unterschiedlicher Personen, die den Sommer 1922 in der fiktiven Stadt West Egg auf der Insel Long Island vor den Toren von New York verbringen. Jay Gatsby ist die Hauptfigur. Der junge und mysteriöse Millionär liebt seit Jahren die schöne Daisy Buchanan,

die während seines Militärdienstes aber einen anderen Mann geheiratet hat. Der geheimnisumwobene Gatsby hat alles, was man mit Geld kaufen kann. Die rauschenden Feste auf seinem märchenhaften Anwesen auf Long Island sind der Treffpunkt der High Society. Doch Gatsby selbst bleibt Zuschauer des dekadenten Spektakels und hat nur einen Wunsch: dass seine große Liebe Daisy dort eines

Tages erscheint. Doch Daisy hat ihre Seele verkauft. „Ihre Stimme klingt nach Geld“, lautet ein berühmter Satz aus dem Roman. Der Materialismus siegt, die Sehnsucht führt in den Bankrott und in den Untergang. Wer keine Seele hat, lebt besser. Das ist die traurige Wahrheit, die dieser Roman erzählt.

Auch 100 Jahre später hat die tragisch endende Geschichte nichts an Aktualität

verloren. Sie wird bis heute immer wieder gelesen und auch auf die Bühnen gebracht. Eine der jüngsten Adaptionen ist das Musical „The Great Gatsby“ am New Yorker Broadway. Die Zuschauer erleben eine an die Romanerzählung angelehnte fantastische Show mit Ryan McCartan als Jay Gatsby und Aisha Jackson als Daisy Buchanan, die wie die anderen Darsteller auch gesanglich und schauspielerisch überzeugen. Beeindruckend sind das großartige Bühnenbild und die Kostüme, die mit einem Tony Award ausgezeichnet wurden. Mitreißend ist auch die von Jazz und Pop beeinflusste Musik.

„The Great Gatsby“ ist nur ein Musical der sogenannten Broadway Collection. Neben Klassikern wie „Der König der Löwen“, „Chicago“, „Hamilton“ oder „Moulin Rouge“ finden sich im Portfolio der Broadway Collection auch neue Shows wie „Hell’s Kitchen“, „The Notebook“, „Back to the Future“ oder „The Great Gatsby“, das im Paper Mill Playhouse am Broadway aufgeführt wird. *Detlef Berg*



Sehnsüchtiges Warten auf die Jugendliebe: Ryan McCartan als Gatsby am Broadway

● www.broadwaycollection.com

● MELDUNGEN

Motte Fouqués fleißige Frau

Frankfurt (Oder) – Das Kleist-Museum stellt bis zum 7. September in einer Ausstellung die 1773 in Berlin geborene Schriftstellerin Caroline de la Motte Fouqué vor. Die in zweiter Ehe mit dem Märchenerzähler Friedrich de la Motte Fouqué verheiratete Autorin schrieb über 60 Erzählungen und 20 Romane. www.kleist-museum.de *tws*

„Fledermaus“ fliegt Open Air

Rheinsberg – Noch bis zum 15. August wird im Hof des Rheinsberger Schlosses Johann Strauss’ Oper „Die Fledermaus“ als sommerliches Open-Air-Erlebnis gezeigt. Georg Quander, der Künstlerische Leiter der Kammeroper Schloss Rheinsberg, inszeniert das Opus magnum des Wiener Walzerkönigs, dessen Geburtstag sich 2025 zum 200. Mal jährt. Karten: www.musikultur-rheinsberg.de *tws*

PREUSSISCHE MODERNE

„Neues Bauen“ im Freistaat

Architektur und Städtebau in Preußen während der Weimarer Zeit – 1. Teil: Grundsätzliches

VON INGO SOMMER

Preußen und modern? Ein größerer Widerspruch ist für viele Zeitgenossen kaum denkbar. Mit dem traditionalistischen Untertanenstaat, so nehmen sie an, kann moderne Architektur nichts zu tun haben. Hatte nicht schon Voltaire beklagt, dass dem Land von Friedrich II. jeder Sinn für Schönheit fehle? Um es vorwegzusagen: Preußen war durchaus modern. Besonders zur Zeit der Weimarer Republik, als Freistaat Preußen mit 13 Provinzen (einschließlich Berlin) und 30 Großstädten zwischen Tilsit und Aachen, Flensburg und Wiesbaden. Dieses Neue Bauen war vor allem zweckmäßige Profanarchitektur in kompromissloser Sachlichkeit, mit funktionalen Grundrissen, schmucklosen Fassaden, kantigen Baukörpern, lichten Innenräumen und flachen Dächern: eine Preußische Moderne. Urbanistische Einzigartigkeit: Großberlin mit knapp vier Millionen Einwohnern.

Die aufkommende architektonische Moderne war oft im parlamentarisch-demokratischen Freistaat Preußen zu finden, auch in den nach dem Ersten Weltkrieg abgetrennten, ehemals preußischen Gebieten. Sie war dem Gemeinwohl verpflichtet, zugleich sozial, ökonomisch, technisch und gestalterisch bahnbrechend. In den anderen Ländern der Weimarer Republik (man denke nur an Bayern) hatte das Neue Bauen Seltenheitswert.

Das preußische Staatsbauwesen war seit Karl Friedrich Schinkel perfekt organisiert. Der Bauherr Deutsches Reich hingegen begann nicht etwa mit der Reichsgründung 1871, sondern erst 1923 zögerlich mit der Etablierung einer eigenen Reichsbauverwaltung in Berlin, zu der später 62 Reichsbauämter kamen. Die Namen der Befürworter moderner Staatsarchitektur im Land Preußen sind wenig geläufig: der fortschrittliche Ministerpräsident Otto Braun (SPD), der den 40-Millionen-Einwohner-Freistaat fast durchgehend regierte, sein für Bauen zuständiger liberaler Minister Hermann Höpker-Aschoff (Deutsche Demokratische Partei), der preußische Bildungsreformer und Kultusminister Adolf Grimme (SPD) sowie der moderne Hochbauabteilungsleiter Martin Kießling.

Ihnen zugeordnet waren Bauabteilungen von 36 Regierungspräsidenten und



Erst in der NS-Zeit fertiggestellt, aber bereits davor modern geplant: Horst-Wessel-Schule in Allenstein

Bild: Bildarchiv Ostpreußen / Schöning Lübeck

13 Oberpräsidenten in den Provinzen. 1500 Baubeamte arbeiteten in 188 Preußischen Hochbauämtern (ab 1931 Staats-hochbauämter genannt). Sie entwarfen und leiteten die Bauarbeiten: anfangs noch traditionalistisch, dann gemäßigt-modern und schließlich immer moderner werdend. Das Bauhaus und Walter Gropius hatten damit nichts zu tun.

Die historistische Pracht des Wilhelminismus war mit dem Ersten Weltkrieg untergegangen. Ein letztes Aufbäumen noch vor 1918 hier und da: beispielsweise das Posener Königsschloss (1905–1913), das preußische Regierungsviertel Koblenz (1902–1910) oder das repräsentative Baensemble Hakenterrasse in der pommerschen Provinzhauptstadt Stettin (1909–1914/1929). Einige Projekte, die das Königreich Preußen noch vor dem Ersten Weltkrieg geplant oder begonnen hatte, wurden in der Zeit der Weimarer Republik in der vorgesehenen traditionalistischen Kostümierung weitergebaut: beispielsweise

se das Berliner Pergamonmuseum (1906–1930) oder das Land- und Amtsgericht Düsseldorf (1913–1923).

Wirkung über 1933 hinaus

Nicht selten wurden vor 1933 noch modern geplante Gebäude in der NS-Zeit fertiggestellt. Beispielsweise eine Schule in der ostpreussischen Regierungsbezirkstadt Allenstein (1932–1935). Sie wurde dann natürlich nationalsozialistisch umfirmiert. Die NSDAP im Frankfurter Stadtparlament beklagte schon 1929 „undeutschen Stil“ und versprach die „ganz blöden Affenkäfige“ nach der Machtübernahme „abzubrennen“, zumindest aber mit Dächern zu versehen. Längst nicht alles, was in der NS-Zeit gebaut wurde, entsprach Adolf Hitlers Vorstellungen von Blut- und Boden-Architektur oder germanischem Gigantismus. Bestimmte Bautypen durften im Stil der Moderne gebaut werden: die Werfthallen der Kriegsmarine in Wilhelmshaven (1935–1942),

der Flughafen Tempelhof (1936–1941), das Marinelaazarett im pommerschen Stralsund (1936–1938), das KdF-Bad Prora (1936–1939), das Volkswagenwerk Wolfsburg (1938/1939).

Wenn es um die Moderne geht, wird das Bauhaus genannt. Von Weimar (1919–1924) und Dessau (1925–1932) aus habe es die moderne Architektur in die Welt getragen. So war es aber nicht. Schlimmer noch: Der egomane Gropius konnte weder zeichnen noch entwerfen noch konstruieren. Er war nicht einmal Autodidakt. Bestes Beispiel ist die ikonische Schuhleistenfabrik im hannoverschen Alfeld (1911–1925), die auf seinen genialen Mitarbeiter Adolf Meyer zurückging. Die Nachkriegs-Kunstgelehrten verfaßen die herausragenden preußischen Architekturschulen und ihre hochqualifizierten Professoren (Breslau, Berlin, Essen, Halle, Düsseldorf etc.). Warum haben die Nachkriegs-Kunsthistoriker die fortschrittlichen Oberbürgermeister und

Stadtbauräte des Freistaates Preußen übersehen? Alle mussten ihre kommunale Karriere auf Druck der NSDAP beenden.

Vieles passt nicht zusammen. Höchste Zeit, die 14 Jahre preußische Architekturgeschichte zwischen Hohenzollernmonarchie und NS-Zeit zu erforschen. Die Bauten sind noch da.

Den 2. Teil lesen Sie in der nächsten Ausgabe der PAZ.

Ingo Sommer: „**Preußische Moderne: Vom Ende der Pracht und eine neuen Baukunst 1918–1933**“, Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, Band 59, Duncker & Humblot, Berlin 2024, 1 Karte, 202 teilweise farbige Abbildungen, 520 Seiten, ISBN 978-3-428-19157-4.



DEUTSCH-FRANZÖSISCHE RÜSTUNGSZUSAMMENARBEIT

Das Future Combat Air System ist nicht der erste Problemfall

Die gescheiterte Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers führte vor 60 Jahren zum Leopard und dem AMX-30

Vor 80 Jahren bestand unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Konsens, dass Deutschland demilitarisiert werden solle. Das änderte sich im Kalten Krieg. Nun erlaubten es die Supermächte, den von ihnen dominierten Teil Deutschlands Soldaten für das von ihnen geführte Militärbündnis zu stellen. Die Bewaffnung kam von den Verbündeten der beiden deutschen Teilstaaten. Bei der DDR war das bis zum Ende so. Bei der von der Führungsmacht ihres Bündnisses weniger abhängigen Bundesrepublik änderte sich das allmählich. Ihr wurde schrittweise der Aufbau einer eigenen Wehrindustrie gestattet.

Eine eigene Rüstungsindustrie hat zwei große Vorteile. Zum einen bedeutet es ein Stück Unabhängigkeit vom Ausland. Zum anderen ist das Rüstungs-

sehr lukratives Geschäft. Es winken hohe Gewinne und viele Arbeitsplätze im eigenen statt im Ausland. So nutzte die Bundesrepublik ihre Chance.

Dabei wurde und wird noch heute häufig mit anderen europäischen Staaten der NATO und der Europäischen Gemeinschaften zusammengearbeitet. Das versprach zwei Vorteile. Zum einen minderte es den Argwohn der Nachbarn. Zum anderen schienen manche Großprojekte zu groß für eine einzige europäische Volkswirtschaft. Diese Form der Zusammenarbeit erfolgte nicht zuletzt mit Frankreich. Diverse Waffensysteme gingen aus diesen Kooperationen hervor. Beispielhaft genannt seien hier das auch als leichter Jagdbomber genutzte zweistrahlige Schulflugzeug Alpha Jet, das taktische Transportflugzeug Transall C-160

oder die Militärhubschrauber von Airbus Helicopters.

Dass die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung nicht automatisch ein Erfolgsmodell ist, zeigen indes nicht erst die aktuellen Querelen um das Future Combat Air System (FCAS), das den Eurofighter, die Dassault Rafale und gegebenenfalls auch die Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ ersetzen soll. Vielmehr scheiterte bereits vor gut sechzig Jahren die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers.

Dieses Projekt begann 1957, als die Bundesrepublik und Frankreich beschlossen, als Ersatz für den US-amerikanischen Import M47 Patton einen gemeinsamen Kampfpanzer zu entwickeln. Italien trat der Entwicklungsgemeinschaft im darauffolgenden Jahr bei.

Frankreich und die Bundesrepublik entwickelten je einen Prototyp und aus beiden sollte dann unter Übernahme der jeweils besten Komponenten im Sinne einer Synthese der ideale Standardpanzer für die NATO entstehen.

Unter der Leitung der neutralen Italiener traten der deutsche und der französische Prototyp 1963 auf dem Truppenübungsplatz Mailly-le-Camp in der Champagne gegeneinander an. Der deutsche erwies sich als besser denn der französische. Er war stärker gepanzert, und trotz der damit zusammenhängenden sechs Tonnen Mehrgewicht war und beschleunigte er schneller. Zudem sprach gegen den französischen Prototyp als NATO-Standardpanzer, dass er keine NATO-Standardmunition verfeuern konnte.

Nun, da ihr Prototyp verloren hatte, beschlossen die Franzosen, gar kein Geld für einen neuen Panzer zu haben. Die Westdeutschen indes wollten mit dem Ersatz ihrer M47 Patton nicht warten. Sie entwickelten ihren Prototyp zur Serienreife weiter und begannen mit seiner Serienproduktion. Bei der Benennung schloss man mit „Leopard“ an die erfolgreiche Raubkatzen-Tradition der Wehrmacht mit „Panther“ und „Tiger“ an und setzte diese später mit „Gepard“ und „Jaguar“ fort. Vor 60 Jahren, am 9. September 1965, übernahm Kai-Uwe von Hassel als Bundesverteidigungsminister für die Bundeswehr den ersten serienmäßig hergestellten Leopard. Im darauffolgenden Jahr begannen die Franzosen mit der Serienproduktion ihres Prototyps unter der Bezeichnung „AMX-30“. Manuel Ruoff

EMIL RITTER VON SKODA

Österreich-Ungarns Waffenschmied

Der Namensgeber der VW-Tochter war eine Art Krupp der Doppelmonarchie

VON MANUEL RUOFF

Autokundige kennen die Škoda aus dem Volkswagenkonzern, und Historiker wissen um die zugleich wirtschaftliche und militärische Bedeutung der Skoda-Werke als größte Waffenschmiede Österreich-Ungarns. Die Fahrzeuge wie die Produktionsstätten verdanken ihren Namen Emil Ritter von Skoda.

Die Familie des gebürtigen Pilseners war nicht nur adelig, sondern auch wohlhabend. Sein Großvater mütterlicherseits war der reichste Bürger der Stadt. Zudem war er Sprecher der deutschen Minderheit. Sein Vater bekleidete als Mediziner hohe Stellen im öffentlichen Gesundheitssektor und wurde 1867 in den Ritterstand erhoben. Sein Onkel Josef war Professor für Medizin an der Universität Wien. Das waren gute Voraussetzungen für eine gute Ausbildung Emils.

Der am 18. November 1839 geborene Junge besuchte die Unterrealschule in Eger, wo sein Vater zeitweilig Kreisphysikus war, und die Oberrealschule in Prag. Anschließend studierte er – unterbrochen 1859 vom Wehrdienst als Einjährig-Freiwilliger – in Prag, Stuttgart und Karlsruhe. Als Studienfach wählte er nicht die Medizin, sondern den Maschinenbau. Damit stand er weniger in der Tradition seines Vaters und seines Onkels als in der seines Großvaters väterlicherseits. Der hatte nämlich als Nagelschmied auch mit Metallverarbeitung zu tun gehabt.

Dem erfolgreichen Studium folgte ein dreijähriges Volontariat in der Werkzeugmaschinenfabrik Richard Hartmann in Chemnitz. Dort lernte Skoda einige Vertreter von Waltjen & Co., der vormaligen Eisengießerei und Maschinenbau-Anstalt Waltjen & Leonhard sowie späteren Aktien-Gesellschaft „Weser“, kennen. Zu dem Unternehmen wechselte er als Obergeringenieur.

Durch den Deutschen Krieg wurden Skodas Arbeitsstätte, die Freie Stadt Bremen, und seine österreichische Heimat 1866 Kriegsgegner. Noch im selben Jahr zog er um in seine Geburtsstadt. Dort übernahm er die Leitung des Maschinenbaubetriebs des Grafen Ernst von Waldstein-Wartenberg. Als der Graf 60 Jahre alt war, kaufte Skoda ihm 1869 den Betrieb mit finanzieller Unterstützung seines Onkels Josef ab.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten modernisierte und erweiterte Skoda den Betrieb. In der Anfangszeit lag das Schwergewicht auf Aggregaten für Brauereien, Eisenhütten und Zuckerfabriken. Beim Vertrieb Letzterer half, das diese nach der neuen, bei Skoda selbst entwickelten patentierten Wellner-Jellinek-Methode arbeiteten, welche die Zuckerausbeute bei der Zuckerrübenverarbeitung mit Hilfe von Dampf optimierte.

Zusätzliches Kapital neben dem seines Onkels gewann Skoda 1871 durch die Heirat mit Hermine Hahnenkamm, der wohlhabenden Enkelin des Hauptgründers des Bürgerlichen Brauhauses in Pilsen. Das Ehepaar bekam vier Kinder. Von diesem Nachwuchs stieg später ein Teil in das Unternehmen ein.

Im Jahr seiner Eheschließung errichtete Skoda eine Gießerei, 1882 eine Modellierungsanlage, 1884 eine Schmiede

und 1884 bis 1886 schließlich ein Stahlwerk mit zwei modernen Siemens-Martin-Öfen. Ihm gelang damit die Erzeugung von Gussstahl, der bei vergleichbarer Festigkeit dehnbarer, flexibler, elastischer war als Konkurrenzprodukte, eine höhere Dehngrenze und bessere Biagsamkeit besaß. Das erregte die Aufmerksamkeit der Kriegsmarinen diverser Staaten und brachte des Unternehmens lukrative Aufträge. 1886 begann Skoda mit der Herstellung von Geschütztürmen für Schlachtschiffe. Auch die Landstreitkräfte seines Heimatlandes zeigten Interesse an seinen Produkten. Sie beauftragten Skoda mit der Herstellung von Panzerkuppeln für Geschütze aus Bronze.

Skoda war an diesem Markt und dieser Kundschaft interessiert und versuchte nun seine Angebotspalette für das Militär zu erweitern, um möglichst viel Wertschöpfung in seinen Betrieb zu holen. Zum Gefallen des Militärs begann er 1890, zusätzlich Geschütze unterschiedlicher Kaliber für Kriegsschiffe und Festungen zu produzieren. Im selben Jahr wurde in seinem Unternehmen eine eigene Rüstungsabteilung eingerichtet, für die sechs Jahre später sogar ein eigenes Werk errichtet wurde.

Als der Kapitalbedarf für den Wachstumskurs 1899 zeitlich mit einem Absatzeinbruch zusammenfiel, wandelte Skoda sein Unternehmen zur Gewinnung neuen Kapitals mit Hilfe der Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe und der Böhmisches Escompte-Bank in eine Aktiengesellschaft um. Als größter Aktionär, Generaldirektor und Präsident des Aufsichtsrats behielt er jedoch das Steuer in der Hand – kurzzeitig zumindest.

Denn am 8. August 1900 kurz nach 2 Uhr in der Früh ereilte ihn der Tod auf der Heimreise vom Kurort Bad Gastein in einem Eisenbahnzug bei Selzthal in der Obersteiermark. Da hatte sein Unternehmen ungefähr das Hundertfache an Mitarbeitern gegenüber dem Zeitpunkt, als er es kaufte.



Wie die anderen berühmten Mitglieder seiner Familie schrieb der bekennende Deutsche seinen Familiennamen stets mit „S“ statt mit „Š“: Der vor 125 Jahren gestorbene Techniker, Produktionsleiter und Kaufmann Emil Ritter von Skoda

Bild: ullstein bild

EDMUND JAROLJMEK

Aus besseren Tagen der deutsch-iranischen Beziehungen

Die Erinnerungen des Geschäftsführers des Junkers-Luftverkehrs Persien von 1914 bis 1934 sind neu herausgegeben worden

Als Edmund Jaroljmek vor 100 Jahren, im Sommer 1923, mit Friedrich Patze, dem Direktor des deutschen Flugzeugbauers Junkers, in den Iran reiste, schwebte ein kühnes Ziel vor ihnen wie eine Fata Morgana: die erste nationale Fluggesellschaft Persiens zu gründen. Damit sollte dem ständig defizitären Flugzeugbauer aus dem anhaltinischen Dessau im inflationsgeplagten Deutschland einen wichtigen Absatzmarkt zu erschließen. Mitten in einer Region, die noch von Karawanen, Stammesaufständen und kolonialer Einflussnahme geprägt war.

Jaroljmeks Lebenserinnerungen zeigen, dass er weit mehr war als ein einfacher Repräsentant der deutschen Industrie. Er war Abenteurer, Diplomat, Unternehmer und ein Zeuge globaler Umbrüche, wie sie sich heute kaum vorstellen lassen. Die Memoiren, deren erste Fassung 1942 erschien und die in diesem Jahr neu herausgegeben wurden, entführen in eine Welt zwischen Orient und Okzident, zwischen Modernisierung und Tradition – und zeigen, wie ein einzelner Mann Verkehrsnetze schuf, politische Allianzen schmiedete und dabei auch selbst nicht unberührt von den Brüchen seiner Zeit blieb.

Geboren 1882 in Ojstro, Österreich-Ungarn, schlug Jaroljmek zunächst eine akademische Laufbahn ein, bevor er – eher zufällig – in die höheren diplomatischen Kreise des deutschen Adels aufgenommen wurde. Über seine Ehe mit Augusta zu Eulenburg, die er gegen den Willen ihres Vaters, des einflussreichen Diplomaten und Vertrauten des deutschen Kaisers Wilhelm II. Philipp zu Eulenburg, geheiratet hatte, wurde Jaroljmek Teil eines Netzwerkes, das ihn schließlich bis nach Persien führte.

Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem er als Offizier in Mossul diente und den osmanischen Völkermord an den Armeniern dokumentierte, übernahm er 1923 die Leitung der Junkers-Luftverkehrsaktivitäten im Iran. In einer Zeit, in der die Strecke Buschehr am Persischen Golf bis Teheran im Norden mit einer Karawane zwei bis drei Monate dauern konnte, setzte Jaroljmek auf das Flugzeug. Mit Maschinen vom Typ Junkers F 13 verband er die entlegenen Regionen – schneller als jeder Reiter oder Lastwagen.

Die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Persien hatten strategische Gründe. Während Großbritannien und Russland das Land 1907 in Inter-

sensphären aufteilten, galt Deutschland als nicht-koloniale Macht mit technologischer Kompetenz – ein neutraler, attraktiver Partner für den modernisierungswilligen Schah Reza. Dank der geschickten Diplomatie von Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg, dem deutschen Gesandten in Teheran, kam es zu einem regen Austausch. Deutsche Ingenieure, Firmen und Archäologen wurden willkommen geheißen, britische Flugzeuge dagegen verbannt. Eine Katastrophe für die Briten, die zwischen den wichtigen Kolonien Irak und Indien nicht mehr zwischenlanden konnten.

Jaroljmek spielte dabei eine Schlüsselrolle. Er organisierte Luftverbindungen, netzwerkte mit persischen Politikern und wurde vom Schah persönlich unterstützt. 1925 erhielt Junkers ein exklusives Monopol für den persischen Luftverkehr. Die Hauptstadt Teheran wurde erstmals ans internationale Flugnetz angeschlossen. Die Route Berlin–Teheran war nun in vier Tagen über Russland zu bewerkstelligen, statt Wochen über Beirut, Damaskus und Bagdad reisen zu müssen. Persien, bis dahin ein Flickenteppich aus Stammesgebieten, rückte durch den Luftverkehr näher zusammen.

Doch nicht alle Mächte sahen diese Entwicklung mit Wohlwollen. Die Sowjetunion untersagte Jaroljmek mehrfach die Landung der Maschinen auf sowjetischem Gebiet – offiziell aus Sicherheitsgründen, inoffiziell aus geopolitischem Misstrauen. Diese Interventionen führten 1927 zu seinem Ausscheiden aus dem Unternehmen. Sein Nachfolger war Kurt Weil. Dieser führte Junkers Persien bis zur Auflösung der Gesellschaft 1932 und war nach dem Krieg mitverantwortlich für die Organisation der Berliner Luftbrücke und bis Ende der 80er Jahre ordentlicher Professor in den USA.

Jaroljmek kehrte dem Nahen Osten nie ganz den Rücken. Als Vertreter deutscher Firmen wie Borsig blieb er geschäftlich der Region verbunden. Nach 1933 zog er sich nach Wien zurück, lebte während des Zweiten Weltkriegs bei einer Adelsfamilie in Niederösterreich – und veröffentlichte 1942 seine Erinnerungen, die heute nicht nur als Zeitdokument, sondern auch als Spiegel einer Welt im Wandel gelesen werden können. Er starb 1953 in Wien.

Jaroljmeks Memoiren sind mehr als nur ein nostalgischer Blick zurück. Sie erzählen von den technischen Errungen-

schaften der Zwischenkriegszeit, aber auch von diplomatischen Ränkespielen, politischen Umwälzungen und persönlicher Tragik. Sie sind geprägt von Bewunderung für die islamische Welt – aber auch durchsetzt mit problematischen Begriffen und NS-Ideologie, die in der Neuausgabe von 1951 größtenteils entfernt oder abgeschwächt wurden. In den nun neu herausgegebenen Erinnerungen sind Textbestandteile beider Ausgaben enthalten und ermöglichen einen weiteren Einblick in Jaroljmeks Denken.

Auffallend bei der Neuausgabe aus der Nachkriegszeit ist Jaroljmeks bewusste Vermeidung des Namens „Junkers“. Aus Angst vor Assoziationen mit der Luftwaffe der NS-Zeit? Aus politischer Vorsicht oder persönlicher Distanz? Die Gründe bleiben offen – und geben Raum für kritische Lektüre.

Stefan Piasecki

● Prof. Dr. Dr. Stefan Piasecki hat die diesjährige Neuauflage der Erstausgabe von Edmund Jaroljmeks Lebenserinnerungen mit dem Titel „Ich lebte in Nah-Ost“ kommentiert, überarbeitet und herausgegeben, 328 Seiten, ISBN 9789403814025, www.editionvijo.com

VON CHRISTIAN RUDNITZKI

Haben Sie schon mal von HelsingAI gehört? Der Firma, die nach Angaben ihrer Homepage (www.helsing.ai/de) „Künstliche Intelligenz zum Schutze unserer Demokratien“ entwickelt? Das Unternehmen, das, obwohl erst 2021 gegründet, wohl schon jetzt das „wertvollste“ KI-Unternehmen Europas ist? Und das Unternehmen, das von Deutschland aus Drohnen in die Ukraine liefert?

Im November 2024 schickte HelsingAI 4000 „HF 1-Kamikaze-Drohnen“ ins Kriegsgebiet, finanziert aus der „Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung“ – der Vertrag dazu wurde im September 2024 geschlossen, die Auslieferung startete parallel (es musste also schnell gehen). Im vergangenen Februar kündigte HelsingAI dann die Lieferung von 6000 „HX 2-Kampfdrohnen“ in die Ukraine an. Diese „intelligente Kamikaze-Drohne“ wird in einer neuen Fabrik in Süddeutschland produziert, die eine Kapazität von zunächst 1000 Drohnen pro Monat haben soll. Laut Experten macht das HelsingAI – Stand heute – zu einem der größten Kriegsdrohnenbauer weltweit.

HelsingAI ist ein deutsches Verteidigungs-Startup mit Sitz in München, das sich auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in militärischen Anwendungen spezialisiert hat. Das Unternehmen entwickelt KI-gestützte Softwarelösungen, die Daten aus verschiedenen Sensoren in Echtzeit analysieren, um die Entscheidungsfindung auf dem Schlachtfeld zu verbessern. HelsingAI arbeitet mit Airbus, Saab und dem Bundesverteidigungsministerium zusammen und wurde ausgewählt, 15 Eurofighter der Luftwaffe mit KI für den elektronischen Kampf auszurüsten. Seit 2022 ist Helsing auch in der Ukraine aktiv und stellt KI-Technologie für Fronteinsätze bereit. Das Unternehmen hat kürzlich die Defence Manufacturers Alliance gegründet, eine gemeinsame Initiative mit der ukrainischen Regierung.

Das strahlende Etikett „Demokratie“

Helsing betont, dass seine KI-Systeme nur zur Unterstützung von demokratischen Staaten entwickelt würden. Dahinter, das Unternehmensziel als Mission zur „Verteidigung demokratischer Gesellschaften“ zu beschreiben, steckt strategisches und kulturelles Kalkül – die Wahl des Begriffs „Demokratie“ statt „Freiheit“ wirkt in Europa – und besonders in Deutschland – als zentraler Legitimitätsanker. „Freiheit“ wäre mehrdeutig, individualistisch aufgeladen und politisch weniger zu vereinnahmen. Und da HelsingAI als europäisches Verteidigungs-Startup vor allem politische Unterstützung (und Geld) finden möchte, ist die Verteidigung der Demokratie ein lukra-



Die Drohnenproduktion läuft bereits auf Hochtouren: Blick in die „Resilienz-Fabriken“ von HelsingAI

Bild: HelsingAI

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Der schöne Schein der Eigenständigkeit

Ein deutsches KI-Unternehmen macht Furore, etwa bei der Waffenentwicklung. Bei näherem Hinsehen tritt jedoch eine teils riskante Verflechtung mit mächtigen ausländischen Akteuren hervor

tives Geschäftsmodell. Daher ist die ethische Differenzierung vorteilhaft – nicht Freiheit gegen Unfreiheit, sondern Demokratie gegen Diktatur. Damit erspart HelsingAI sich und seinen Auftraggebern heikle Debatten um die jeweilige Bedeutung von Freiheitsbegriffen, die etwa auch „Meinung“ oder „Glaube“ beinhalten könnten.

Bisher wurden dafür mehr als 770 Millionen Euro zur Finanzierung eingesammelt. Zu den Investoren zählen General Catalyst, Accel, Lightspeed Venture Partners und der Spotify-Gründer Daniel Ek. Mittlerweile, nicht zuletzt durch die von Berlin geförderten und mitfinanzierten Aufträge aus der Ukraine, wird das Unternehmen mit etwa fünf Milliarden Euro bewertet. Unter den Investoren fällt Streaming-Pionier Ek auf. Der schwedische Spotify-Gründer hat vor allem kulturelle Konsumstrukturen geschaffen. Dass er sich plötzlich als Verteidigungstechno-

logie-Financier und geopolitischer Architekt geriert, ist bemerkenswert.

Neue Form der Abhängigkeit

Mitbegründer und Geschäftsführer Gundbert Scherf spricht in den wenigen Interviews eher über Themen wie Unternehmenseffizienz und Marktmechanismen. Den eigentlichen Auftrag von HelsingAI, nämlich „Künstliche Intelligenz zum Schutze unserer Demokratien“ zu entwickeln, erklärt er eher selten. Seine Orientierung dürfte auf Rendite liegen. Diesen Schluss legt auch die Betrachtung der schick aufgemachten Homepage von HelsingAI nahe: Wie bei anderen Startups der Tech-Branche geht es darum, für Investoren eine attraktive Unternehmensstory zu „erzählen“. Nur diesmal halt mit KI im Militärbereich. Und weil eine versicherte Politik zu millionenschweren Investitionen bereit ist, um jahrzehnte-

lange Versäumnisse zu kaschieren, könnte HelsingAI eine sprudelnde Geldquelle gefunden haben.

Dass HelsingAI in München gegründet wurde, ist sicher kein Zufall: Fast alle großen US-High-Tech-Unternehmen haben dort Niederlassungen. Die deutschen Zentralen von Google, Microsoft, Apple, IBM, Amazon Web Services und Nvidia haben ihren Sitz an der Isar. Doch München und Umgebung ist auch für chinesische Hightech-Unternehmen ein zentraler Standort. Da ergibt sich ganz natürlich die Frage nach der nationalen Sicherheit: Wie können in diesem Umfeld Technologien von sicherheitsrelevanter Bedeutung entwickelt und geheim gehalten werden? Ohne dass es etwa die chinesische Regierung erfährt? Oder gar beteiligt ist?

Europa spricht viel von Souveränität – doch anhand des Beispiels HelsingAI bleibt unklar, was genau damit gemeint

ist. Die EU und die deutsche Regierung werben mit strategischer Autonomie, operieren jedoch in einer digitalen Realität, die tief in amerikanische und chinesische Abhängigkeiten verstrickt ist. Ob Cloud-Infrastruktur, Halbleiter oder KI-Talente – die entscheidenden Ressourcen liegen nicht in europäischer Hand, sondern bei den globalen Tech-Giganten. HelsingAI präsentiert sich als Antwort auf technologische und militärische Souveränitätslücken Europas. Wenn diese Lücken jedoch mit noch mehr digitaler Kontrolle und Abhängigkeiten, undurchsichtigen KI-Systemen und einem verengten Demokratiebegriff gefüllt werden – entsteht eine neue Form der Abhängigkeit unter dem Vorwand von Freiheit. Abraham Van Helsing ist der legendäre Vampirjäger aus Bram Stokers „Dracula“ – als Namensgeber eines KI-Unternehmens wirkt das wie ein bisschen zu viel Fiktion, um wahr zu sein.

WETTBEWERB

Teure Energie und eine lahme Bürokratie

Wie die Politik dazu beiträgt, dass Deutschland bei der Zukunftstechnologie schlechthin den Anschluss zu verlieren droht

Ein Thema, über das in Deutschland erstaunlich wenig gesprochen wird, ist der hiesige Stand und die Entwicklung von KI im Weltvergleich. Das ist umso bemerkenswerter, als KI einer der wichtigsten industriellen Standortfaktoren der nächsten zehn bis 20 Jahre sein wird. Es ist also entscheidend, die nötigen Ressourcen vorzuhalten und auszubauen, die nötig sind, um in diesem Wettbewerb in vielerlei Hinsicht zu bestehen oder gar in Führung gehen zu können.

Um es vorwegzunehmen: Es sieht nicht gut aus! Entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit ist Energieverfügbarkeit – und zwar preiswert. Auch müssen Fachkräfte und belastbare Rechenzentren vorhanden sein. Und vor allem: Die politischen Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Gehen wir die Punkte einzeln durch: Technologisch und wirtschaftlich ist Deutschland kein führender Entwicklungsstandort von sogenannten „Foundation Models“ (d.h. großen Basismodellen wie GPT oder Gemini). Es gibt zwar mit dem Fraunhofer Institut oder der TU München gute Grundlagenforschung, aber kaum industrielle Verwertung, die vergleichbar mit den USA oder China wäre. Deutschland besitzt partiell Stärken bei anwendungsnaher KI in der Fertigung („Industrial AI“) wie beispielsweise der Automobilindustrie (Bosch oder VW), der Medizintechnik und Robotik, aber gleichzeitig hat Deutschland zu wenig große Rechenzentren und hemmt die Entwicklung auch durch seine langsame Genehmigungsbürokratie. Zudem fehlt es an

Kapital mit Mut für Hochrisiko-Investitionen, was wiederum eine schlechte Gründerkultur hervorbringt.

Im internationalen Vergleich sind dies negative Faktoren, da die USA bei Basismodellen, Cloud-Kapazitäten und Wagniskapital dominieren, China KI-Entwicklung zum strategisch wichtigsten Staatsziel erklärt hat und beide damit die Digitalwirtschaft antreiben. Selbst Großbritannien und Frankreich verfügen über KI-Cluster mit erheblichem Tempo. Paris ist eine Hochburg der europäischen KI-Entwicklung. Deutschland verfügt also zwar über gute Forschung, macht aber nichts daraus und fällt deshalb global zunehmend zurück.

Doch der vielleicht entscheidendste strategische Engpass, den viele deutsche

Politiker unterschätzen, ist die Energiewende als Standortfaktor für KI. Energie ist wichtig, weil große KI-Modelle extrem viel Rechenleistung und damit Strom benötigen. Die deutsche Energiewende hat europaweit die höchsten Industriestrompreise (2024 etwa 18 bis 20 Cent/kWh für Industriekunden, teilweise darüber) hervorgebracht. In Frankreich (Kernkraft) und USA (Gas, Kernkraft) liegt der Preis oft bei vier bis sieben Cent/kWh.

Deshalb wandern KI-Betreiber auch immer weiter ab. Google, Amazon und Microsoft bauen ihre großen KI-Zentren in Irland, Skandinavien, Frankreich und Osteuropa aus. Rechenzentren werden dort errichtet, wo Strom günstig und verfügbar ist. Gerade die ideologischen Infrastruktur-Debatten hierzulande schaden

Deutschland also zusehends, und ansässige Firmen müssen Infrastruktur in immer größerem Maße bei US-Cloud-Anbietern einkaufen.

So entsteht eine digitale Abhängigkeit, die zudem die Standortattraktivität für KI-Unternehmen insgesamt rapide senkt. Unter diesen Voraussetzungen bleibt Deutschland auch in naher Zukunft vor allem Anwender und nicht Entwickler, obwohl Forschung gefördert wird. Das heißt mittelfristig, dass ohne strukturelle Entlastungen bei Energie und Bürokratie das Kapital auch im nächsten Innovationszyklus weiter in die USA, Großbritannien und Frankreich fließen wird. Es ist vorherzusehen, dass die strategische Abhängigkeit von US-Cloud-Anbietern sich unter diesen Bedingungen verfestigt. C.R.



GOLDAP

Aus für das geplante Naturheilzentrum

Die Projekt- und Baudokumentation enthielt Mängel – EU-Gelder müssen nun zurückgezahlt werden

VON DAWID KAZANSKI

Die Stadt Goldap musste einen herben Rückschlag einstecken: Das geplante Naturheilzentrum, einst als Leuchtturmprojekt für Masuren konzipiert, ist gescheitert, und die komplette EU-Förderung muss zurückgezahlt werden.

Das Vorhaben umfasste den Bau eines rund 2000 Quadratmeter großen Zentrums mit Schwimmbad, Wellnessbereich sowie Behandlungs- und Therapieräumen. Die Gesamtkosten waren mit etwa 6,2 Millionen Euro veranschlagt worden, wovon über 4,2 Millionen Euro aus EU-Fördermitteln stammen (davon müssen nun fast 2,5 Millionen Euro zurückgezahlt werden, zuzüglich Zinsen).

Die Hauptbauarbeiten waren bis zum Jahr 2020 erfolgt, doch bereits im Juni desselben Jahres mussten die Arbeiten eingestellt werden. Eine detaillierte Prüfung hatte erhebliche technische Mängel in der Projekt- und Baudokumentation aufgedeckt. Die notwendigen Genehmigungen und Ausführungsunterlagen entsprachen nicht den Vorgaben, was die Weiterführung des Bauvorhabens unmöglich machte.

Darüber hinaus kam es zu einer erheblichen Verteuerung der geplanten Bauarbeiten, was zu Finanzierungslücken führte. Trotz eines erneuten Ausschreibungsverfahrens im Jahr 2024 gelang es nicht, einen neuen Partner zu gewinnen, denn zu kompliziert und risikoreich war die Ausgangslage. Keine Firma erklärte sich bereit, die Arbeiten unter den bestehenden rechtlichen und finanziellen Bedingungen fortzusetzen.

Der Fall wurde von mehreren Institutionen aufgegriffen: Beamte des Antikorruptionsbüros (CBA), der obersten Rechnungskontrollbehörde (NIK) sowie der Staatsanwaltschaft haben das Projekt untersucht. Nach rund zwei Jahren wurde



Vom Verfall gezeichnet: Der begonnene Rohbau des Naturheilzentrums in Goldap kann nicht fertiggestellt werden Foto: D.K.

das Verfahren jedoch eingestellt. Am 26. Juni 2025 löste die Woiwodschaft Ermeland-Masuren den Fördervertrag auf und forderte die Rückzahlung der Gelder. Der Bürgermeister, Konrad Kazaniecki, räumte öffentlich ein, dass der finanzielle Spielraum der Gemeinde zu gering und die Zeit zur Fertigstellung zu kurz gewesen sei.

Eine Ruine mitten im Kurviertel

Das Gelände mitten im Kurviertel, wo sich in der direkten Nachbarschaft auch die Goldaper Gradierwerke befinden, bleibt ungenutzt. Aktuell gibt es keine öffentlich kommunizierten Alternativ-

pläne oder neue Investitionsideen. Der unfertige Komplex gilt nicht nur als Symbol verpasster Chancen, sondern belastet auch den kommunalen Haushalt. Das Projekt wurde in die „Schwarze Liste der öffentlichen Fehlplanungen 2025“ des Warsaw Enterprise Institute als Beispiel für ineffiziente Mittelverwendung und unzureichende Projektsteuerung aufgenommen.

Für die Stadt Goldap, die auf nachhaltigen Tourismus und regionale Entwicklung setzen wollte, ist das insbesondere ein wirtschaftlicher Rückschlag. In der Öffentlichkeit wird kritisiert, dass die

Stadtverwaltung in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren keine konkreten Entscheidungen über die Zukunft des Geländes getroffen hat. Der fertige Rohbau wurde dadurch dem Verfall überlassen – ohne Konservierung, Schutzmaßnahmen oder Pflege, was bereits zu einem zusätzlichen Wertverlust geführt hat.

Zwar kündigte der Bürgermeister an, dass man bereits an neuen Finanzierungsmodellen und Möglichkeiten arbeite, um das Vorhaben doch noch zu einem Abschluss zu bringen, aber ob das Grundstück künftig verkauft, umgewidmet oder neu entwickelt wird, bleibt abzuwarten.

MELDUNGEN

Wettbewerb auf der Deime

Labiau – Vom 30. Juli bis zum 2. August fand unter dem Motto „Siegessstraße auf dem Wasser“ ein Festival in Labiau statt. Dabei handelte es sich um einen Segelwettbewerb auf der Deime, an dem sich Jacht-Besitzer beteiligen konnten. Die Eröffnung der Feier fand im Innenhof der Burg Labiau statt, in der sich auch das städtische Museum befindet. Am selben Tag konnten die Besucher des Festivals am Ufer des Flusses den Segelwettbewerb verfolgen. Neben den Siegern der Segelregatta wurde auch die schönste Jacht ausgezeichnet. In der Burg berichtete der einzige Weltumsegler des Königsberger Gebiets, Vladimir Maratajew, von seinen Erlebnissen auf hoher See. Anschließend gab es eine Filmvorführung. Den Abschluss bildete der feierliche Auslauf der Segelboote. MRK

Preiswucher bei Flügen

Königsberg – Wegen des Hackerangriffs auf die Systeme der größten russischen Fluggesellschaft Aeroflot kam es zu massenhaften Flugausfällen. Davon betroffen waren auch Flüge vom Königsberger Flughafen Powunden nach Moskau. Die nicht geschädigten Fluggesellschaften nutzten die Gunst der Stunde und boten ihre Flüge zu überhöhten Preisen an. Passagiere berichteten, dass die Preise innerhalb von Stunden gar verfünffacht wurden. Kunden, die ihren Urlaub auf der Krim gebucht hatten, waren gezwungen, die hohen Preise zu zahlen, um ihren Anschluss in Moskau nicht zu verpassen. Ab dem 28. Juli war ein Hinflug ohne Gepäck ab 427 Euro zu haben, während ein Billigticket ohne Gepäck normalerweise 164 Euro kostet. MRK

MEMELLAND

Das Problematische Verhältnis zur eigenen Geschichte

Während seiner Reise ins Baltikum besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Memel und Nidden

Anfang Juli besuchten der Präsident der Republik Litauen Gitanas Nauseda und der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier während dessen Baltikumreise, bei der es vordergründig um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Litauen und Lettland ging, auch Memel und Nidden. Die Präsidenten wurden von Memels Bürgermeister Arvydas Vaitkus und dessen Ehefrau empfangen und zu einem Spaziergang durch die Memeler Altstadt eingeladen. Während ihres Besuchs in der Hafenstadt besichtigten sie den Ännchen-von-Tharau-Platz und die im Wiederaufbau befindliche St. Johanniskirche.

Dort sprach Vaitkus über die Bedeutung der Johanniskirche für die Identität der Stadt. Die Restaurierung der Kirche sei ein Schritt zur Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses. Die Gäste wurden von Vasilijus Safronovas, Historiker an der Universität Memel, begleitet, der auf seinen sozialen Netzwerkkonten schrieb: „Ich habe über das problematische Verhältnis Memels zu seiner

eigenen Geschichte gesprochen und darüber, was Litauen durch Memel näher an Deutschland heranführt. Memel hat dieses Jahr zum Simon-Dach-Jahr erklärt,

und so begannen wir mit einer Diskussion über das Simon-Dach-Denkmal und dessen Bedeutung für die deutsche und litauische Kultur.“



Stadtbesichtigung in Memel: Litauens Präsident Gitanas Nauseda (z.v.l.) und seine Ehefrau Diana (l.) mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (M.) und Elke Büdenbender lassen sich von dem Historiker Vasilijus Stronovas (r.) durch die Stadt führen

Die Delegation besuchte auch Nidden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen dort die 150. Geburtstage von Mikolaj Konstantinas Čiurlionis und Thomas Mann. Nauseda und Steinmeier nahmen an einer Diskussion im Kulturzentrum Thomas Mann in Nidden teil. Unter Verweis auf die einzigartige Landschaft des Ortes auf der Kurischen Nehrung, die von einer wechselvollen Geschichte geprägt ist, betonte der litauische Präsident, dass „es keinen besseren Ort gibt, um Čiurlionis' und Thomas Manns Vermächtnis sowie die kulturellen und historischen Grundlagen der strategischen Partnerschaft zwischen Litauen und Deutschland zu diskutieren.“

Das Staatsoberhaupt wies darauf hin, dass Thomas Mann in der Zwischenkriegszeit gerne seine Sommer in Nidden verbrachte. Die einzigartige Landschaft von Nidden mit der ihr innewohnenden Harmonie von Natur und menschlichem Streben war eine Quelle der Inspiration nicht nur für Mann, sondern auch für viele andere litauische und deutsche Persönlichkeiten aus Literatur, Wissenschaft und Kunst.

Unter ihnen verdiente Adalbert Bezzenberger, Wissenschaftler und langjähriger Rektor der Universität Königsberg, der nicht nur die Sommer auf der Kurischen Nehrung verbrachte, sondern auch zu einem der Begründer der baltischen Philologie wurde, besondere Aufmerksamkeit, so Nauseda.

Der litauische Präsident machte die Gäste kurz mit der Chronik der Schule von Nidden bekannt, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts verfasst wurde und zum besseren Verständnis der Geschichte von Nidden, der Kurischen Nehrung und sogar des gesamten Memellandes beiträgt, wo Litauer, Kuren und Deutsche Seite an Seite lebten. Schüler des deutschsprachigen Sudermann-Gymnasiums in Memel umrahmten mit Texten von Thomas Mann die Begegnungsveranstaltung.

Nauseda betonte, dass Litauen ein ehrgeiziges Programm für den kulturellen Austausch mit Deutschland entwickeln wolle. 2028 soll es ein litauisches Jahr in Deutschland geben, und ein Jahr später ein deutsches Jahr in Litauen. Bodo Bost

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Fortak, Prof. Dr. Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Grzybinski, Annelore, geb. **Ritter**, aus Mohrunen, am 13. August
Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August

Donder, Günter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. August
Keding, Helmut, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 10. August
Kummer, Waltraut, geb. **Kirstein**, aus Goldbach, Kreis Mohrunen, am 9. August
Reese, Hildegard, geb. **Ceranski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Schoenecken, Leonore, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. August

Kraft, Elfriede, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 10. August
Objartel, Ingeborg, geb. **Wilkening**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 13. August
Schierstein, Ursula, geb. **Jopp**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 10. August
Seidler, Klara, geb. **Block**, aus Wehlau, am 8. August
Weikam, Horst, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 13. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bendig, Wilhelm, aus Sonnenborn, Kreis Mohrunen, am 9. August
Bergert, Margarete, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. August
Boseniuk, Martha, geb. **Jeroschewski**, aus Seebücken, Kreis Lyck, am 13. August
Harder, Philomena, geb. **Eisenbarth**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. August
Kloß, Edelgard, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 8. August
Kraschewski, Gisela, geb. **Chrost**, aus Ortelsburg, am 12. August
Poppe, Ursel, geb. **Noga**, aus Straußen, Kreis Lyck, am 10. August
Quass, Werner, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 8. August
Rettig, Gerda, geb. **Vollert**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. August
Schleiwies, Leo, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 14. August
Sostak, Heinz, aus Funken, Kreis Lötzen, am 11. August
Wydra, Hans-Joachim, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 11. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Armgarth, Annerose, geb. **Proboll**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 11. August
Bartsch, Herbert, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 10. August
Hogrebe, Ilse, geb. **Krüger**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. August
Köhler, Erika, geb. **Kühn**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 9. August
Konetzka, August, aus Malschöwen, Kreis Ortelsburg, am 13. August

Krispin, Ernst, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. August
Lorenz, Helmut, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 10. August
Seeberger, Helga, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. August
Staschko, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 11. August
Stoschus, Karl-Georg, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 13. August
Waschull-Fikowra, geb. Waschull, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 8. August

Grabley, Irmgard, geb. **Planko**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 8. August
Haub, Renate, aus Lyck, am 11. August
Lyß, Dr. Horst, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 14. August
Meschkat, Hannelore, aus Truppenau, Kreis Elchniederung, am 9. August
Niemeier, Sigrid, geb. **Kamann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 8. August
Tänzer, Margarete, geb. **Hammerschmidt**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 13. August
Troegel, Heinz, aus Lyck, am 11. August

Wolinski, August, aus Milucken, Kreis Lyck, am 10. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bann, Helga, geb. **Neumann**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 8. August
Biendarra, Manfred, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. August
Darden, Barbara, geb. **Krebs**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 12. August
Glienke, Karl-Heinz, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 11. August
Gollub, Manfred-Joachim, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 12. August
Hofmann, Eva, geb. **Schlisio**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. August
Kunath, Anneliese, geb. **Rogalski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 14. August
Peterson, Petra, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. August
Pfersich, Karin, geb. **Wagner**, aus Wehlau, am 11. August
Schlifke, Klaus, aus Freiwalde, Kreis Mohrunen, am 13. August
Schmutzler, Erika, geb. **Timmler**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. August
Sohn, Horst, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 13. August
Walenda, Sigrid, geb. **Niewiadomski**, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 9. August
Weber, Wilhelm, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. August
Westphal, Peter, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 11. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Kikul, Hermann, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 9. August
Liedke, Ingo, aus Willnau, Kreis Mohrunen, am 13. August
Rattay, Erika, geb. **Lamers**, aus Heiligenhaus, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Lust auf Nordsee?

Nähe St. Peter Ording,
 Fewo frei für kurz entschlossene
 Naturfreunde, NR,
 Ki. + Hu. willk. ab 45 Euro p. T.
 Tel. 04862-8052

ZUM 98. GEBURTSTAG

Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August
Fratzke, Ursula, geb. **Berwein**, aus Wehlau, am 14. August
Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, am 12. August
Sauer, Dr. med. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August
Sewzik, Gertrud, geb. **Sewzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Marx, Margarete, geb. **Jedaschke**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Pachan, Hugo, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Piechotka, Werner, aus Prostenken, Kreis Lyck, am 9. August
Windwehr, Käte, geb. **Endom**, aus Wehlau, am 9. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Beling, Alfred, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 10. August



ZUM 91. GEBURTSTAG

Amonat, Heinz, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 11. August
Chlupka, Edeltraud, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 11. August
Doering, Elfriede, geb. **Schlagowski**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 9. August
Ellis, Elisabeth, geb. **Puchert**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 8. August
Gebhard, Beate, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 10. August

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Sammlungsaufruf: 80 Jahre Flucht und Vertreibung

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung sucht Familienerinnerungen an Flucht, Vertreibung und Ankommen. Teilen auch Sie die in Ihren Familien überlieferten Erinnerungen an Flucht und Vertreibung. Schreiben Sie auf, was Sie erlebt oder Eltern und Familienangehörige berichtet haben. Suchen Sie nach Tagebüchern, Briefen, Notizen, Fotos oder anderen Dokumenten und helfen Sie mit, diese für kommende Generationen und die Wissenschaft dauerhaft zu bewahren. Das Zeitzeugenarchiv enthält Zeugnisse von Flucht und Vertreibung, die

mahnen und berühren. Ihre Geschichte zählt – gegen das Vergessen.

Das Dokumentationszentrum ist ein einzigartiger Lern- und Erinnerungsort zum Thema Flucht, Vertreibung und Zwangsmigrationen in Geschichte und Gegenwart. Das 2021 eröffnete Haus befindet sich mitten in Berlin unweit des Potsdamer Platzes, Stresemannstraße 90. Dem Publikum bietet es eine Ständige Ausstellung, sehenswerte Sonderausstellungen, eine einladende Bibliothek mit Zeitzeugenarchiv sowie ein vielfältiges Programm mit Führungen, innovativen Workshops und Veranstaltungen.

Bis zum 18. Januar zu sehen ist die **Sonderausstellung: Der Treck – Fotografien einer Flucht 1945**. Millionen Deutsche sind Anfang 1945 bei eisiger Kälte auf der Flucht. Am 21. Januar fliehen etwa 350 Menschen aus dem niederschlesischen Lübchen vor der nahenden Roten Armee: vor allem Frauen, Kinder und alte Leute. Mit dabei: die Fotografen Hanns Tschira und Martha Maria Schmackeit, die den Flüchtlingstreck dokumentieren. Innerhalb von einem Monat machen die beiden Profis etwa 140 Aufnahmen. Dieser einzigartige Bildbestand wird im Dokumentationszentrum erstmals vollständig ausgestellt.

SAMMLUNGS-AUFRUF

80 Jahre Flucht und Vertreibung

Ihre Geschichte zählt!



Über die Internetseite, per E-Mail oder Post: Erinnerungen teilen geht auf vielen Wegen. **Einsendungen** per E-Mail an: geschichten@f-v-v.de, per Post an Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Zeitzeugenarchiv, Anhalter Straße 20, 10963 Berlin. Mehr Informationen im Internet unter **www.f-v-v.de** oder Telefon (030) 2062998-0

Bild: SFVV

Zusendungen für die Ausgabe 34/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 34/2025 (Erstverkaufstag 22. August) **bis spätestens Dienstag, den 12. August**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Veranstigungsankündigung

Kassel - Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, Treffpunkt Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger. Beginn 15.00 Uhr. Sonntag, 10. August, 10.00 Uhr: Erinnerung an Flucht und Vertreibung an der Gedenkstätte in Holzhausen/Reinhardswald. Veranstalter: Sudetendeutsche Landsmannschaft u.a. - Nähere Auskunft: G. Landau, Tel.: 0561-81 69 68 09



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

GHH – Ungleiche Worte

Düsseldorf – Donnerstag, 14. August, 19 Uhr: Veranstaltungsreihe „80 Jahre Kriegsende in Europa“ Ungleiche Worte. Margret Boveri (1900–1975), „Tage des Überlebens. Berlin 1945“ und Margaret Bourke-White (1904–1971), „Deutschland, April 1945“, mit Dr. Katja Schlenker und Prof. Dr. Winfrid Halder. Informationen zu Veranstaltungen der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus unter Internet: www.g-h-h.de

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat** (1912-1976), Kabinetausstellung. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel (heute das litauische Klaipėda) geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise viele Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Künstlerkolonie Nidden und zu Carl Knaf, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. der späteren DDR tätig. Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Bis 31. August: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland**, Sonderausstellung. Eine Sonderausstellung von estnischen Künstlern und Künstlerinnen der Kunsthochschule Pallas aus Tartu: Jaanus Eensalu, Andrus Kannel, Margus Meinart, Aet Ollisaar, Kadi Pajupu, Sirje Petersen, Tuuli Puhvel, Anne Rudanovski und Heli Tuksam.

Wie kann man all die Dinge visuell interpretieren, an die wir nur vage denken können? Die Zukunft beginnt mit der Vergangenheit – ein solides Fundament gibt den Mut, weiter zu schauen, als das Auge sehen kann. Diese Metapher regt auch zum Nachdenken über den zeitlichen Horizont des eigenen Lebens an, der sich wie etwas Begrenztes anfühlt, obwohl viele glauben, dass es über den Horizont hinaus noch mehr gibt. Es gibt immer etwas mehr. Ist das beängstigend oder tröstlich? Der Horizont ist ein Versprechen von Weite und Offenheit, die horizontale Unendlichkeit umarmt den ganzen Globus. Können oder sollen wir vorhersagen können, was hinter dem Horizont liegt? Die Künstler und zugleich Lehrenden an der Kunsthochschule Pallas zeigen ihre Interpretationen. Ausgestellt werden ihre neuesten Werke. Damit möchten sie eine Diskussion über die Bedeutung und Relevanz der Kunst für die Zukunft anregen. Die Ausstellung zeigt zum Teil auch widersprüchliche Ansätze, die das Thema durch die persönlichen Zugänge der Künstler erweitern. In der Ausstellung wird eine Vielzahl von Medien der Bildenden Kunst präsentiert – Malerei, Skulptur, Fotografie, Textilkunst, Objekte. Kuratiert wurde sie von Aet Ollisaar und Heli Tuksam. Das Ausstellungsdesign stammt von Madis Liplap. Unterstützt wird die Ausstellung von der Pallas University of Applied Sciences in Tartu. „Depicting the Future. Variations“ ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg.

Das Ausstellungsdesign stammt von Madis Liplap. Unterstützt wird die Ausstellung von der Pallas University of Applied Sciences in Tartu. „Depicting the Future. Variations“ ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg.

Veranstaltungen

Sonntag, 31. August 2025, 18.00 Uhr, Eintritt frei! Präsentation **„Kunst und Freiheit. Künstler-Dozenten der Kunsthochschule Pallas im Wandel der Zeit“** Finissage der Sonderausstellung mit Künstlergespräch mit Heli Tuksam und Margus Meinart (in englischer Sprache) und anschließender Diskussion über die Rolle der Kunst in der Zukunft mit Ursula Blancke-Dau und Ulrike Hennecke Die Kunsthochschule Pallas im estnischen Tartu ist eine der wichtigsten künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes und prägt seit Jahrzehnten die Entwicklung der estnischen Kunstszene. In ihrer Präsentation geben die Künstler-Dozenten Heli Tuksam und Margus Meinart einen spannenden Einblick in Geschichte und Gegenwart der Hochschule – im Spannungsfeld von Tradition, Wandel und künstlerischer Freiheit. Im Anschluss wird gemeinsam mit den Lüneburger Künstlerinnen Ursula Blancke-Dau und Ulrike Hennecke über aktuelle Entwicklungen und Zukunftsperspektiven in der Kunst diskutiert. Welche Rolle kann und soll Kunst einnehmen? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 2. September, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) **Flucht – Vertreibung – Frauenschicksale** Vortrag von Vera Thiel in der Reihe „Museum Erleben“ Vera Thiel widmet sich 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dem Thema Flucht und Vertreibung mit einem besonderen Augenmerk auf die Schicksale von Frauen. Im Fokus stehen die Lebensgeschichten von vier Frauen mit ganz unterschiedlichen Biografien. Anhand von Fluchtberichten, Zeitzeugeninterviews und historischen Dokumenten zeichnet sie ein eindringliches Bild dieser bewegenden Frauenschicksale. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Mittwoch, 3. September 2025, 15.00 Uhr, 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) **Natur pur in Ostpreußen – Museumsführung für Menschen mit und ohne Demenz.** Mit Taalke Schmidt. Aus der reichhaltigen Präsentation von Flora und Fauna in unserer Dauerausstellung werden einige wenige Werke ausgewählt und mit den Teilnehmenden ganz genau betrachtet. Im Mittelpunkt stehen deren persönliche Wahrnehmungen und Erinnerungen. Diese interaktive Museumsführung findet ihren Abschluss in gemütlicher Runde bei Kaffee, Tee und Gebäck, wo über das Erlebte gesprochen werden kann. Maximal 6 Paare / 12 Personen können teilnehmen. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Alzheimer Gesellschaft Lüneburg e.V. statt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter 04131

759950 oder bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 7. September 2025, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt) **Die Rominter Heide: ein Jagdgebiet im Wandel der Geschichte** Führung durch die Jagd-Abteilung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Jenke Eichhorn. In dieser Sonntagsführung tauchen die Teilnehmenden in die faszinierende Welt der Rominter Heide ein, einst ein bedeutendes Jagdgebiet unter der Herrschaft von Ordensrittern, den Kaisern des Deutschen Reichs und dem „Reichsjägermeister“ während der NS-Diktatur. Die Führung vermittelt Einblicke in die Jagdtraditionen verschiedener Herrschaftszeiten sowie in die Entwicklung der Jagd in Ostpreußen. Durch beeindruckende Ausstellungsobjekte und anschauliche Erläuterungen wird die Geschichte der Rominter Heide lebendig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schie-mann, **Gst.:** Meike Dreyer, Land-kreis Rotenburg (Wümme), Post-fach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 12. bis Sonnabend, 13. September, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Angerburger Tage mit „Begrüßungsabend“ am Freitag, 19 Uhr, hierzu bitte anmelden, und Gedenken am Patenschaftsstein, Sonnabend, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung, 11 Uhr, Filmvorführung, 14 Uhr, und gemütlichem Beisammensein am Sonnabend.

Bitte merken Sie sich den Termin vor oder melden sich direkt bei der Geschäftsstelle an.



Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gott-berg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen

Steimbke – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckser Straße 4, 31634 Steimbke, Landkreis Nien-burg/Weser, Telefon (05026) 357, E-Mail: info@hotelzurpost-steimbke.de: Treffen der Heimat-kreisgemeinschaft Bartenstein. Wir bitten, diesen Termin vorzu-merken.



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kue-bart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Mitgliederversammlung

Kassel – Sonnabend, 13. Septem-ber, 14 Uhr, Magistratssaal, Rat-haus: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode. An-meldung erbeten. Feier „110 Jahre

Patenschaft“. Bitte zahlreich er-scheinen.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-ger-dauen.de, Internet: www.kreis-ger-dauen.de

Kreistagssitzung

Gemäß § 4 Nr. 4 unserer Satzung vom 13.10.2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung, die für Sonn-abend, 4. Oktober, 9.30 Uhr, im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, anberaumt wird, vor der Ladungsfrist in der Preu-ßischen Allgemeinen Zeitung be-kanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder, die stell-vertretenden Kirchspielvertreter sowie die Mitglieder des Ältesten-rates erhalten rechtzeitig die Ein-ladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungs-punkten zugeschickt.



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidental-straße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Waltraud Schmidt +

Die langjährige stellvertretende Kreisvertreterin und Schriftleite-rin der Heimatbrücke ist am 19. Juli, dem Tag unseres Sommerfes-tes, in Hamburg verstorben. Sie wurde 86 Jahre alt.

Waltraud Schmidt wurde am 2. Oktober 1938 in Dubeningken (Kreis Goldap) geboren und ver-bachte dort genau die ersten sechs Jahre ihrer Kindheit. Oft hat sie erzählt, dass sie in dieser Zeit schon bewusst den Vormarsch der Wehrmacht nach Osten und spä-ter den Rückzug der rückwärtigen

Teile beobachtet hat. Letzteres war dann auch der Zeitpunkt des Fluchtbeginns. Auf der entbeh-rungsreichen Flucht wurde die sechsjährige Waltraud von ihrer Mutter getrennt (der Vater war gefallen), die sie erst in Bad Dobe-ran wiederfand.

1989 wurde sie Schriftleiterin der Heimatbrücke und löste in dieser Funktion Kurt-Joachim El-lert ab. Sie verpasste der Heimat-brücke nach 41 Jahren Erscheinen eine Frischzellenkur. Nach und nach wurde das Layout moderni-siert, eine Zeitungs-Layout-Soft-ware eingeführt und die Mitglie-derdatei = Bezieherdatei der Hei-matbrücke in eine elektronische Datei umgewandelt.

1992 wurde Waltraud Schmidt auch zur stellvertretenden Kreis-vertreterin gewählt. Sie hat die Kreisgemeinschaft sehr resolut nach außen vertreten und war neben Stephan Grigat und Hel-mut Schröder maßgeblich an den Verhandlungen über die Aufstel-lung des Gedenksteins auf dem Goldaper Friedhof I beteiligt. En-gagiert brachte sie sich auch in die Verhandlungen über den Ankauf des Haus' der Heimat 1999 und dessen anschließender Ausstat-tung ein.

Es entsprach Art und Charak-ter von Waltraud Schmidt, sich den Zeitpunkt ihres Abgangs selbst zu wählen: 2007 schied Waltraud Schmidt auf eigenen Wunsch aus allen Ämtern aus.

Sie blieb der Kreisgemein-schaft stets treu verbunden und wirkte noch fast bis zum Schluss als Autorin, Kassenprüferin, Rei-seleiterin und gute Ratgeberin für die Kreisgemeinschaft.

Die Landsmannschaft Ost-preußen verlieh Waldtraud Schmidt 2003 ihr Goldenes Eh-renzeichen, die Kreisgemein-schaft Goldap Ostpreußen 2007 mit der Ehrenbürgerschaft ihre höchste Auszeichnung.

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. wird Waltraud Schmidt stets ein ehrendes An-denken bewahren.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Nieder-krüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchen-weg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Kreistagssitzung

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur öffentlichen Sit-zung des Kreistages am Sonn-abend, den 30. August, 14 Uhr im Rathaus der Stadt Hagen, Rat-hausstr. 13, Raum A201 (2. Etage) Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung, Fest-stellung der Beschlussfähig-keit und Wahl eines Protokoll-führers
2. Totengedenken
3. Genehmigung der Nieder-schrift über die KT-Sitzung vom 24. August
4. Bericht aus dem Kreisaus-schuss
5. Aussprache zu den schriftli-chen Arbeitsberichten
 - a) Kreisvertreterin
 - b) Senioren- und Glück-wunschkartei
 - c) Redaktion Hagen-Lycker Brief und Kreiskartei



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Waltraud Schmidt

* 2. Oktober 1938
in Dubeningken
Kreis Goldap

† 19. Juli 2025
in Hamburg

Die Verstorbene war langjährige stellvertretende Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Goldap und Schriftleiterin der Goldaper Heimatbrücke.

In Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Waltraud Schmidt im Jahre 2003 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

- a) allgemein
- b) Rowlin
7. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung
8. Haushaltsplan 2025
9. Bruderhilfe
10. Lycker Treffen in Bremen 06. November
11. Stellungnahme der Kreis-vertreterin zur Neuwahl 2025
12. Wahl eines Wahlleiters
13. Wahl Kreisvertreter / in
14. Kreistreffen 29. – 30. Au-gust 2026
15. Anfragen der Kreistagsmit-glieder

Eine Aufnahme weiterer Tages-ordnungspunkte ist nach § 15 der Satzung, bis spätestens 1 Woche vor dem Tag der Kreistagssitzung bei der Kreisvertreterin zu bean-tragen.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Liebe Neidenburger, Liebe Soldauer, es ist mal wieder soweit. Ein Jahr ist vergangen, und es ist wieder an der Zeit, sich zu treffen.

Jetzt, 80 Jahre nach der Ver-treibung aus der geliebten Hei-mat, liegt ein triftiger Grund vor, sich zu erinnern und sich über die

Erinnerungen und den Erzählun-gen der Eltern und Großeltern auszutauschen.

Wir laden Sie ein, den Termin am 07. September unbedingt frei zu halten und wahrzunehmen. Wichtig ist natürlich, dass viele Vertriebene aus dem Kreis Nei-denburg teilnehmen, damit sich auch die Organisation und die Vorbereitung dieses Treffens lohnt. Wenn wir viele alte Gesich-ter sehen und auch viele neue Ge-sichter begrüßen können, wissen wir, der Aufwand hat sich gelohnt.

Neidenburger Heimattreffen, am Sonntag, den 07. September, im Erich-Brühmann-Haus, in 44894 Bochum-Werne, Kreyen-feldstraße 32. Einlass ist ab 9. Uhr, eine kleine Feierstunde findet von 11. Uhr bis ca. 12. Uhr statt.

Für einen kostenlosen Imbiss und späteren Kaffee und Kuchen, ist gesorgt.

Musikalische Untermalung durch den Chor MGV Einigkeit Marmelshagen.

Von 13. Uhr bis 16. Uhr ist die Heimatstube der Kreisgemein-schaft Neidenburg geöffnet.

Wir hoffen, viele Neidenbur-ger, Soldauer sowie Freunde der Kreisgemeinschaft, an diesem Termin begrüßen zu können.

Ulrich Pokraka
Kreisvertreter-

PAZ wirkt!

Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71



Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

- 19. bis 21. September:** Ge-schichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwo-che in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreu-

ßische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo



In Gedenken an Waltraud Schmidt Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. wird Waltraud Schmidt stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Kulturzentrum Ostpreußen

Sommerferien 2025, Museums-Atelier Kulturzentrum Ostpreu-ßen, Schloßstraße 9, 91792 Ellin-gen, Anmeldungen unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: service@kulturzentrum-ost-preussen.de.

Dienstag, 12. und 19. August, 14.30 bis 16.30 Uhr, Kosten: 5,- Euro, ab 6 Jahren: **Was kreucht**

und fleucht denn da? – Missi-on Vogelwarte Rositten. Na-turentdecker auf den Spuren der Flora und Fauna Ostpreußens.

Dienstag, 26. August und, 9. Sep-tember, 14.30 bis 16.30 Uhr, Kosten: 5,- Euro: **BernsteinLa-bor I & III.** Wir entdecken die Bernstein-Ausstellung und wer-den zu Bernsteinschleifern.

Donnerstag, 4. September, 10 bis 12.30 Uhr, Kosten: 4,- Euro: **Das BernsteinLabor II.** Wir werden zu Forschern und experimentie-ren an Bernsteinen.

Freitag, 5. September, 10 bis 12.30 Uhr, ab 6 Jahren, Kosten: 4,- Euro: **Die Zeitreise.** Wir tauchen ein in die Welt des Deutschordens.

Heimatkreisgemeinschaften

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

76. Heimatkreistreffen

Verden – Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16:

76. Heimatkreistreffen. Hierzu sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft, also alle Kreisblattbezieher, und Familienangehörige sowie Freunde und Bekannte herzlich eingeladen.

Das Landhotel liegt auf der anderen Seite der Aller, etwa 1,4 Kilometer vom Bahnhof entfernt. Bei Bedarf werden Sie gerne vom Bahnhof abgeholt, melden Sie sich bitte unter (0174) 2900486.

Weitere Informationen: Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Nach vorheriger Anmeldung, spätestens bis zum 15. September, und Nennung

des Wunsches per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de wird die Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Fragen beantworten oder im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen.

Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.

Es werden traditionell Spezialitäten aus Ostpreußen wie Marzipan und Spirituosen angeboten.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0



35,- Euro
zzgl. Porto und Verpackung

Ostpreußisches Landesmuseum

Zwischen zwei Tönen. Aus dem Leben des Arvo Pärt

Buchvorstellung und Gespräch mit Dr. Maximilian Murmann (Übersetzer) - Einführung und Moderation: Dr. Detlef Henning, Nordost-Institut (IKGN e.V.), Mittwoch, 27. August um 18.30 Uhr, Eintritt: 5,00 €

Die Graphic Novel „Zwischen zwei Tönen. Aus dem Leben des Arvo Pärt“ zeichnet den Werdegang des weltberühmten estnischen Komponisten von seiner Kindheit im okkupierten Estland bis in das Jahr 1980 nach, als er mit seiner Familie auf Druck der sowjetischen Regierung nach Wien emigrierte. Auf Grundlage jahrelanger Recherchen gestaltete der estnische Künstler Joonas Sildre in eindrucksvoll verdichteten Episoden das Portrait eines bescheidenen, zugleich rastlosen Komponisten, der in seiner Suche nach Sinn und einer eigenen Musiksprache die Konfrontation mit der Staatsmacht nicht scheute. Seine größte Inspiration fand Pärt in der alten sakralen Musik, die schließlich zur Grundlage seines bekannten „Tintinnabuli-Stils“ wurde. Die Veröffentlichung erschien 2018 anlässlich der Eröffnung des Arvo-Pärt-Zentrums in Laulasmaa (Estland) und wurde seither vielfach ausgezeichnet. Freuen Sie sich auf einen Abend, an dem der Übersetzer der deutschen Ausgabe, Maximilian Murmann, im Gespräch mit Detlef Henning vielschichtige Einblicke in Leben und Werk Arvo Pärts gewährt – eines Künstlers, dessen Musik Menschen auf der ganzen Welt tief bewegt.



Dr. Detlef Henning ist Osteuropahistoriker mit Schwerpunkt auf der Geschichte und Kultur des Baltikums, insbesondere Lettlands. Er arbeitet und forscht am Nordost-Institut in Lüneburg. Zuletzt war er Mitherausgeber des dreibändigen Handbuchs „Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region“, Stuttgart 2019–2021, sowie Autor einer „Geschichte der lettischen Geschichtsschreibung“, Wiesbaden 2025.

Dr. Detlef Henning ist Osteuropahistoriker mit Schwerpunkt auf der Geschichte und Kultur des Baltikums, insbesondere Lettlands. Er arbeitet und forscht am Nordost-Institut in Lüneburg. Zuletzt war er Mitherausgeber des dreibändigen Handbuchs „Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region“, Stuttgart 2019–2021, sowie Autor einer „Geschichte der lettischen Geschichtsschreibung“, Wiesbaden 2025.

Rätsel

dt. Schauspieler (Emil)	vordringlich	westafrikanischer Staat	US-Nachrichtensender (Abk.)	Kerbtier	Erde ausheben, buddeln	Astrologe Wallenstein	vergnüglich	Konsumment von Nahrung	Mutter (Kose-name)	japanische Hafenstadt	Gesellschaftszug (Kzw.)	Feldfrucht	Bundesstaat der USA	Endpunkt	Verhältniswort
Teil des Gesichts				Bilder rätsel			Kurort in Südtirol		Stadt in Norditalien		angeborener Instinkt		einerlei, gleichartig	Fluss zum Weißen Meer	
Schluck		Vorname d. Schauspielers Connery			steifes Sumpfgas		saure Flüssigkeit zum Würzen		Festkleid; Festkonzert	Gestalt aus „Moby-Dick“ (Kapitän ...)	belauschen, überwachern	den Inhalt entnehmen	stachelig	mit der Hand greifen, fassen	
Fremdwortteil: fern	poe-tisch: Irland	Vornehmer		regsam und wendig		Würzpflanze, Beifußart	Schlimmes				befrachten				
Wintersportdisziplin								Vorbeter in der Moschee	Ausruf der Verwunderung			Lobrede			
radioaktives Schwermetall	Morgenland		Ansprache auf Kontra (Skat)	äußerste Armut	Schreibart: Kunst- richtung				Prosa- schrift- steller (franz.)	spanisch: Hurral, Los!, Auf!		Quer- stange am Mast	geschick- te Täuschung	Beschei- nigung	
Lufttrübung				Schwert- wal				Flotten- wesen	englisch: alt	feier- liches Gedicht	überein- kommen (sich ...)	runde Schnee- hütte	Auslese der Besten	geschick- te Täuschung	Beschei- nigung
								Roman von Michael Ende		anbau- fähig					
								griechi- scher Buch- stabe	Lauf- fläche (Fuß, Schuh)	die Acker- krume lockern	Transportgut		bayer. Benedik- tiner- abtei	russische Monar- chin	Schau- spiel- Ballett- schüler
				Soldat, Legionär						türkische Wäh- rungs- einheit	Abk. für Landes- kriminal- amt	Körper- flüssig- keit	Verliere- rin im Wett- kampf		
				Schall- becken aus Metall	Gebirge zwischen Europa u. Asien					Luft- klappe bei Kfz- Motoren			Insel vor dem Golf von Neapel	gefüllter oder belegter Kuchen	langer, dünner Speise- fisch
				Loch, fehlendes Stück						letti- sche Haupt- stadt			Urgroß- mütter (Kose- wort)	Güte, Nach- sicht	
													Metall- strang, -faden	Atmungs- organ	
				öster- r. Schrift- steller (Thomas)	die erste Frau (A. T.)	eine Zahl		US- Filmstar: ... Cruise	Kleidungs- stück				Getreide	dt. Bun- despräsi- dent (Jo- hannes)	nordi- scher Hirsch
				Oper von Richard Strauss											
				Durch- gang in einem Rennen	Papst- name			englisch: Haar					In- sekten- larve		
								Tapfer- keit							ein Haus räumlich erweitern

Schüttelrätsel:

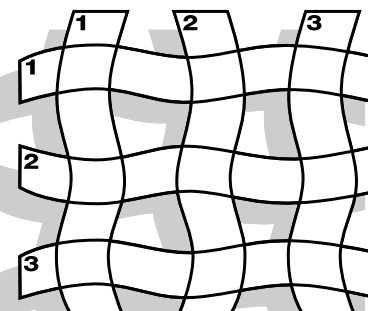
ARZ	ANNU	ABER	STUW	ILORT	AEHR	EILST
		CHITW				ENU
ANRTU				EIN		
		EEIO RS				
BSU	ELRT			ALU		

Mittelworträtsel:

1	TEE					WUESTE
2	RABATT					PLAN
3	GRILL					FILET
4	AUS					GRAD
5	BAHN					FUNK
6	WASSER					BOOT
7	WAND					BILD

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Wandbrett; Spielecomputer

2 Auf Wiedersehen!

3 ungesetzlich

Schüttelrätsel

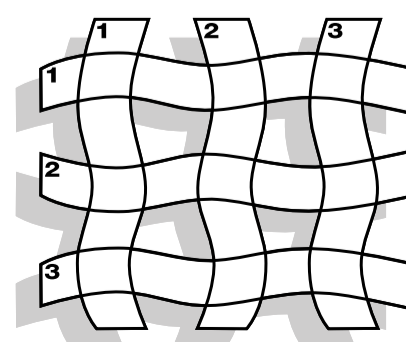
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ARZ	ANNU	ABER	STUW	ILORT	AEHR	EILST
		CHITW				ENU
ANRTU				EIN		
		EEIO RS				
BSU	ELRT			ALU		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Gewürz für Süßspeisen.

1	TEE					WUESTE
2	RABATT					PLAN
3	GRILL					FILET
4	AUS					GRAD
5	BAHN					FUNK
6	WASSER					BOOT
7	WAND					BILD



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Wandbrett; Spielecomputer

2 Auf Wiedersehen!

3 ungesetzlich

HISTORISCH GEWACHSEN

Ein einzigartiger Bücher- und Wissensschatz

Die Königliche und Universitätsbibliothek zu Königsberg besaß 400 Jahre nach ihrer Gründung knapp 700.000 Werke

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Sommer 1544 gründete Herzog Albrecht von Preußen die Albertus-Universität zu Königsberg. Diese avancierte anschließend zu einer der angesehensten Hochschulen in Deutschland und zählte in kürzester Zeit mehr als tausend Studenten. Trotzdem aber blieb die Ausstattung der Universitätsbibliothek zunächst eher unterdurchschnittlich. Dieser beklagenswerte Zustand änderte sich erst über 100 Jahre später, im Jahr 1675, durch die Angliederung der Wallenrodschen Bibliothek.

Als nämlich der herzogliche Kanzler Martin von Wallenrodt 1632 starb, hinterließ er etwa 2000 wertvolle Bücher, die den Grundstein für eine Familienbibliothek bildeten. Sie wurde anschließend vor allem von seinem Sohn Johann Ernst von Wallenrodt erweitert und beizeiten auch von den Professoren und Studenten der Universität Königsberg genutzt. Ihr Bestand umfasste sogar historische Dokumente wie beispielsweise den Schutzbrief Kaiser Karls V., mit dem Martin Luther zum Reichstag in Worms reisen konnte.

Öffentlich zugänglich

Das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Königsberger Universitätsbibliothek stellte jedoch die Vereinigung mit der königlichen Bibliothek zur damit königlichen und Universitätsbibliothek (KUB) im Jahr 1828 dar. Denn die Büchersammlung der preußischen Herrscher war im Lauf der Zeit durch die Übernahme anderer Bibliotheken zu einem kulturellen Schatz allerersten Ranges geworden.

Den Anfang hatte hierfür auch wieder Herzog Albrecht von Preußen gemacht, als er 1527 eine hochkarätige Schlossbibliothek anlegen ließ, die bereits acht Jahre nach ihrer Eröffnung 1534 zur ersten öffentlichen Bibliothek Europas mutierte – und das rund 70 Jahre, bevor mit der britischen Bodley's Library und der Mailän-



Königsberg i. Pr.

Königliche- und Universitätsbibliothek. Rückansicht.

Die Königliche und Universitätsbibliothek zu Königsberg war schon früh auch für das allgemeine Volk zugänglich. Einer ihrer Schätze waren die mit Silber beschlagenen Werke aus der sogenannten Silberbibliothek

Bilder: Bildarchiv Ostpreußen

der Biblioteca Ambrosiana andere für das allgemeine Publikum zugängliche Bibliotheken entstanden.

Weiter profitierte die Bibliothek im Westflügel des Königsberger Schlosses 1611 von der Zusammenlegung mit einer weiteren wertvollen ostpreußischen Büchersammlung: der sogenannten Silberbibliothek. Diese war eine separate Kammerbibliothek Albrechts, die um 1526 zunächst lediglich um die einhundert kleinere Schriften enthielt. Der Herzog trug dann aber systematisch Werke von Martin Luther und anderen Reformatoren wie Lazarus Spengler aus Nürnberg, Martin Bucer aus Straßburg und Johann von Staupitz aus Salzburg zusammen. Dazu kamen juristische, historische, geographische und medizinische Titel. Bei Al-

rechts Tod im Jahr 1568 lag der Bestand bei rund 500 Bänden. Ihren Namen erhielt die Bibliothek nach den 20, um 1550 mit silberbeschlagenen Einbänden versehenen Büchern aus dem Besitz von Albrechts zweiter Gemahlin Anna Maria von Braunschweig-Calenberg-Göttingen.

Aber: Wissenschaftlich wertvoller waren etliche alte Handschriften und Urkunden aus der Bibliothek des Deutschen Ordens in der Burg von Tapiau.

Vererbt, geschenkt, eingegliedert

Das Bollwerk im südöstlichen Samland, welches einst das Gebiet der Prußen vor den Wikingern schützen sollte, war ab 1351 von den deutschen Ordensrittern übernommen worden und diente ab dem Jahr 1457 als Sitz der Großkomturei. De-

ren Aufgabe bestand darin, die innere Verwaltung des Deutschordensstaates zu organisieren. Daher besaß sie auch eine „Liberey“, also eine Bibliothek samt abgeschlossenem Archiv.

1506 verbrannten dann jedoch Teile des wertvollen Bestandes, und der Rest gelangte zwischen 1541 und 1543 in die besagte Silberbibliothek. Die in die Schlossbibliothek, später dann königliche Bibliothek, eingegliederte Silberbibliothek war ab dem Jahr 1767 ebenfalls allgemein zugänglich und enthielt zu diesem Zeitpunkt schon an die 16.000 Bände, darunter auch eine kostbare Bibel-Handschrift aus dem 12. Jahrhundert.

Die im Königshaus in der Königstraße Nummer 65–67 untergebrachte königliche und Universitätsbibliothek erweiter-

te ihren Bestand kontinuierlich und besaß um 1890 genau 263.636 Bände. Der Zuwachs kam vor allem durch umfangreiche Nachlässe zustande. So vermachte der frühere Direktor des königlichen Collegium Fridericianum, Friedrich August Gotthold, seine Sammlung von 35.000 Büchern komplett der KUB. Bei der letzten Inventur 1943 wurden sogar 695.067 Einzelbände, 710 Wiegendrucke aus der Frühzeit des Buchdrucks und 4587 Handschriften gezählt, womit die KUB eine der bedeutendsten Bibliotheken des Deutschen Reiches war.

Von Russen und Polen geplündert

Bis zum Beginn des Jahres 1944 wurden die wertvollsten Bestände in Schlösser und Gutshäuser außerhalb von Königsberg gebracht, was sich als kluge Entscheidung erweisen sollte. Denn die bei den britischen Luftangriffen im August 1944 abgeworfenen Brandbomben zerstörten alle Gebäude, welche die restlichen Teile der Bibliothek bargen.

Andererseits führte die Auslagerungen aber trotzdem nicht dazu, dass das einzigartige und wertvolle Kulturgut für Deutschland gerettet wurde. Vielmehr geriet es zum allergrößten Teil in die Hände von sowjetischen, litauischen und polnischen „Expertenkommissionen“, die Ostpreußen nach Kriegsende ausplünderten. Deshalb sind die ehemaligen Bestände der KUB nun unter anderem auf die Akademie- und Nationalbibliothek in Vilnius, die Akademiebibliothek in Sankt Petersburg, die Russische Staatsbibliothek, die Bibliothek der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität in Kaliningrad und die Bibliothek der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń verstreut.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Mehr als ein Schlag für die Friedenskirche

Über die Musik hat Geschichte in Schweidnitz ein festes Fundament

Im niederschlesischen Schweidnitz [Świdnica] steht derzeit alles im Zeichen der Musik. Im Rahmen des 26. Bach-Festivals füllt sich die Friedenskirche, die seit 2001 UNESCO-Weltkulturerbe ist, mit Musikfreunden aus aller Welt. Das letzte Konzert des Bach-Festivals findet am 2. September um 19 Uhr statt. Am Flügel sitzt dann Michał Biel, der zusammen mit dem Kontratenor Jakub Józef Orliński bereits Konzertsäle in Barcelona, Los Angeles, New York, der Provence, aber auch Breslau oder dem niederschlesischen Bad Reinerz [Duszniki-Zdrój] füllte.

Das Festival steht unter dem Motto: In präziser Form verbirgt sich eine geheimnisvolle Schönheit. „Gerade in der Klarheit und Reduktion der barocken Formensprache offenbart sich das wahre, tiefe Schöne“, so der künstlerische Festivalleiter Jan Tomasz Adamus.

Neben Schweidnitz wurden zuvor kleinere Dorfkirchen, Schlösser und Parks in der Umgebung bespielt, aber Schwerpunktstandort bleibt die 1657 erbaute Schweidnitzer Friedenskirche. Das Gotteshaus zählt neben dem in Jauer [Jawor] und dem einstigen Glogau [Głogów] zu den drei Schlesischen Friedenskirchen. Diese evangelischen Kirchen im einstigen

Habsburgerreich sind die einzigen, die im Westfälischen Frieden von 1648 den protestantischen Schlesiern zugestanden worden waren. Während die 1648 erbaute Kirche in Glogau beim Stadtbrand 1758 vollständig niederbrannte, blieben die beiden anderen erhalten, auch wenn sie nur Jahrzehnte hätte halten sollen. Denn für ihren Bau galten damals strenge Bedingungen. Friedenskirchen durften nicht aus Stein und Ziegel gebaut werden keine Kirchtürme oder Glocken haben und als Standorte kamen nur Plätze außerhalb der Stadtmauern infrage, die dafür aber in „Kanonenschussweite“ lagen. Diese Kirchen mussten innerhalb eines Jahres fertiggestellt werden. Die Baukosten trugen die Gemeinden selbst. 1707 kam die Erlaubnis für separate Türme und Glocken.

Dem Bach-Schüler sei Dank

Bachkonzerte erfreuen sich in der Schweidnitzer Friedenskirche einer langen Tradition. 72 Jahre nach dem Kirchbau übernahm dort der aus Friedersdorf am Queis [Biedrzychowice] stammende Christoph Gottlob Wecker das Amt des Kantors. Wecker war ein Schüler Johann Sebastian Bachs, der ihm für diese Stelle ein Referenzschreiben ausstellte. Darauf-



Bühne frei: Die einzigartige Schweidnitzer Friedenskirche lockt Musikfreunde aus aller Welt mit feinsten Orgelklängen ins Gotteshaus



Bild: Wagner

hin wurden Bachs Kompositionen in der Friedenskirche regelmäßig gespielt.

In dieser Tradition lockt auch das diesjährige Bach-Festival bereits seit dem Jahr 2000 Musikfans nach Schweidnitz. Die Friedenskirche ist zudem einer der Austragungsorte des nun bereits 10. Christian-Schlag-Orgelfestivals. Am 19. und 26. September sowie am 10. und

31. Oktober spielen dort jeweils um 18.30 Uhr internationale Orgelmusiker. Das Festival geht auf die Begründer des führenden Orgelbauunternehmens in Schlesien, das von 1805 bis 1889 existierte, zurück. Christian Schlags 222. Geburtstag wurde im Februar in Schweidnitz mit einem Vortrag und einem anschließendem Konzert groß gefeiert.

Er war der Sohn eines Webers aus Staschwitz bei Zeitz im heutigen Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt. Nach seiner Zeit als Geselle bei verschiedenen Orgelbauern kam er 1831 zum Orgelbauer Kiewalder nach Jauer und wurde dessen Nachfolger. Ein Jahr darauf gründete Schlag mit seinen Brüdern Johann Karl und Heinrich eine Firma. 1869 schieden die Brüder aus dem Betrieb aus und gründeten eine zweite Orgelbaufirma „Gebrüder Schlag“. An ihrer Stelle traten Christians Söhne Theodor und Oskar Schlag in das Geschäft ein, das fortan den Namen „Schlag und Söhne“ führte und 1834 von Jauer nach Schweidnitz umzog.

Während des diesjährigen Orgelfestivals, das neben Schweidnitz auch in Waldenburg [Walbrzych] und Freiburg in Schlesien [Świebodzice] stattfindet, werden Barockmusik, symphonische Orgelwerke des 19. und 20. Jahrhunderts, Orgeltranskriptionen und virtuose Improvisationen präsentiert.

Die Veranstalter, die Stiftung der Guten Musik wollen das ganze Spektrum der Klangmöglichkeiten, besonders der Orgel in der Friedenskirche – des wichtigsten Instrumentes der Firma Schlag & Söhne – zu Gehör bringen. Chris W. Wagner

MARITIM

Unterwegs auf allen Meeren

Aus dem Leben des pommerschen Seefahrers Franz Schwarz erzählen seine Seefahrtsbücher

VON UTE EICHLER

Seit Jahren findet auf dem Sportplatzgelände von Kasnevitz auf Rügen von Mai bis Oktober ein Antik- und Trödelmarkt statt. Jeweils am Mittwoch und am Sonnabend ist von 9 bis 15 Uhr eine Vielzahl von Ständen aufgebaut. Jede Woche ist dort ein gut durchmisches Angebot von alten Dingen aus Haushalten und weniger alten Dingen aus DDR-Zeiten zu entdecken.

An einem dieser Tische stieß eine Besucherin auf ein Konvolut, das für sie, weil aus einer Seefahrer- und Fischerfamilie stammend, von besonderem Interesse war. Es bestand aus einem Militärpass der Kaiserlichen Marine von 1886, zwei Seefahrtsbüchern, beide ausgestellt in Bremerhaven, einem Reisepass des Deutschen Reiches, ausgestellt 1924, und der Abschrift eines Taufscheins. Dieser klärt uns auf: „Nach Angaben der Taufregister des hiesigen Kirchenbuches wurde zu Klein Machmin am Neuen Strande dem Seefahrer Friedrich Schwarz von seiner Ehefrau Johanna, geborene Leisring, am 1. Mai 1863 ein Sohn geboren, welcher in der Heiligen Taufe am 7. Juni des Jahres die Namen Franz Albert Otto erhalten hat. Solches wird unter Beidrückung des Kirchensiegels amtlich bescheinigt. Weitenhagen, Krs. Stolp, den 5. April 1902. Das evangelische Pfarramt – Hentschel – Kgl. Superintendent.“

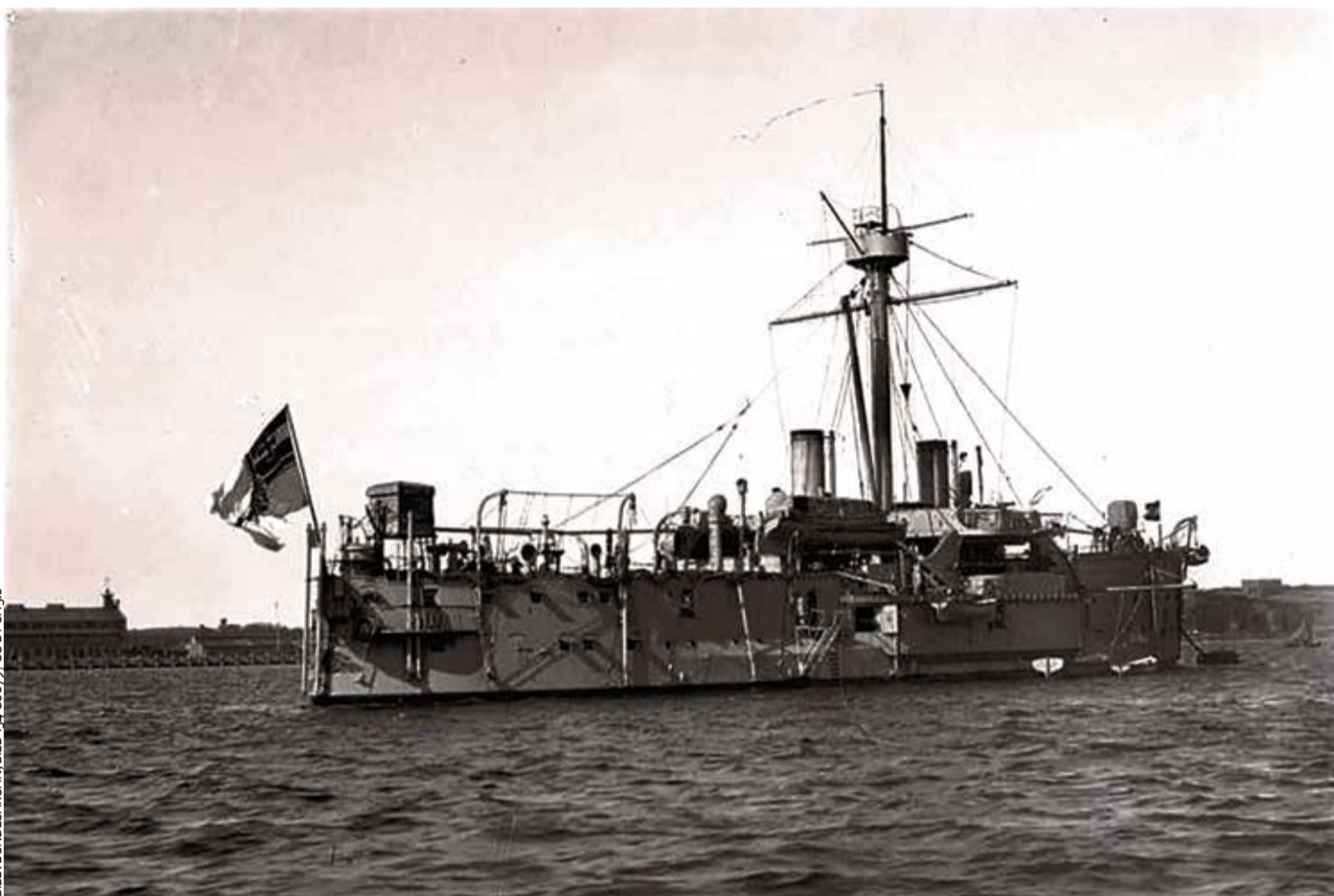
Die hier vorliegenden Seefahrtsbücher des Franz Schwarz sind seine Seefahrtsbücher Nr. 2, ausgestellt 1883, und Nr. 3, 1893 ausgefertigt. Die darin eingetragenen Reisen geben Auskunft über einen jungen Mann, der zielstrebig seinen Weg gegangen ist: Vom Matrosen zum 2. Steuermann (beziehungsweise Untersteuermann) und innerhalb weniger Jahre zum 1. Steuermann. Der Reisepass verrät seinen Berufsstand 1924: Lotse a.D. in Stolpmünde.

Zwischen der Heuer als Matrose und der als Steuermann lag die Ableistung des Militärdienstes als „1-jähriger Freiwilliger“ mit dem Dienstantritt 1. Februar 1886 in Kiel und dem Dienstende zum 1. Februar 1887 ebenda. Infolge erfüllter Dienstpflicht wurde er mit dem Dienstgrad „Obermatrose zur Reserve“ nach Stolpmünde entlassen. Wichtiger war jedoch der Eintrag: „Ab nach Elsfleth“. In Elsfleth war 1832 auf Betreiben der Reeder eine Navigationsschule gegründet worden. Diese war ab 1871 von überregionaler Bedeutung zur Ausbildung von Unter- und Obersteuerleuten. Seit 1916 wurde sie Seefahrtsschule genannt. Heute existiert sie als Fachhochschule unter der Bezeichnung Jade Hochschule.

Stets lange Zeit auf See

Franz Schwarz brachte Erfahrung mit vom Dienst auf Segelschiffen genauso wie auf Dampfschiffen. Während seines Militärdienstes lernte er zwei besondere Schiffe kennen. Er war auf Fahrt mit der S.M.S. „Oldenburg“ von Anfang April bis Ende September 1886 unter Korvettenkapitän Karl Eduard Heusner. Es handelte sich um das erste in Deutschland ganz aus Stahl gebaute Schiff. Dieses Panzerschiff war 1884 auf der Vulcan-Werft in Stettin fertiggestellt worden und wurde umgangssprachlich wegen seiner plumpen Form „das Bügeleisen“ genannt. Es war allerdings schon bei seiner Fertigstellung veraltet, verfügte aber über relativ gute Seeigenschaften.

Franz Schwarz' zweite Seereise auf einem Kriegsschiff erfolgte auf der Panzerkorvette S.M.S. „Hansa“, die 1872 in Dienst gestellt worden war. Er und 398 weitere Besatzungsmitglieder waren von



Wegen der plumpen Form auch „Bügeleisen“ genannt: Das erste ganz in Stahl auf der Vulcan-Werft in Stettin gebaute Kriegsschiff, „Oldenburg“, auf dem Franz Schwarz Dienst tat, auf vielen weiteren Schiffen sollte er später die Weltmeere befahren

Oktober 1886 bis Ende Januar 1887 auf See. Im Jahr darauf wurde dieses Schiff wegen starker Schäden am Rumpf außer Dienst gestellt.

Schwarz war vor Ableistung seines Militärdienstes als Matrose auf dem Segelschiff „Sebastian Bach“, Heimathafen Bremen, von Bremen nach Philadelphia und zurück gefahren. Danach auf dem Dampfschiff „Braunschweig“, das die Route Bremen–Baltimore und zurück über die La-Plata-Staaten fuhr. Hier handelte es sich um ein Auswandererschiff, das 903 Passagiere an Bord hatte. Auch die Segelschiffe „Dora“, Bremen, und „Diamant“, Bremen, auf denen er ebenfalls fuhr, hatten als Ziel Nordamerika, vor allem New York. Nach Militärdienst und Besuch der Navigationsschule Elsfleth war die erste Heuer als 2. Steuermann auf dem Segelschiff „Dora“ unter Capt. H. Meyer, der Auswanderer nach New York brachte. Statt 50 Mark monatlich als Matrose betrug die Heuer jetzt 68 Mark. Mit dem Segelschiff „Atlantic“, Heimathafen Elsfleth, ging Schwarz auf große Fahrt: Von Amsterdam nach Java und weiter. Reisedauer von Dezember 1887 bis Februar 1889, abgemustert in Marseille.

Auch die nächste Reise sollte über ein Jahr dauern: Von Marseille nach Tarragona, Malaga, Guayaquil und Manta/Ecuador und zurück nach Hamburg mit dem Segelschiff „Aeolus“, Heimathafen Elsfleth. Es schloss sich eine Reise mit dem

Segelschiff „Bremen“ an nach Newport, Liverpool, Honolulu, San Francisco, Falmouth, Fleetwood und Liverpool. Wieder viele Monate auf See – als 2. Steuermann. Es folgten Fahrten mit dem Dampfschiff „Rolandseck“, laut Musterrolle „in europäischer Fahrt“.

Das nachfolgende Seefahrtsbuch, ausgefertigt 1893, beginnt mit dem Eintrag: „Inhaber hat sich zum Schiffsdienste auf dem Dampfschiffe „Sophie“, Heimathafen Geestemünde, geführt von Capt. Georg von Hugo, auf zwei Jahre verheuert und verpflichtet sich, zur Anmusterung nach St. Louis du Rhone zu reisen ...“ – als 2. Steuermann für eine Heuer von monatlich 100 Mark. Die Reise führte von Savona und Venedig nach Batumi (damals: Russland) und nach Nordamerika. Eine zweite ähnliche Reise absolvierte Schwarz gleich anschließend wieder auf der „Sophie“, die jetzt vom Capt. Gustav von Boltenstern geführt wurde.

Mit dem Dampfschiff „Arensburg“ kam Schwarz in den kommenden Jahren wiederholt nach Nord- und Südamerika. Mit dem Dampfschiff „Lipsos“, geführt von Capt. G. Kunzendorf, ging es „nach der Levante“, das heißt, Häfen des Schwarzen Meeres und der Türkei wurden angelaufen. „Nach Aussage des Capitains P. Bradhering vom Dampfer Guttrune hat obengenannter F. Schwarz in Rotterdam nicht abmusteren können ...“ – so eingetragen in seinem Seefahrtsbuch vom

Kaiserlich Deutschen Consulat, Malmö, den 24. Dezember 1900. Und nun klafft eine Lücke. Es ist zu vermuten, dass Schwarz noch mindestens ein weiteres Seefahrtsbuch hat ausstellen lassen.

Er lernte die Häfen der Welt kennen

Unbeantwortet muss zum jetzigen Zeitpunkt die Frage bleiben: Wie wurde er und seit wann war er Lotse in Stolpmünde? Der Reisepass, den er 1924 in Stolp beantragte und den er einen Tag vor seinem 61. Geburtstag ausgestellt erhielt, ist zwei Jahre gültig, gilt für das In- und Ausland und kostete drei Goldmark. Leider wurde das Passfoto entfernt. Wir erfahren nur, seine Gestalt wird als „mittel“ bezeichnet, sein Gesicht als „rundlich“, die Farbe der Augen ist „grau“, die Haarfarbe, die im Militärpass noch als „blond“ bezeichnet wurde, ist ebenfalls „grau“. Besondere Kennzeichen: „Keine“. Und wie schon im Militärpass vermerkt: keine Ehefrau, keine Kinder. Interessant ist der rot eingestempelte und handschriftlich in roter Tinte ergänzte Vermerk des Finanzamtes Stolp: „Ausreiseverzeichnis Nr. 46. Gebührenfrei für eine Reise nach Memel, Auslandsaufenthalt ein Monat. Gegen die einmalige Ausreise des Passinhabers über eine amtlich zugelassene Grenzübergangsstelle bestehen keine steuerlichen Bedenken.“

Schwarz musste seinen Aufenthalt in Memel bei der Polizeiverwaltung anmelden. Das machte er am 7. Mai 1924, nachdem er am 5. Mai die Grenze nach Litauen in Tilsit passiert hatte (Stempel der Passkontrolle Tilsit Bhf.) Damit war er seiner Meldepflicht nachgekommen, was auch – in litauischer Sprache – mit Stempeln, Einträgen und Gebührenmarken dokumentiert wurde. In Memel meldete er sich ab am 14. Mai 1924. Der amtliche Eintrag lautet: „Abgemeldet auf Seereise“. Der letzte Stempel in seinem Reisepass ist der der Passkontrolle Pillau.

Der weitere Lebensweg des Franz Schwarz liegt im Dunkeln. Hat er den Zweiten Weltkrieg noch erlebt? Gut denkbar, bei Geburtsjahrgang 1863. Hat er auf die Flucht gehen müssen oder hat er die Vertreibung nach Kriegsende erlebt? Auch das ist denkbar, denn: Wie oder durch wen sind diese Dokumente seines Lebens auf die Insel Rügen gekommen? Und wer hat sie dort so viele Jahre gehütet?



Ort einer seiner Tätigkeiten: Als Lotse in Stolpmünde. Die Ansichtskarte zeigt die Lotsenstation. Das Gebäude ist bis heute erhalten

MELDUNGEN

Großsegler, neue Rose und Storch-Rettung

Stettin – Vom 15. bis 17. August findet die Stettin Sail an Hakenterrasse und Lastadie statt. Neben Groß- und Traditionsseglern, von denen viele auch besichtigt werden können, damit die Gäste einen authentischen Einblick in die Welt der Seefahrt erhalten, wird auch ein musikalisches Rahmenprogramm auf verschiedenen Bühnen geboten. Außerdem laden regionale Spezialitäten zur Verkostung ein. **TS**

Greifswald – Erstmals erhalten alle zirka 700 Bäume an der Wallanlage der pommerschen Universitätsstadt Greifswald einen Pflegeschnitt. Auch werden Totholz entfernt und frische Triebe beseitigt. Nach Fäulnis und Pilzbefall soll die Baumpflege nun die Gehölze für 140.000 Euro retten. **TS**

Kolbitzow – An den Grenzübergängen wurden die vorübergehend eingeführten Kontrollen von Grenzgängern ausgeweitet. Eine Verordnung, die am 1. August in Kraft trat, beinhaltet die Festlegung, dass diese bis zum 4. Oktober 2025 fortgeführt werden. Änderungen vorbehalten. **TS**

Stolp – Im Bereich des ehemaligen Millennium-Kinos finden derzeit umfangreiche Ausgrabungen statt. Die Arbeiten, die von dem Stolper Forschungs- und Geschichtsverein „Gryff“ unterstützt werden, haben bereits zur Freilegung von Kellern aus der Zeit vor 1945 geführt. **TS**

Putbus – Der 242. Geburtstag von Fürst Malte zu Putbus wurde am 3. August mit einer Sonderführung im Jagdschloss Granitz und der Auszeichnung der „Rose des Jahres 2025“ gefeiert: Geehrt wurde die Rose „Hansestadt Rostock“, die Mutter der „Putbusser Fürstenrose“. **TS**



Die in der pommerschen Residenz Putbus ausgezeichnete Rose des Jahres 2025: „Hansestadt Rostock“

Demmin – Wie die Deutsche Bank mitteilte, zieht sie sich aus Demmin zurück. Kunden können zukünftig nur noch in Stralsund und Greifswald persönlich beraten werden. Die Mitarbeiter sollen nach Stralsund pendeln. Zum genauen Zeitpunkt konnte keine Angabe gemacht werden. **TS**

Misdroy – Im September soll auf Wollin nach zwei Jahren Bauzeit der größte Aqua-Park zwischen Swinemünde und Deep eröffnen. Auf dem Gelände eines Resort-Hotels sollen 1000 Quadratmeter Wasserfläche und fünf Rutschen mit einer Gesamtlänge von 500 Metern Gäste zum Besuch locken. **TS**

Lubben – In dem mit der Familie von Puttkamer verbundenen Ort nördlich von Rummelsburg fiel letzte Woche ein Nest mit fünf Störchen von einem Strommast herunter. Nach der Nestreparatur hat die Feuerwehr die Störche – darunter drei Jungtiere – wieder ins alte Heim gesetzt. **TS**

„Mich wundert ja in Deutschland fast nichts mehr“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Für die Kulturbeiträge, die die PAZ-Redaktion und die Gastautoren Woche für Woche leisten, kann man nur dankbar sein“

Bettina Burow, Kirchzarten
zum Thema: Sommer in Gaga-Land
(Nr. 28)



Ausgabe Nr. 31

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERSPÄTETER DEUTSCHER ZUG ZU: EIN FLUGZEUG AUF SCHIENEN (NR. 30)

Der japanische Hochgeschwindigkeitszug Shinkansen ein Traum? In Deutschland stehen Beliebigkeit und Interesselosigkeit gegenüber dem Kunden im Vordergrund. Die Menschen beschäftigen sich nur noch mit ihren Ängsten, in denen sie zudem von verantwortungslosen Politikern gehalten werden.

Statt nach persönlichem Erfolg, Engagement und Eigenverantwortung streben alle nur noch nach möglichst hundertprozentiger Sicherheit. Die gibt es aber nicht. So zerfällt das Land immer mehr. Aber Deutschland erfüllt seine Klimavorgaben. Dem Klima ist das jedoch völlig egal, weil kein Mensch das Klima beeinflussen kann. Gott sei Dank! So warten wir halt in Demut auf den wie gewöhnlich verspäteten Zug.
Peter Wendt, Hamburg

SO KRIEGT MAN SONNENSTICH ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DIE VERNUNFT KOMMT AUF LEISEN SOHLEN (NR. 30)

Hitze in Europa, das hat es ja seit Menschengedenken nicht mehr gegeben! Kann oder will sich keiner mehr von diesen Politikern daran erinnern, wie das früher war, oder passt das alles nur nicht mehr zu dieser Hitze-Agenda, die man uns aufs Auge drücken will?

Die Menschen im Süden seien natürlich nicht an diese Hitze gewöhnt, woher denn auch? Nun müssen sich gewisse NGOs, die mit diesen neuen Klima- und Hitze-Experten gespickt sind, darum kümmern. Wohin das Auge nur blicken kann: Eine Schar von Experten steht Gewehr bei Fuß, um uns zu erklären, was wir bei „Hitze“ zu tun oder zu lassen haben.

Dennoch fahren immer wieder viele „wildgewordene Abenteurer“ zum Urlaub in den Süden, wo es ihnen gar nicht heiß genug sein kann. Und das Schönste ganz am Schluss: Diese Menschen kommen mit dieser Hitze klar, ganz ohne einen Rat-

schlag eines sogenannten Experten für die Hitze.
Riggi Schwarz, Büchenbach

RAUS AUS DEM ARMENHAUS ZU: MIT DEM MAMMUT DURCHS MOOR (NR. 29)

Vielen Dank für den Artikel über das Moormuseum – als Schüler im Emsland ging es (gefühl) zirka einmal jährlich dorthin als Ausflugsziel. Die Feldbahn und der Bauernhof (inklusive Schafe und Bunte Bentheimer) von früher waren dabei das „Highlight“. Besonders lohnt sich ein Ausflug dorthin, wenn es wieder Bookweizen Janhinnerk, einen Buchweizenpfannkuchen, vom Heimatverein am Museumsbauernhof gibt.

Übrigens: Das mit dem Armenhaus Deutschlands hat mein Vater in den 1960ern von seinem Vater zu hören bekommen, als er sagte, er habe eine Braut aus Meppen („Junge, was willst du denn da, in dem Armenhaus“). Die Familie meiner angeheirateten Tante kam tatsächlich im Rahmen des Planes nach Meppen, sie stammen aus Schlesien.

Ich habe mich gefreut, dass das Emsland es in die PAZ geschafft hat.
Kerstin Neumann, Meppen

EINE VORGESCHOBENE MASCHKE ZU: DAS ÖSTLICHE TOR ZUR WELT (NR. 29)

Mal rein theoretisch gedacht: Königsberg wäre eigentlich dafür prädestiniert, ein Zentrum deutsch-russischer Kooperation zu sein, quasi in einer Klammerfunktion. Dem stand und steht aber die russische Innen- und Kulturpolitik massiv entgegen. Selbst kleine wirtschaftliche und kulturelle Einheiten wurden in der Vergangenheit geblockt und administrativ erledigt, um jede Art von Germanisierung zu unterbinden. Das Germanophobe ist kulturell und politisch stark verankert.

Dieses Phänomen hat mit dem Zweiten Weltkrieg nichts zu tun, das ist eine vorgeschobene Masche. Die überzogene

nationalistische Haltung verhindert natürlich eine synergetische Zusammenarbeit, und das will sie auch. Auch nach dem Ukrainekrieg sehe ich da keine verbesserten Möglichkeiten. Lost area (verlorenes Gebiet, d. Red.)!
Jan Kerzel, Diespeck

EIN BRISANTER PAKT ZU: KEIN KRIEGSENDE IN SICHT (NR. 29)

Sowjetische und deutsche Soldaten trafen sich am 20. September 1939 nach dem Sieg über Polen in Brest-Litowsk. Die Sowjetunion griff nach Polen auch Finnland an und besetzte im Sommer 1940 Estland, Lettland und Litauen sowie auch Teile Rumäniens.

Auffallend ist, dass das jahrzehntelang blockfreie Finnland zuletzt um Aufnahme in der NATO ersuchte. Seinerzeit konnten die Finnen, die sich tapfer gegen den sowjetischen Aggressor gewehrt hatten, zwar ihre Souveränität wahren, mussten aber Gebietsforderungen Stalins nachgeben. Heute ist der Hitler-Stalin-Pakt im Angesicht der Ukraine präsenter denn je.
Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

MAL ZU WENIG, MAL ZU VIEL ZU: ARBEITGEBER ZAHLEN NICHT (NR. 29)

Mich wundert ja in Deutschland schon fast nichts mehr. Da wird uns ständig eingehämmert, dass die Deutschen schon am Hungertuch nagen. Aber wenn Arbeitgeber fast eine Milliarde Euro an Beiträgen für das Jahr 2024 nicht abgeführt haben – darüber hören und lesen wir nichts.

Wird das von der Rentenkasse konsequent geahndet? Sind das alles nur Fehler, die ja jeder mal machen kann, oder grenzt das schon an Unfähigkeit? Dann gibt es da noch das Gegenteil, wenn auch die Größenordnung eine andere ist. Die Rentenversicherung hat festgestellt, dass 86 Millionen zu viel Beiträge gezahlt wurden. In beiden Fällen muss man sich auch fragen, ist das nur ein Verschulden der Arbeitge-

ber? Warum können solche Fehler erst im Rahmen von Betriebsprüfungen der Deutschen Rentenversicherung festgestellt werden? In unserem Zeitalter muss es möglich sein, durch Querverbindungen solche Fehler früher festzustellen.
Heinz-Peter Kröske, Hameln

KATASTROPHALE UMSETZUNG ZU: TOD DES WASSERSTOFFAUTOS (NR. 28)

Warum einfach, wenn es auch kompliziert gehen kann? Die Wasserstoff-Idee war gut, ihre Umsetzung eine Katastrophe. Ganz zu schweigen von der Negierung der urphysikalischen Naturgesetze vom Energieerhaltungssatz und dem zu erzielenden Wirkungsgrad. Eines Tages klappt es vielleicht, wenn nicht zuvor Miniminireaktoren oder Aluminium die Antriebsenergie der Zukunft stellen. Diversifizieren muss auch hier gelten, um sich unabhängiger zu machen. Die Weltraum- und Militärtechnik wird sich auch hier bald durchsetzen.
Gregor Scharf, Leipzig

ALGERISCHE PROPHEZEIUNG ZUM LESERBRIEF: DURCH NACHWUCHS EROBERT (NR. 28)

Dem Leserbrief von Herrn Dr. Rolf Lindner ist zuzustimmen. In diesem Zusammenhang ist eine bemerkenswerte Äußerung des früheren algerischen Staatspräsidenten Houari Boumedienne hervorzuheben, der bereits 1974 prophezeite: „Eines Tages werden Millionen Menschen die südliche Hemisphäre verlassen, um in die nördliche Hemisphäre einzufallen. Und gewiss nicht als Freunde. Denn sie werden als Eroberer kommen. Und sie werden sie erobern, indem sie sie mit ihren Kindern bevölkern. Der Bauch unserer Frauen wird uns den Sieg schenken.“

Die Islamisierung schreitet auch in Deutschland voran. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die „Islamische Republik Deutschland“ proklamiert wird.
Uwe Spahr, Elmshorn

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

NEOLITHIKUM

Blick auf eine Stein-Zeit

Ob in Deutschland oder auf der Insel Malta – Zeugen der Megalithkultur faszinieren im eigenen Land und weltweit

VON HELGA SCHNEHAGEN

Über Jahrtausende bewegten die Menschen weltweit tonnenschwere Steine und arrangierten sie zu Kreisen, Rechtecken oder Reihen, zu Gräbern und Tempeln. Warum, weiß bis heute keiner. Paradebeispiele der Kultur der Megalithen (mega = groß, lithos = Stein) in Europa sind der über 4500 Jahre alte Steinkreis von Stonehenge in Südwestengland und die 7000 Jahre alten Steinreihen bei Carnac in Frankreich. Die einst auf acht Kilometer geschätzten Steinreihen ziehen sich heute noch über fast vier Kilometer und zählen etwa 3000 Menhire, hoch aufragende Steinblöcke, auch Hinkelsteine genannt – Obelix lässt grüßen.

Seit Juli 2025 stehen die Steinreihen von Carnac und die Megalithlandschaft der bretonischen Südküste am Golf von Morbihan auf der Welterbeliste der UNESCO (siehe unten). Erstmals wurde mit den insgesamt 550 Megalithstätten keine einzelne Sehenswürdigkeit oder ein einzelner Ort anerkannt, sondern eine gesamte Landschaft.

Im Allgemeinen überwiegen Grabanlagen. Da man sich im Nachhinein ihren Bau nur durch Riesen erklären konnte, erhielten sie den Namen Hünengräber. In Deutschland stößt man im Nordwesten zwischen Osnabrück und Oldenburg, Meppen und Wildeshausen, auf besonders viele dieser 5500 bis 4800 Jahre alten Großsteingräber. Ganze 33 Anlagen sind auf einer rund 330 Kilometer langen Radroute als „Straße der Megalithkultur“ miteinander verbunden.

Kern einer jeden Anlage ist eine ebenerdige Kammer, die aus nebeneinander gesetzten Findlingen und Decksteinen besteht mit jeweils einem Schlussstein an den Schmalseiten und einem gangartigen Eingang in der Mitte der Südwand. Die gesamte Grabkammer war ursprünglich von einem Erdhügel überdeckt und einer ovalen Einfassung aus kleineren Findlingen begrenzt.

Komplett erhalten ist keine, doch hat jeder Überrest seine Besonderheit. Seit dem 18. Jahrhundert beschäftigen sich



Hat schwer zu stemmen: Neolithisches Großsteingrab mit moderner Skulptur in Jeggen im Landkreis Osnabrück Bild: Schnehagen

Historiker mit den Grestescher Steinen kurz vor Osnabrück-Lüstringen. Das mächtige Großsteingrab mit einer Steinkammer von zehn Metern Länge und 2,5 Metern Breite thront auf dem Hochufer eines Baches und ist fast vollständig erhalten. Nur der Abschlussstein rutschte im Lauf der Zeit den Abhang herab, was der Oldenburger Hofmaler Johann Heinrich Wilhelm Tischbein (1751–1829) in einer Zeichnung verewigte.

Auch die Helmichsteine in Rulle oder die Oestringer Steine im Nettetal waren allen Sprengversuchen zum Trotz nicht ganz aus der Welt zu schaffen. Schon gar nicht die immer noch bedeutenden Karlsteine in Osnabrück-Haste. Der Name ist erklärungsbedürftig. Schließlich hatte Karl der Große 789 in Aachen ein Edikt zur Zerstörung aller Großsteingräber erlassen. Wo die Zerstörung der heidnischen Stätten misslang, überfrachtete

man sie mit christlichen Mythen im Zusammenhang mit Karls brutaler Christianisierung der Sachsen.

Das Großsteingrab am Wiemelsberg bei Ueffeln ist das am besten erhaltene im Osnabrücker Land. Alle 14 Trag- und sechs Decksteine sind noch vorhanden, wenn auch zum Teil etwas verstürzt. Gleich ein ganzes Steingräberfeld erstreckt sich um den Golfplatz von Ankum Westerholte. Die stattlichste Grabanlage mit zwei Kammern von zwölf und 17 Metern Länge, umgeben von einer ovalen Einfassung aus kleineren Steinen, liegt direkt am Parkplatz des Golfklubs.

Geschlechtslose Kolossalstatuen

Einzigartig in ihrer Konstellation sind die Großsteingräber von Hekese im Norden des Osnabrücker Landes. Ihre beiden außerordentlich gut erhaltenen großen Kammern sind durch eine 53 Meter lange

Steinreihe miteinander verbunden. Für Deutschland ist eine solche Steinreihe à la Carnac einmalig.

Die Krone der Megalithkultur befindet sich allerdings auf Malta. Die Geschichte von Riesen erzählt man sich auch auf der Mittelmeerinsel. Darüber hinaus aber hat man eine Vielzahl von Steinkugeln gefunden, die in Verbindung mit Holzstämmen zum Transport der Megalithen gedient haben mögen.

Der Grundriss der maltesischen Tempel erschließt sich am besten aus der Vogelperspektive. Die Modelle in den modernen Interpretationszentren sowie im Archäologischen Museum von Valletta zeigen alle ein gemeinsames Muster: Die damaligen Bewohner bevorzugten runde Ecken, das heißt sie reihten um eine Mittelachse bogenförmige, teilweise auskragende Raumbuchten. Damit sind die Bauten nicht nur wegen ihrer Monumentali-

tät bemerkenswert, sondern auch wegen ihrer extravaganten Form.

Die Tempel waren einst überdacht und gelten als die ältesten freistehenden komplexen Steinbauten der Welt. Man kennt weder Vorgänger noch Nachbauten außerhalb Maltas. Ihre Entstehungszeit erstreckte sich über 1000 Jahre von etwa 3800 bis 2500 v. Chr. Keiner der bisher gefundenen Tempel ist damit jünger als 4500 Jahre. Warum gerade auf Malta diese Tempel entstanden, wird ein ewiges Geheimnis bleiben. Genauso, warum die Bevölkerung eines Tages ihren Bau und die ganze Insel aufgab.

Die Hinweise auf ihre Lebensweise sind spärlich. Gefunden hat man Tempel-Miniaturen, die wohl als Kultgegenstände oder Weihgaben zu interpretieren sind, auch einige Steinreliefs mit Tieren und Ornamenten. Ein Faszinosum sind die fettleibigen Idealstatuetten, mal geschlechtslos, mal als Frau. Prominente Vertreter sind die zwölf Zentimeter lange Alabaster-Figurine „Schlafende Dame“ aus dem Hypogäum Hal-Saffieni und die neun Zentimeter hohe fragmentierte Terrakottafigur der „Venus von Malta“ aus dem Haġar-Qim-Tempel. Auch Phallus-Symbole gehörten zum Repertoire.

Im Stil der korpulenten Figurinen steht in Tarxien eine Kolossalstatue, von der sich allerdings nur der untere Teil erhalten hat. Die Skulptur trägt einen Faltenrock. So bekleidete Figuren wurden normalerweise geschlechtslos dargestellt. In Tarxien entdeckte man darüber hinaus die meisten skulptierten Steine: Reliefs mit Ziegen, Schwein und Widder, mit Bullen, Sau und Ferkeln.

Neben den korpulenten Sitzfiguren fand man im Steinkreis von Xaghra, 300 Meter vom Ġgantija-Tempel auf Gozo entfernt, auch flache stilisierte Kalkstein-Figurinen von Menschen und Tieren, die möglicherweise als Anhänger getragen wurden. Dazu eine Schnecke mit Menschenkopf und als Glanzstück die Statuette eines mit den typischen Faltenröcken bekleideten Paares. Bleibt festzuhalten, dass die belebten Steinzeit-Statuetten als Souvenir Maltas Rittern längst den Rang abgelaufen haben.

MEGALITHKULTUR

Prähistorisches Stein-Rätsel

Die Menhire von Carnac sind neues UNESCO-Welterbe – Forscher grübeln bis heute über die Bedeutung der tonnenschweren Blöcke

Es ist beeindruckend, neben einem rund sieben Meter hohen, aufgerichteten Stein zu stehen. Und dabei zu wissen, dass dieser Stein bereits seit etwa 7000 Jahren genau so, unverändert, an dieser Stelle aufrecht steht. In Reih und Glied mit vielen anderen Steinen. Rund 3000 Steine stehen in Carnac und der Umgebung in einer sehr markanten Anordnung. Carnac ist ein kleiner Ort im Westen von Frankreich, genauer gesagt im Süden der Bretagne, direkt an der Atlantikküste.

Steine als Weltkulturerbe? Das ist schon vorgekommen. Das englische Stonehenge gehört seit 1986 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Nun also auch die Menhire von Carnac. Diese Entscheidung hat das Welterbekomitee der UN-Kulturorganisation kürzlich in Paris getroffen, von der zeitgleich auch die Schlösser König Ludwigs II. von Bayern mit Neuschwanstein zum Welterbe erhoben wurden.

Was die Menschen aus dem Neolithikum, also der Phase rund 5000 bis 3000 vor Christus, in der Bretagne geschaffen

haben, ist beeindruckend. Ohne moderne Technik, ohne Baufahrzeuge, Kräne, Bohrer, Schwerlast-Transportgeräte und Ähnliches haben die Menschen es damals geschafft, Granitblöcke zu behauen, sie zu transportieren und in exakter Ausrichtung aufzurichten. Es ist eine Meisterleistung, denn der Granitstein, aus dem die Megalithen erschaffen wurden, ist sehr hart, schwer zu formen und schwer zu bearbeiten. Viele Steine in Carnac weisen jedoch Muster und Symbole auf, die in den Stein gearbeitet wurden.

Die Anlage der Menhire von Carnac ist dabei älter als die berühmte Kultstätte von Stonehenge, die Jahr für Jahr Millionen Besucher anzieht. Vor allem zwischen dem 20. und 22. Juni, wenn im Mittsommer die Sonnenstrahlen der aufgehenden Sonne exakt durch die Steine fallen.

Was hat damals die Menschen dazu getrieben, tausende Tonnen schwere Steine aufzurichten? Und was war der Grund für diesen spektakulären und enorm aufwendigen Bau dieser gigantischen Anla-

gen? Fragen, die Forscher seit jeher beschäftigen und auf welche sie bislang keine genauen Antworten geben können. Vielleicht handelt es sich bei den Stein-



Steinerne Zahnreihe mitten in der Landschaft: Megalithen in der Bretagne

anordnungen um eine Art Kalender, oder es sind Kultstätten für einen Mond- oder Sonnenkult. Eventuell wurden rituelle Zeremonien bei den Steinen abgehalten.

Die Anlage der Menhire an der französischen Atlantikküste kann man ganz sicher gigantisch nennen. Viele der mehr als 3000 Steine sind zwischen einem Meter und fünf Meter hoch, einzelne noch größer. Diese Megalithen gehören zu den größten und ältesten Steinanlagen der Welt – und werfen bis heute viele Fragen auf. Was bedeuten sie? Wer hat sie errichtet? Und warum gerade hier? Nirgendwo sonst finden sich so viele stehende Steine auf so engem Raum.

Die Menhire der bretonischen Atlantikküste stehen nun gemeinsam mit den Pyramiden von Gizeh (zirka 2500 v. Chr.) und der Chinesischen Mauer (7. Jahrhundert v. Chr.) auf der Liste der Weltkulturerbestätten. Frankreichs Steine sind dabei weitaus älter. Der neue Status als UNESCO-Weltkulturerbe soll dazu beitragen, die Steinreihen am bretonischen Golf von

Morbihan zu schützen. Die Regeln für Besucher sorgen bislang bereits ganz gut für die Erhaltung der Monolithen. Von April bis Oktober gibt es kostenpflichtige Führungen durch die Steinreihen. Damit ist sichergestellt, dass Besucherströme weder durch die Menge an Touristen noch durch grob fahrlässiges Verhalten vermeidbaren Schaden anrichten.

Das Wort Menhir stammt aus dem Bretonischen. Die beiden Wortteile haben zwei Bedeutungen: Men – Stein und hir – lang. Die Silbe „men“ kommt auch im Wort Mensch vor. Vielleicht ist dies eine Referenz an die Zeit im Neolithikum, als die Menschen große Mühen auf sich nahmen, um Menhire an bestimmten Orten zu platzieren. Diese Menschen hatten Kenntnisse über Bereiche wie Astronomie, Magnetismus und andere Naturgesetze, die wir uns heute erst wieder aufwendig erarbeiten müssen. Das Erbe unserer Ahnen aus dem Neolithikum zu wertschätzen ist das Mindeste, was wir tun können. *Stephanie Sieckmann*

● FÜR SIE GELESEN

Wie einst bei den Sowjets

Liest man Christine Engels Witzsammlung „Gibt's da noch was zu lachen?“ fühlt man sich unweigerlich an frühere Witze aus der Sowjetunion erinnert. Vielen dürften vor allem die „Fragen an Radio Eriwan“ mit den entsprechenden Antworten bekannt sein, mit denen versteckte Kritik am System geübt wurde. War damals die Zeit des Stillstands in der Breschnew-Ära Gegenstand des Spotts, so zielen viele Witze heute auf das immer autoritärer werdende Putin-Regime. So war der übermäßig lange Tisch, an dem der russische Präsident seine ausländischen Gäste, vor allem Emmanuel Macron empfing, eine sprudelnde Quelle für Witze: „Immer, wenn unser Pinocchio lügt, verlängert sich sein Tisch.“

Witze finden heute Verbreitung über das Internet. Portale wie „Die Welt der Anekdoten“ erfreuen sich großer Beliebtheit, da sie Witze zu allen möglichen Themenfeldern anbieten. Auf diesen wurde Engel auf der Suche nach politischen Anekdoten fündig, wobei die Plattform-Betreiber im Verborgenen bleiben. Viele Anspielungen sind ohne die Erläuterung ihres Hintergrunds kaum zu verstehen. Optisch wie inhaltlich bietet das Buch eine unterhaltsame Lektüre. **MRK**



Christine Engel: „Gibt's da noch was zu lachen? Politische Witze aus Putins Russland – Was sie über Kultur und Gesellschaft verraten“, Heel Verlag, Königswinter

2025, gebunden, 128 Seiten, 14,99 Euro

Psychothriller ohne Thrill

In Petra Hammesfahr's Psychothriller „Die Verlierer“ kehrt die erfolgreiche Managerin Kirsten Keller von einer Joggingrunde nicht zu ihrem Ehemann zurück. Dieser wartet erst eine Zeit ab, bevor er sie bei der Polizei als vermisst meldet. Auch die sonst zuverlässige Mutter Daniela kommt nicht wie gewohnt nach der Arbeit zu ihren Eltern, um ihre beiden Kinder abzuholen.

Lange sieht Kommissarin Rita Voss hier keine Verbindung. Genau wie die vermissten Frauen ist Rita eine Frau, die zielstrebig ihren Vorstellungen folgt. Sie ist ebenso wie die verschwundene Mutter geschieden und hat dem Vater das Besuchsrecht für das Kind gerichtlich verboten. Das stimmt die Kommissarin nachdenklich und sie hofft, dass sie den Fall klären kann, bevor sie eventuell selbst ein Opfer wird.

Der Roman ist in Kapitel aufgeteilt, in denen alle beteiligten Personen zur Sprache kommen: ein Junge, der durch die Trennung seinen Vater vermisst, die jeweiligen Frauen und die Ermittler der Kripo. Der Leser wird mit zu vielen Personen und langatmig geschilderten Lebensumständen verwirrt. Eine Spannung baut sich so nicht auf. *Angela Selke*



Petra Hammesfahr: „Die Verlierer“, SAGA Egmont Verlag, 2024, Taschenbuch, 444 Seiten, 15,99 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



„Arkadien Preußens“
Roswitha Schieb nimmt ihre Leser mit auf Streifzüge durch die Sehnsuchtslandschaft Uckermark

Von Templin bis Gerswalde – Die Uckermark ist eine dünn besiedelte Region im Bundesland Brandenburg. Dafür wächst der Tourismus seit Jahren. Die Uckermark erhielt Beinamen wie „Arkadien Preußens“ oder „Toskana

des Nordens“. Die Autorin Roswitha Schieb beschreibt in sieben Touren die Sehenswürdigkeiten der seenreichen Naturlandschaft mit ihren vielen erhalten gebliebenen mittelalterlichen Dorfkirchen und Türmen. **MRK**

Roswitha Schieb: „Uckermark. Kultur und Landschaft im Nordosten Brandenburgs entdecken“, Bebra Verlag, Berlin 2025, broschiert, 207 Seiten, 18 Euro

POLITIK

Interview mit einem „Abweichler“

Der Journalist Bernd Kallina sprach mit dem Juristen und ehemaligen Regierungsbeamten Josef Schüßlburner über Demokratie in Deutschland

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Staat, in dem jeder das Recht hat, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“. So steht es mittlerweile allerdings nur noch auf dem Papier, weil viele Schlüsselpositionen von linken Ideologen besetzt wurden, die unter dem Deckmantel von „Toleranz“, „Vielfalt“ und „Welt-offenheit“ Andersdenkende bekämpfen. Darunter leiden auch und gerade die Staatsdiener mit konservativer Einstellung und gesundem Menschenverstand.

Welche Ausmaße die Hatz auf solch unbequeme Beamte annehmen kann, zeigt das Buch „Als Rechtsabweichler im Ministerium“. Darin schildert der Jurist und Regierungsdirektor a. D. Josef Schüßlburner im Interview mit dem ehemaligen Mitarbeiter des Deutschlandfunks und nun freien Journalisten Bernd Kallina, wie linke Denunzianten Seite an Seite mit dem Verfassungsschutz dafür sorgten, dass seine Karriere im Bundesverkehrsministerium nach drei Disziplinarverfahren, einer Zwangsversetzung und zahlreichen Akten der Diskriminierung endete.

Dabei war Schüßlburner, der als ausgewiesener Experte für Rechtsfragen des Luftverkehrs galt und auch beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen arbeitete, das Musterbild eines hochkompetenten deutschen Beamten. Allerdings leistete er sich den Luxus einer eigenen Meinung, die nicht zuletzt darin bestand,

Kritik an der Linkspartei als Nachfolgeorganisation der SED in der DDR zu üben.

Schüßlburner liegt vollkommen richtig, wenn er das Vorgehen gegen seine Person als Einschüchterung der gesamten Beamenschaft wertet: Diejenigen Parteien, die ihre Herrschaft nun als „unsere Demokratie“ verkaufen, wollen mit aller Macht erreichen, dass der politische Gegner keinen Zulauf von qualifizierten Personen mit Insiderwissen aus dem Staatsapparat erhält.

Das Buch beschränkt sich allerdings nicht nur auf die Darstellung eines empörenden Einzelfalls, sondern zeigt auch die Möglichkeiten zur Gegenwehr. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die viel beschworene Zivilcourage, auch wenn diese bei „Rechten“ sofort als „Unbelehrbarkeit“ gewertet wird, sowie die konsequente Ausnutzung aller derzeit zur Verfügung stehenden juristischen Mittel. Potentielle Beamte sollten also darauf achten, dass ihr Einkommen für mögliche gerichtliche Auseinandersetzungen mit „Vater Staat“ ausreicht. Andernfalls empfiehlt sich schon aus diesem Grund die Wahl einer alternativen beruflichen Laufbahn.



Josef Schüßlburner/ Bernd Kallina: „Als Rechtsabweichler im Ministerium. Befragung zu besonderen Demokratieergebnissen“, Gerhard Hess Verlag, Ugingen 2025, broschiert, 496 Seiten, 24,80 Euro

GESELLSCHAFT

Gefahren der Realitätsverzerrung

Der einflussreiche Journalist Nikolaus Blome räumt mit linksgrünen Ideologien auf, die dem Land und seiner Bevölkerung großen Schaden zufügen

VON DIRK KLOSE

Falsche Wahrheiten sind für Nikolaus Blome „linke, liberale oder grüne Realitätsverzerrungen“. Dazu zählen für ihn Thesen wie „Abitur ist besser als Lehre“, „Frauen werden schlechter bezahlt als Männer“, Deutschland tue zu wenig für den Klimaschutz. Diese Sätze würden dem Volk von einflussreichen Gruppierungen seit Jahrzehnten eingehämmert, und das mit solchem Erfolg, dass wir alle daran glaubten und die Politik ihnen zum Schaden für unser Volk blindlings folgte.

Blome ist einer der einflussreichsten deutschen Journalisten und schreibt gleichermaßen in konservativen und links-liberalen Medien. Er hat zwölf „linke Glaubenssätze“ ausgemacht, von denen er sagt, dass sie revidiert werden müssten, zumal ihre politischen Erfolge in „frivolem Missverhältnis“ zu ihrer Substanz stehen.

Sein Buch „Falsche Wahrheiten“ ist äußerst anregend zu lesen. Gleich der Anfang: Deutschland sei nicht, wie links behauptet, ein Einwanderungsland, sondern lediglich ein „Fluchtland“ mit problematischen Folgen. Die Rentner seien arm? Nicht doch! Noch nie, so Blome, ging es einer Rentnergeneration besser als der heutigen. Möglichst viele Abiturienten? Die Folge seien Fachkräftemangel in Industrie und Handwerk. Deutschland ver-sündigt sich am Klimaschutz? Mitnichten, alle Ziele seien bislang eingehalten, zum Teil sogar vorzeitig erreicht worden. Aber das passe Klimaideologien nicht, flugs

werde eine Katastrophe in Brasilien oder den USA herangezogen und die harsche Kritik könne mit unvermindertem Tremolo weitergehen. Die Boomer-Generation, Sünder von vorne bis hinten? Keineswegs, ihnen ist der halbwegs intakte Staat alles in allem zu verdanken.

Lediglich beim letzten Punkt, wonach es der kommenden Generation erstmals schlechter gehen werde als der vorangegangenen, meint Blome, das es stimme. Die Jungen müssten enorme Lasten für eine stark wachsende (Rentner)-Generation tragen, knirschten zwar mit Zähnen, aber ließen das hilflos geschehen: „Sie halten die Klappe, ich verstehe das nicht.“

So temperamentvoll wie die Darstellung ist der Ausdruck. Der Autor scheut sich nicht, von Lüge, Quatsch und Irreführung zu sprechen. Zwangsläufig reizt ein derart emotionsgeladenes Buch zum Widerspruch, aber das ist gewollt, es soll zum Nachdenken zwingen. Seiner Linie mag man nicht widersprechen: linke und oft auch grüne, von der Realität abgehobene Theorien haben das Land mit ihrem Einfluss auf die Politik in eine Schiefelage gebracht. Deutschland, sagt der Autor, kann sich das nicht länger leisten.



Nikolaus Blome: „Falsche Wahrheiten. 12 linke Glaubenssätze, die unser Land in die Irre führen“, DVA, München 2025, gebunden, 208 Seiten, 22 Euro

FLUCHT UND VERTREIBUNG

„Eine große Herzensangelegenheit“

Der gebürtige Westfale Julian Patzer setzt sich wissenschaftlich mit der Geschichte der deutschen Vertriebenen auseinander

Der Historiker Julian Patzer hat sich in seiner jüngst als Buch erschienenen Bachelorarbeit mit dem Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen auseinandergesetzt. Es ist sein besonderes Verdienst, dass er im Gegensatz zu vielen anderen Menschen zu Wort kommen lässt, die zum Zeitpunkt der Flucht noch jung waren. Über seine Arbeit sprach der 25-Jährige mit PAZ-Redakteurin *Manuela Rosenthal-Kappi*.

Herr Patzer, Sie haben Ihre Bachelorarbeit zum Thema „Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. Erlebnisse und Nachwirkungen von jungen Menschen auf dem Weg in den Westen“ geschrieben, die jetzt als Buch vorliegt. Wie entstand die Idee, sich wissenschaftlich mit diesem düsteren Kapitel der deutschen Geschichte zu befassen?

Als ich im Herbst 2019 an der Georg-August-Universität in Göttingen mein Studium begonnen habe, war mir schon innerlich klar, dass sich mal meine Bachelorarbeit mit Ostpreußen beschäftigen soll. Wie dies dann später genau aussehen sollte, plante ich zu diesem Zeitpunkt aber nicht.

Für meine erste Hausarbeit habe ich mich mit der Stadtgründung von Königsberg im 13. Jahrhundert beschäftigt. Vor allem durch die Zeitzeugen in der Landsmannschaft Ostpreußen – Gruppe Holzminden – lag es für mich nahe, dass ich mich in meiner Bachelorarbeit mit Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen am Ende des Zweiten Weltkriegs beschäftigen wollte. Durch die langjährige Mitgliedschaft entstanden teils tiefe freundschaftliche Beziehungen zu den Ostpreußen. Auch unsere Tante Inge, unsere letzte Ostpreußin, wollte ich unbedingt zu ihren Erlebnissen befragen. Mir war es daher ganz wichtig, dass diese letzten Zeitzeugen eine Stimme bekommen und dass ihr Leben in Ostpreußen und ihre Schicksale, die sie durch den Krieg erleben mussten, nicht in Vergessenheit geraten. Somit war die Idee geboren, mit diesen Menschen Interviews zu führen.

Wie reagierten Ihr Professor bzw. Dozenten an der Uni auf das Thema Ihrer Arbeit? Haben Sie Unterstützung erfahren oder gab es zuweilen auch Bedenken oder Ablehnung?

Meine Professoren waren nicht unbedingt begeistert von meinem Themenvorschlag, aber auch nicht abgeneigt. Sie verhielten sich meiner Euphorie und meinem Herzblut gegenüber relativ neutral. Ich schilderte ihnen meine Vorstellungen, wie ich ein solches Thema untersuchen möchte. Dass ich dafür Interviews führen wollte, stieß auf Zuspruch. Vorab wurde ich aber schon gewarnt, dass eine solche Forschung durch die Erhebung von Interviews bedeutend mehr Arbeit macht. Ich schreckte davor aber nicht zurück. Viel größer war mein Wunsch, diese Lebensgeschichten für die Nachwelt zu bewahren, als dass ich mich von dem viel größeren Zeitaufwand einschüchtern ließ.

Natürlich gab es auch zwischen mir und den Professoren Meinungsverschiedenheiten und Anlaufschwierigkeiten, doch ich wollte meinem Kurs treu bleiben. Was aber nicht hieß, dass ich keine Tipps angenommen habe. Ich bin über den Austausch mit den Professoren sehr dankbar. Als meine Professoren dann meine Bachelorarbeit im Umfang von 194 DIN-A-4-Seiten, inklusive der transkribierten Interviews vorliegen hatten, waren sie von der Masse, glaube ich, erst einmal erschlagen. Meine Bachelorarbeit sprengte wirklich jeden üblichen Rahmen.



Präsentiert stolz seine Arbeit: Florian Patzer hält seine Bachelorarbeit und das daraus entstandene Buch in Händen *Bild: privat*

Im Gegensatz zu vielen anderen Publikationen zum Thema Flucht und Vertreibung legen Sie in Ihrer Arbeit den Fokus auf junge Menschen. Wie alt waren die von Ihnen Interviewten zum Zeitpunkt ihrer Flucht?

Die meisten Zeitzeugen, die man heute noch naturgemäß auffinden kann und die auch noch einiges erzählen können, sind in den 1930er Jahren geboren. Die 1920er Jahre sind leider kaum noch verfügbar und die Menschen, die zwischen 1940 und 1945 geboren wurden, sind meistens für authentische Erinnerungen zu jung. Ich möchte aber betonen, dass es manchmal auch sein kann, dass ein Kind, das damals fünf Jahre während der Flucht gewesen ist, so stark eingeebnete Erinnerungen hat, dass es vielleicht mehr Aussagen tätigen kann, als ein Kind, das doppelt so alt gewesen ist. Erinnerung ist für mich daher auch immer eine Frage der Intensität der Erlebnisse.

Meine interviewten Zeitzeugen sind zwischen 1930 und 1935 geboren. Sie sind alle zwischen Herbst 1944 und März 1945 aus ihrer Heimat geflohen. Einige von ihnen wurden aber auch bereits im Sommer 1944 evakuiert und sind vom Evakuierungsort weiter geflohen oder sogar nochmal kurzzeitig in den Heimatort zurückgekehrt. Manche von ihnen kamen auch noch jahrelang in dänische Internierungslager. Demzufolge waren meine Zeitzeugen während der ganzen Erlebnisse, bis sie wieder im Westen sesshaft wurden, zwischen neun und achtzehn Jahre alt.

Konnten Sie Unterschiede zwischen den Erinnerungen von bei Kriegsende jungen Menschen im Vergleich zu den Erfahrungsberichten älterer Jahrgänge beobachten?

Natürlich, es gab ganz deutliche Unterschiede. Vorweg gesagt, konnte ich herausfinden, dass je älter ein Zeitszeuge damals war, desto bewusster waren ihm natürlich die ganzen Geschehnisse, eigentlich ganz logisch. Meine jüngste Zeitszeugin war meine Tante, Inge Teiwes aus Tilsit. Sie ist 1935 geboren und hat beispielsweise die Flucht ganz anders wahrgenommen als meine älteste Zeitszeugin Ingeborg Eggers aus Königsberg, die 1930 geboren ist. Allein die Gedanken der Menschen bei Fluchtbeginn waren unglaublich spannend auszuwerten. Für meine Tante Inge Teiwes war der Fluchtbeginn eher wie der Beginn eines „Abenteuers“.

Sie wusste bei Fluchtbeginn also nicht wirklich, was auf sie zukam. Sie schien das Ganze am Anfang eher unbeschwert, teils vergnügt gesehen zu haben. Daraus spricht die kindliche Naivität.

Die fünf Jahre ältere Ingeborg Eggers schilderte mir hingegen, wie fürchterlich der Fluchtbeginn für sie war. Sie spürte damals schon ganz genau, dass sie ihr geliebtes Königsberg nicht mehr wiedersehen würde. Ich könnte viele Beispiele aufzählen, in denen ich gemerkt habe, wie unterschiedlich die Erinnerungen zwischen meinen Zeitszeugen teilweise waren. Auch wenn zwischen meinen Zeitszeugen nur ein paar Jahre Unterschied

„Ich denke aber, dass über diesen Teil unserer Geschichte viele Menschen gar nicht mehr viel wissen ...“

lagen, konnten diese wenigen Jahre sehr entscheidend für die Wahrnehmung sein.

Ganz anders war der Vergleich zwischen meinen Zeitszeugen und damals Erwachsenen, wie beispielsweise deren Eltern. In meiner Arbeit lag der Schwerpunkt zwar nicht im Vergleich von Zeitszeugenaussagen zwischen Erwachsenen und jungen Menschen, aber hin und wieder wurden auch diese Unterschiede offengelegt. Ich hatte bei der Forschung immer das Gefühl, dass die Eltern oder Familienangehörigen meiner Zeitszeugen ihren Kindern die teils grauenhaften Erlebnisse, so behütet wie es ging, gestalten wollten. Für die Erwachsenen, so schien es mir, wurden die Fluchterlebnisse teils zu Zerreißproben. Die meisten Erwachsenen wussten schon ganz genau, was dort alles passierte und was da auf sie zukommen würde. Den Kindern und Jugendlichen war diese Tragweite wahrscheinlich nicht immer ganz bewusst. Es gab natürlich auch Erwachsene, die das alles bewusst nicht wahrhaben wollten. Aber egal ob jung oder alt, jeder Mensch hatte natürlich seine individuellen Erinnerungen.

Sie selbst arbeiten in der Ortsgruppe Holzminden der Landsmannschaft Ostpreußen mit. Seit wann sind Sie dort aktiv und was hat Sie dazu bewogen, Mitglied zu werden?

Ich bin in unserer „kleinen ostpreußischen Familie“, so nennen wir die Gruppe, seit 2018 festes Mitglied. Ich habe damals bei der Onlinezeitung in unserer Region gearbeitet und habe dadurch die Ortsgruppe in Holzminden kennengelernt. Ich war neugierig, die Gruppe damals kennenzulernen, also rief ich bei der ersten Vorsitzenden Renate Bohn an. Diese lud mich zum nächsten Treffen ein und so bin ich seit jeher der Gruppe treu.

Ich habe mich damals bewusst der Gruppe aufgrund meiner großen Liebe und des Interesses an Ostpreußen angeschlossen. Nicht zuletzt auch wegen meiner familiären Beziehungen zum Deutschen Osten. Die Treffen unserer Gruppe sind wirklich etwas sehr Besonderes für mich. Es hat für mich immer eine sehr gemütliche, geborgene Atmosphäre. Die Gemeinschaft ist wirklich sehr gut, und dort pflegen wir auch noch die ostpreußischen Traditionen. Ich habe der Gruppe und ihren Mitgliedern sehr viel zu verdanken, ohne sie und die Zeitszeugen hätte ich nie die Bachelorarbeit schreiben können. Ich möchte an dieser Stelle auch Frau Renate Bohn danken, die mir während der Forschung immer ein offenes Ohr geschenkt hat. Sie hat mich auch bei meiner Bachelorarbeit und nicht zuletzt bei der Vermarktung meines Buches unterstützt.

Wie kann man generell Menschen Ihres Alters für das Thema „Flucht und Vertreibung“ sensibilisieren? Vielleicht auch dann, wenn sie nicht familiär geprägt sind?

Ich glaube, dass das Grundproblem einfach an der Unkenntnis und nicht im Interesse für das Thema liegt. Natürlich ist Flucht und Vertreibung ein sehr ernsthaftes und teilweise schwer verdauliches Thema, womit sich nicht jeder in meiner Altersgruppe beschäftigen möchte. Ich denke aber, dass über diesen Teil unserer Geschichte viele Menschen gar nicht mehr viel wissen, was da zum Beispiel genau passiert ist, weil es ihnen niemand vermittelt hat. Für mich liegt der Vermittlungsfehler auch besonders bei den Schulen. Der Zweite Weltkrieg mit seinen Verbrechen und dessen Folgen wird, meiner Meinung nach, zu einseitig betrachtet. Ich

finde es sehr wichtig und richtig, dass die Gräueltaten der Deutschen, die diesen fürchterlichen Krieg angefangen haben, nicht vergessen werden und auch stets daran durch unterschiedlichste Weise erinnert wird. Doch der Krieg und seine Folgen müssen vielseitiger betrachtet werden, damit auch andere prägende Erlebnisse und Kriegsschauplätze nicht aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden, beziehungsweise wieder überhaupt einen Platz finden. Bestes Beispiel ist der grauenhafte Untergang des Schiffes ‚Wilhelm Gustloff‘, das am Ende des Krieges Tausende Flüchtlinge gen Westen transportieren sollte. Durch dessen Untergang fanden zirka 9000 Menschen, die Opferzahlen variieren, den qualvollen Tod in der eisigen Ostsee. Heutzutage wird diese Menschheitstragödie kaum noch erwähnt, schon gar nicht im Geschichtsunterricht.

Hingegen wird der Untergang der ‚Titanic‘ im Jahr 1912, bei dem zirka 1500 Opfer zu beklagen waren, ein Bruchteil der ‚Gustloff‘-Opfer, fast schon mystifiziert. Ich möchte diesen verheerenden Untergang der ‚Titanic‘ damit nicht schmälern, nur man muss sich mal die Relationen vor Augen halten. Während meiner gesamten Schulzeit wurde das Thema rund um Flucht und Vertreibung im Prinzip so gut wie unbeachtet gelassen. Ich würde mir daher wünschen, dass besonders an Schulen schon die Kinder für dieses Thema sensibilisiert werden. So mancher Schüler wird dann vielleicht merken, dass seine Familie sogar auch aus dem Osten geflohen ist, und so wird wieder ein Bewusstsein für den ehemaligen Deutschen Osten geschaffen. Auch Menschen ohne familiären Bezug könnten Interesse dafür bekommen, wenn man sie richtig aufklärt und ihnen die reiche Kultur des Ostens näherbringt. In erster Linie muss man Geschichte viel lebhafter und spannender vermitteln, um sie greifbarer zu machen. Geschichte lebt nicht nur von bloßen Zahlen und Fakten, sondern von Neugier und Nahbarkeit für die Themen.

Planen Sie, auch weiterhin über die Geschichte der deutschen Vertriebenen zu forschen und zu publizieren?

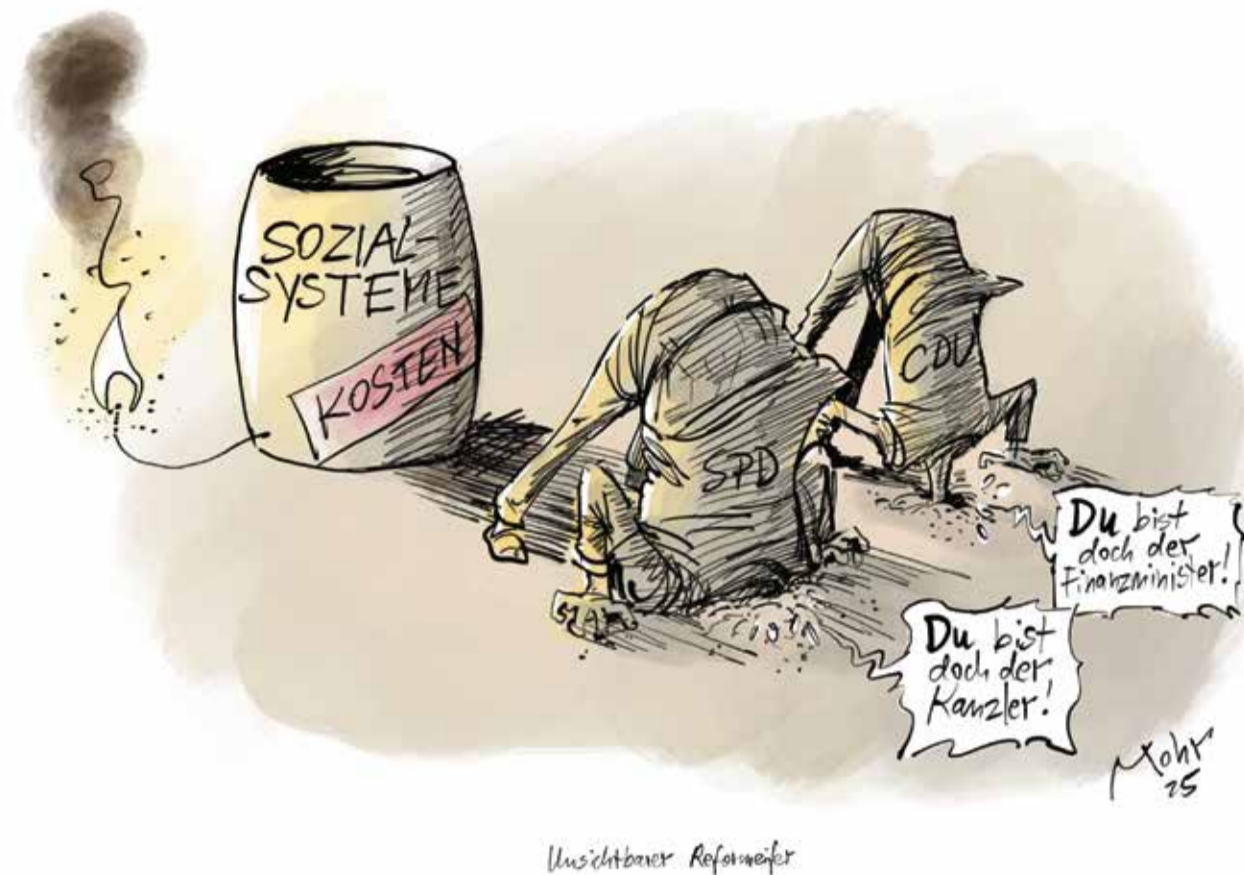
Für die Zukunft schließe ich nichts aus. Mir ist die Geschichte des Deutschen Ostens mit all seinen Facetten eine große Herzensangelegenheit. Mein Interessenschwerpunkt liegt nicht nur bei Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen, sondern auch bei der gesamten Kultur und Vielfalt der ehemaligen Ostgebiete. Mir ist es einfach wichtig, dass die Erinnerung an diese Gebiete auch bei zukünftigen Generationen nicht in Vergessenheit gerät. Ich bin stolz auf meine Wurzeln, die größtenteils in Pommern, Schlesien, der Provinz Posen oder eben in Ostpreußen liegen. Dabei ist mir ein versöhnliches Verhältnis dazu und ein gutes Miteinander zu Polen, Litauen und Russland sehr wichtig.

Leider wird die allgemeine Weltlage aber immer schwieriger. Ich habe in Zukunft eigentlich nicht unbedingt vor, in die Lehre oder Forschung schwerpunktmäßig zu gehen. Für mein berufliches Leben würde ich gerne journalistisch tätig werden, wie beispielsweise beim Rundfunk oder bei anderen Medieninstitutionen. Man wird sehen, was die Zukunft bringt. Ich könnte mir aber trotzdem vorstellen, irgendwann mal wieder eine Forschungsarbeit zu publizieren.

● **Kontakt** Das Buch kann über folgende Wege bestellt werden: Per E-Mail: patzer.julian@web.de, telefonisch unter (05532) 2167 oder über den Verlag unter der E-Mail-Adresse strueber@fabuloso.de

● **AUFGESCHNAPPT**

Dass die EU mehrere Hunderttausend Euro aus ihrem Klimaschutz-Etat gestiftet hat, um den Bau von Wrestling-Arenen in Gambia zu bezuschussen, hat Kopfgeschütteln ausgelöst. Fast noch bizarrer erscheint die Begründung, welche eine EU-Sprecherin in Brüssel gegenüber den Medien zum Besten gab: In den Arenen fänden Schulungen statt, um den Menschen zu zeigen, wie sie sich gegen Klimarisiken wappnen könnten. So nutze man die Popularität des Wrestling-Sports in dem Land, um die lokale Bevölkerung zu sensibilisieren. Das kann bloß heißen: Man bezuschusst die Arenen nur, weil die Menschen dahinströmen und man sie dort finden und schulen könne. Einen Zusammenhang an sich zwischen Wrestling und „Klimaschutz“ vermochte nicht einmal die Sprecherin herbeizureden. Mit dem Argument dürfte man sogar Flugschauen oder Autorennen mit Steuergeldern aus dem Klimabudget der EU fördern, weil ja auch hierzu viele Menschen zusammenkommen, die man dort „sensibilisieren“ könnte. Absurdes Theater. **H.H.**

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Heiko Rehmann macht im „Focus“ (31. Juli) auf die dramatischen Auswirkungen der viel zu niedrigen Geburtenrate aufmerksam:

„Durch den jahrzehntelangen demografischen Niedergang steht Deutschland mittlerweile an einem Punkt, an dem die Risse im Fundament auf lange Sicht das gesamte gesellschaftliche Gebäude zum Einsturz bringen könnten. Ein Land, das in dieser Situation nicht alle Hebel in Bewegung setzt, um die Geburtenrate zu erhöhen, braucht sich über seine Zukunft keine Gedanken zu machen, weil es keine haben wird.“

Eine Schule in Gelsenkirchen bietet nur noch Halal-Essen an. Wolfgang Büscher, Sprecher des Kinderhilfswerks „Die Arche“, warnt in der „Welt“ (31. Juli) vor einer solchen Entwicklung:

„Wir leben hier in Deutschland. Die Menschen, die zu uns kommen, sind ein wichtiger Bestandteil in unserer Gesellschaft ... Aber die Menschen müssen sich danach richten, wie wir hier in Deutschland leben ... Essen ist auch Kultur – und wir müssen für unsere Kultur kämpfen.“

Der forensische Psychiater Frank Urbaniok, Autor des Buchs „Die Schattenseiten der Migration“, kritisiert in der „Frankfurter Allgemeinen“ (2. August) den Umgang mit dem Problem wachsender Kriminalität:

„Politiker und Kriminologen relativieren seit Jahren mit den immergleichen Argumenten die hohen Kriminalitätsquoten, reden sie schön. Ich nenne es Desinformation und zeige die dafür häufig angewendeten Tricksereien. Sie wännen sich dabei auf der moralisch richtigen Seite, wollen den Rechtsextremen keine Argumente liefern. Doch davon gehen die Probleme nicht weg, im Gegenteil. Das Thema treibt die Menschen sehr um. Ich sehe das in unzähligen Zuschriften, auch von Migranten.“

Max Mannhart stellt sich bei „Apollo News“ (3. August) die Frage, warum Israel davon absieht, auf westliche Linke zu hören und eine „Politik im Stile Annalena Baerbocks“ zu betreiben:

„Der Luxus, mit den Grenzen der politischen Selbstschädigung zu experimentieren, ist für Israel unmöglich. Wäre Israel so wie Deutschland heute, dann – und das ist in keiner Weise eine Übertreibung – gäbe es Israel nicht mehr. Israel ist da, wo der Raum für politische Tagträumerei gleich null ist.“

● **WORT DER WOCHE**

„Es geht den Linken um Einschüchterung ... In Deutschland kann man Juden nicht mit Waffen außer Landes treiben. Aber man kann ihnen das Leben so schwer machen, dass sie freiwillig gehen ...“

Jan Fleischhauer im „Focus“ vom 2. August zum Ziel des linken Antisemitismus

DER WOCHENRÜCKBLICK

Auf den Feind kommt es an

Warum die neuen Geiseln gerade nicht passen, und wieso Opfer für sich genommen egal sind

VON HANS HECKEL

Das ist überaus ärgerlich! Jeder weiß doch, dass Kampagnen am besten fruchten, wenn sie gut koordiniert sind. Da darf dann keiner aus der Reihe tanzen, vor allem nicht dadurch, dass er den Vorhang der gut komponierten Lüge für einen krassen Blick auf die hässliche Wahrheit durchlöchert.

Genau das aber haben sich diese Idioten von der Hamas geleistet, als sie in einem Rausch sadistischer Großmäuligkeit die Bilder von den beiden bis auf die Knochen ausgehungerten israelischen Geiseln in die Welt setzten. Einer der beiden Israelis musste für die Aufnahme sein eigenes Grab schaufeln, erfahren wir. Die Parallele zu den finsternen Winkeln des 20. Jahrhunderts schießt derart ins Herz, dass es einen umhaut.

Wie steht Linkspartei-Chef Jan van Aken denn jetzt da, der Israel nur Tage zuvor als „Hungermörder“ an die Wand genagelt hatte? Peinlich. Zumindest für den Fall, dass es überhaupt etwas gibt, was dem Chefgenossen peinlich wäre. Viele Kommunisten haben da nach historischer Erfahrung ein beneidenswert dickes Fell.

Ein wenig dünnhäutig reagieren sie nur noch, wenn man sie als Antisemiten kenntlich macht. Das mögen sie nicht, weil sie den Antisemitismus-Vorwurf fest in ihrem Arsenal für den „Kampf gegen Rechts“ verstaut haben und nicht dulden mögen, dass der wondrous auftaucht als ausschließlich dort, wo er ihnen taktisch günstig erscheint.

Was den Blick auf den Gaza-Konflikt angeht, können die Israelhasser aber recht optimistisch sein: Selbst das furchtbare Massaker vom 7. Oktober mit 1200 ermordeten Israelis und 250 Geiseln, von denen etliche längst zu Tode gekommen sind, hat kaum Kratzer hinterlassen am eifrig verbreiteten Bild von den israelischen Monstern und ihren unschuldigen palästinensischen Opfern. Da werden die neuen Bilder von den beiden Geiseln auch bald verdaut und übertönt sein. In ein paar Tagen schon kann es weitergehen mit den Lügen vom „Hungermörder“ etc.

Dass zehntausende Tonnen Hilfsgüter allein im Juli aus Israel in den schmalen Landstreifen geliefert wurden und zudem die extra für den Gazastreifen aufgebaute US-Hilfsorganisation jeden Tag mehrere Millionen Mahlzeiten bereitstellt, spielt keine Rolle. Wo die Lieferungen landen und wer sie verein-

nahmt, will man gar nicht so genau wissen. Dass die Zivilbevölkerung trotzdem Hunger leidet, weil die Hamas die Lieferungen vereinnahmt oder Diebe sie stehlen und zu Wucherpreisen anbietet, ist mehr was für versteckte Fußnoten als für die fetten Überschriften.

Ungewollt hat ja sogar Berlin der Hamas-Propaganda unter die Arme gegriffen mit dem Abwurf von Hilfsgütern durch die deutsche Luftwaffe – eine wunderbare Bestätigung für die Mär, dass die Gaza-Bevölkerung von Israel „ausgehungert“ werde. Gleich nach Abwurf gab die Bundesregierung kleinlaut zu, dass man selbst ahne, dass sich die Hamas wohl 50 bis 100 Prozent der deutschen Gaben krallen werde. Das macht aber nichts: Die Bilder von den Abwürfen sind überall rum und untermauern die Geschichte von der „israelischen Hungerblockade“.

Wer indes nicht so leicht zu infizieren ist von Propaganda, egal, wie laut und allgegenwärtig sie auftritt, der kratzt sich doch am Nacken. Und stößt auf eine frappierende Frage: Geht es den vermeintlichen Kämpfern für die Humanität überhaupt um die arabische Bevölkerung in Gaza? Im Jemen etwa tobt seit Jahren ein blutiger Machtkampf zwischen der (von Saudi-Arabien unterstützten) Regierung und den Huthis, die Geld und Waffen aus Teheran beziehen. Die Zahl der zivilen Opfer ist kaum bekannt, mehr als zwei Millionen Menschen leiden derzeit unter Hunger, bei jedem vierten davon ist es bereits lebensbedrohlich.

Warum der Aufschrei hier ausbleibt

Und? Kräht ein Hahn danach? Sie kennen die Antwort: Nein. Abgesehen von ein paar kaum bemerkten Auslandsberichten irgendwo im Mediengemüse erfahren wir so gut wie nichts von dieser Tragödie und den Verbrechen sowie den Verbrechen, die dafür verantwortlich sind. Wir sehen auch keine linken und muslimischen Demos in unseren Straßen, die das Leid der jemenitischen Kinder beklagen. Ungewöhnlich, nicht wahr? Ginge es den angeblich so humanitär aufgewühlten „Aktivisten“ wirklich um die Beendigung von menschlichem Leid, um die Opfer also, müsste das ganz anders aussehen.

Kommen wir zum Punkt: Die Opfer interessieren in Wahrheit gar nicht, weder in Gaza noch im Jemen. Vielmehr gucken sich die „Aktivisten“ und ihre medialen und politischen Sympathisanten ausschließlich diejeni-

Die Bilder von der Luftwaffe über Gaza greifen der Propaganda der Hamas ganz wunderbar unter die Arme



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de